

JAHRESBERICHT 2017

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**



JAHRESBERICHT 2017
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL	4
SCHWERPUNKT: STADT, WOHNEN, SOZIALE SPALTUNG	6
AfD gewinnt in Stadt und Land	6
Die «Rückkehr» der Wohnungsfrage	9
Rebellische Städte	10
Wem gehört die Stadt?	10
«Smart Cities»	11
Gesprächskreis Stadtpolitik	12
«Cartographie Citoyenne»	13
Publikationen 2017 zum Schwerpunktthema	13
DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE	14
Soziale Infrastrukturen als strategisches Konzept	15
Neue Klassenpolitik	16
Fellowships	17
«Luxemburg Lectures» 2017	19
AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG	20
Die X. Marx-Herbstschule zu 150 Jahre «Das Kapital»	21
Kritische Begleitung des NSU-Prozesses	21
Tribunal «NSU-Komplex auflösen»	22
Online-Dossier Migration	22
HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS	24
Das Historische Zentrum will bündeln und vernetzen	25
Fokusstelle Rosa Luxemburg	26
Archiv Demokratischer Sozialismus	27
BUNDESWEITE ARBEIT	28
Baden-Württemberg: Zum 200. Todestag des Dichters Georg Herwegh	30
Bayern: Bairische Revolution und Räterepublik 1918/19	30
Berlin: ««Balkanroute» rückwärts gefahren»	31
Brandenburg: 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland	31
Bremen: «Kapital»-Lektürekurs im sechsten Jahr	32
Hamburg: Der Gipfel für globale Solidarität	32
Hessen: «Von Vergangenheit und Gegenwart lernen»	33
Mecklenburg-Vorpommern: «Konstruieren statt konsumieren»	33
Niedersachsen: Reichtum. Macht. Armut.	34
Nordrhein-Westfalen: Der «Überbürgermeister» Konrad Adenauer	34
Rheinland-Pfalz: «Politikum!» im Mainzer Staatstheater	35
Saarland: Kommunismus – in den Ardennen «erfunden»	35
Sachsen: Der Staat und die Linke	36
Sachsen-Anhalt: Der gläserne Fan	36
Schleswig-Holstein: Opfer stalinistischen Terrors	37
Thüringen: Bildungsreise «Inklusive Schule» nach Südtirol	37

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT	38
Globale Soziale Rechte durchsetzen	39
«Linking the Red and Green»	40
Europäische Sommerschule in Madrid	40
«Keine Arbeitermacht ohne Organisierung»	41
Verteidigung zivilgesellschaftlicher Aktionsräume in Südostasien	42
Große Herausforderungen für das neue Büro in Beirut	43
Die Auslandsbüros	44
GEFÖRDERTE PROJEKTE	48
Beispiele der Projektförderung zum Schwerpunktthema	48
DAS STUDIENWERK	60
«Die Stadt den Menschen zurückgeben»	62
Soziale Wohnungsversorgung in der unternehmerischen Stadt?	63
Vertrauensdozentinnen und -dozenten	64
POLITISCHE KOMMUNIKATION	66
Die Social-Media-Arbeit	67
Relaunch der Website	68
Ausgewählte Publikationen	69
BERICHTE AUS DER STIFTUNG	70
Luxemburg lesen!	70
500 Jahre Reformation	71
Strategien gegen Autoritarismus in der Türkei	72
Erster Spatenstich für den Neubau	73
Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs	74
PERSONALENTWICKLUNG	76
GREMIEN	78
Die Mitgliederversammlung	78
Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung	79
Der Vorstand	81
Mitglieder des Vorstands	81
Der wissenschaftliche Beirat	82
Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats	82
Die Gesprächskreise	83
ORGANIGRAMM	84
STIFTUNGSHAUSHALT	86
BILDNACHWEISE/IMPRESSUM	92

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
der globale Trend zu autoritär-nationalistischer Politik setzte sich auch 2017 fort. Seit der Bundestagswahl ist in Deutschland eine rechtspopulistische Partei im Parlament und der Sog nach rechts geht weit über sie hinaus. Zehn Jahre nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise vertieft sich die Krise der etablierten Politik immer mehr.

Während rechtspopulistische Parteien in einigen Ländern bereits an der Regierung sind, verschärft sich nicht nur das innenpolitische Klima, sondern auch die rigide Abschottung der Grenzen. Das Mittelmeer wird zum Massengrab am Südrand der europäischen Wohlstandsregion. Doch dieser Wohlstand ist auch in Europa sehr ungleich verteilt und sorgt für unterschiedlichste Lebensbedingungen und Zukunftschancen.

Wir beobachten innerhalb der Bundesrepublik ein starkes Auseinanderdriften von Zentrum und Peripherie, damit einhergehend hat sich das Wahlverhalten verändert. DIE LINKE erhielt in großstädtisch geprägten Regionen Stimmengewinne. Sie verlor dagegen in ländlichen Gebieten, deren sozialökonomische Dynamik im Vergleich schwächer ausgeprägt ist und wo es weniger gelang, Präsenz zu entwickeln und politische Angebote zu unterbreiten. Bis zur Wahl im September sank auch dort die Wahlbeteiligung, insbesondere bei erwerbslosen Menschen.

Die drohende Entstehung von «demokratiefernen Räumen» ist eine Herausforderung für jede Institution der politischen Bildung. Die Landesstiftungen sind für uns ein zentraler Akteur bei dem Versuch, dem entgegenzuwirken. 2017 konnten mit ungefähr 2.000 Veranstaltungen rund 87.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht werden. Hinter diesen Zahlen steckt ein großes ehrenamtliches Engagement, das gar nicht hoch genug zu schätzen ist.

Mit unseren Veranstaltungen in der Fläche, aber auch mit Publikationen, Studien sowie Veranstaltungen in Berlin greifen wir wichtige aktuelle Themen auf. Eine zentrale soziale Auseinandersetzung dreht sich um das «Recht auf Stadt». Die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten und die zunehmenden Spekulationen mit Immobilien, insbesondere Wohnungen, haben uns dazu gebracht, hier einen Schwerpunkt unseres Jahresberichts zu setzen.

Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie zur «Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit» in Auftrag gegeben, die von Andrej Holm, Sabine Horlitz und Inga Jensen erarbeitet wurde. Etwa zeitgleich erschien in der Reihe «luxemburg argumente» die Broschüre «Muss wohnen immer teurer werden?». Den Diskurs um bezahlbare Wohnungen, um Gentrifizierung und ähnliche Fragen wird die Stiftung weiterführen, gemeinsam mit der uns verbundenen Hermann-Henselmann-Stiftung.



Dagmar Enkelmann

Die Stadt ist zugleich ein Terrain von Abschöpfung gigantischer Datenmengen durch große Technologieunternehmen. Evgeny Morozov und Francesca Bria haben in einer Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung über «Smart Cities» auf diese Zusammenhänge hingewiesen und zeigen linke Alternativen am Beispiel der Stadtverwaltung von Barcelona auf.

Inspiziert von den Erfahrungen in den USA, in Spanien und England hat die Debatte um «Organizing» in der politischen Linken Konjunktur. Im Institut für Gesellschaftsanalyse wird sie mit dem Verständnis einer «neuen Klassenpolitik» verbunden, die versucht, den «Knoten der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse zu durchtrennen» (Frigga Haug).

2017 jährt sich die Revolutionen vom Februar und Oktober 1917 in Russland mit ihren tief greifenden, vor allem internationalen Konsequenzen. Zur Geschichte der Russischen Revolution(en) organisierte die Stiftung bundesweit und international über 100 Veranstaltungen und gab einige Publikationen heraus, darunter den Materialienband «Roter Oktober 1917» von Christoph Jühne und Bernd Hüttner, «Anarchismus und Russische Revolution» von Philippe Kellermann, «Die russische Linke zwischen März und November 1917» von Wladislaw Hedeler, «Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/1918» von Jörn Schütrumpf sowie «Lenin neu entdecken» von Michael Brie. Zusätzlich befassten sich die Ausstellung «The kids want communism» aus Israel und die Konferenz «Perspektiven auf den Roten Oktober» mit dem «unausschlagbaren und unannehmbaren» Erbe der Oktoberrevolution.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Reformation, die 2017 ihren 500. Jahrestag feierte, fanden verschiedene Veranstaltungen statt sowie Busexkursionen zur Person Thomas Müntzer. Höhepunkt war eine mehr als 20 Mal aufgeführte szenische Lesung des Romans «Q» in einer von Thomas Ebermann bearbeiteten Fassung.

Auch am Evangelischen Kirchentag beteiligte sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eine der Attraktionen war unzweifelhaft die Podiumsdiskussion mit Bodo Ramelow zum Thema «Mit

Luther, Marx & Papst den Kapitalismus überwinden». Zudem veröffentlichte die Stiftung das Buch «Alle Verhältnisse umzuwerfen ... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen» über das gemeinsame Erbe von Christinnen, Christen und Marx.

Die internationale Arbeit der Stiftung ist in diesen turbulenten Zeiten und angesichts eines global grassierenden neuen Autoritarismus bedeutsamer denn je. Das Zentrum für internationalen Dialog (ZiD) hat mit der Orientierung auf fünf zentrale Themenlinien begonnen, politische Verbindungslinien in ihrer Arbeit zu vertiefen, die die Aktivitäten in den Auslandsbüros besser zusammenbringen können. Die Ausrichtung am Konzept «Globale Soziale Rechte» als Perspektive soll der internationalen Stiftungsarbeit stärkere gemeinsame politische Konturen verleihen.

Neue Büros in Beirut und Madrid konnten eröffnet werden, weitere sind in Vorbereitung. Die Krisenregion im Nahen Osten wird inhaltlich durch unser Programmbüro in Beirut betreut. Das übergeordnete Thema ist «positiver Frieden», was bedeutet, Ideen für friedliche und gerechte Gesellschaftsordnungen zu implementieren und den Dialog über Konfliktlösungsstrategien zu führen.

Insgesamt ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung mittlerweile in mehr als 70 Ländern aktiv. Neben der Beschäftigung mit neoliberalen und neoautoritaristischen Regimen stehen die Vernetzung der Linken und das Lernen voneinander im Vordergrund der Stiftungsarbeit. Stellvertretend dafür waren 2017 beispielsweise die europäische Sommerschule in Madrid und die Konferenz «Keine Arbeitermacht ohne Organisation» in Belgrad. Beide dienten dem internationalen Erfahrungsaustausch über Aktionen sowie der kritischen Sicht auf erfolgreiche und gescheiterte Projekte.

Ebenfalls Austausch und gegenseitiges Lernen ermöglichten die Bildungsreisen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die auf eine erfreulich große Nachfrage stießen. Katalonien und Madrid, Russland, Israel und Rom waren 2017 Ziele dieser spannenden Bildungsangebote.

In einer Gesellschaft, in der im vergangenen Jahr erneut Rassismus, Konkurrenz und Ausgrenzung zugenommen haben, ist sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung bewusst, wie wichtig politische Bildung ist. Wir stehen für eine Bildungsarbeit, die kritisches Nachdenken ermöglicht, zum Widerspruch ermuntert, Empathie befördert und solidarische Perspektiven diskutierbar macht.

Einen Überblick über das letztjährige Angebot findet sich auf den nachfolgenden Seiten. Wir wünschen eine anregende Lektüre.

DR. DAGMAR ENKELMANN
Vorsitzende des Vorstandes

SCHWERPUNKT: STADT, WOHNEN, SOZIALE SPALTUNG

AfD GEWINNT IN STADT UND LAND

Die Verteilung von «Ungleichheit» zwischen Stadt und Land ist mit den Wahlerfolgen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) auf neue Weise zum Thema geworden. «Ostdeutschland» kehrte in die breite öffentliche Debatte zurück, weil hier eine neue Partei rechts von der Union gleich zur zweitstärksten Partei aufgestiegen ist. Generell erfahren regionale sozioökonomische Unterschiede größere politische Aufmerksamkeit, seitdem nach Erklärungen für das unerwartete Wahlverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gesucht wird. Schnelle Urteile lauteten: Es sind die «Verlierer der Modernisierung» oder wahlweise der «Globalisierung» oder «Digitalisierung», die Zuflucht bei rechtspopulistischen Positionen suchen. Bei den AfD-Wählern handele es sich vor allem um «Abgehängte», die in «abgehängten Regionen» leben, der alte Gegensatz zwischen Stadt und Land erhalte neue politische Brisanz. Doch was erklären solche Deutungsmuster?

Bereits ein differenzierter Blick auf die Wahlergebnisse der AfD führt zu ersten Irritationen: Die AfD erzielte ihre besten Ergebnisse bislang nicht in den ärmeren, sondern in den «wohlhabendsten» Bundesländern: in Sachsen mit 27 Prozent und in den drei wichtigsten «Geberländern» des Länderfinanzausgleichs: Bayern (12,4%), Baden-Württemberg (12,2%) und Hessen (11,9%). Sortiert man in diesen Ländern kleinteiliger nach kreisfreien Städten und Landkreisen, so zeigen sich jeweils erhebliche, annähernd gleiche Spannweiten: in Sachsen etwa zwischen 18,3 Prozent in der Stadt Leipzig und 35,5 Prozent im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge; in Hessen zwischen 8,4 Prozent in der Stadt Darmstadt und 16,2 Prozent im Landkreis Fulda. Unter den 100 Landkreisen und kreisfreien Städten mit den höchsten AfD-Zweitstimmenanteilen (über 15,3%) befinden sich 27 in Westdeutschland, darunter mit Straubing und Heilbronn Städte, deren statistisches Pro-Kopf-Einkommen zu den höchsten der ganzen Republik zählen.

POLARISIERTE STÄDTE – NEU GETEILTE RÄUME

Wie wenig eindimensionale Gegensätze zu erklären vermögen, zeigt auch das Beispiel Berlin. Die Stadt verzeichnet seit zehn Jahren besonders hohe Steigerungsraten bei der Beschäftigung, beim Bruttoinlandsprodukt sowie bei den Miet- und Immobilienpreisen. Die AfD erhielt hier in den innerstädtischen Wahlkreisen zwischen 6,3 und 8,2 Prozent der Zweitstimmen, in den außerhalb des S-Bahn-Rings liegenden zwischen 13,7 und 21,6 Prozent. Bei den Letzteren handelt es



Aktuelle Wahlergebnisse spiegeln das Auseinanderdriften von Zentrum und Peripherie wider.

sich nicht nur um von Armut gekennzeichnete Hochhausiedlungen, sondern ebenso um Gebiete, in denen viele Ein- und Zweifamilienhäuser, eine niedrige Arbeitslosenrate und relativ gute Einkommen anzutreffen sind. Auch innerhalb der Städte nimmt die soziale Polarisierung zu.

Gleichzeitig scheint ein zweiter Zusammenhang auf: das Verhältnis zu Dynamik und Geschwindigkeit der ökonomisch getriebenen Veränderung selbst. Statt von einer Stadt-Land-Polarisierung wäre eher von einem Auseinanderdriften von Zentrum und Peripherie zu sprechen. Die an die «wachsenden Städte» angrenzenden Landkreise werden von der Dynamik mitgezogen, man spricht von Metropolregionen. Hierzu zählen Berlin, Hamburg, Leipzig/Halle, München, Stuttgart – sie alle sind auf besondere Weise stark in Weltmarktkreisläufe eingebunden. Andere Regionen an der Nordseeküste, im Fränkischen, in der Pfalz oder im Ruhrgebiet bekamen die Weltmarktöffnung negativ zu spüren und verloren ab Anfang der 1980er Jahre schrittweise ihre alten industriellen Kerne. Ostdeutschland wurde 1991/92 schockartig in diesen strukturellen Transformationsprozess gestoßen. Wieder andere Regionen werden zu Gewinnern des allgemeinen strukturellen Wandels – zum Beispiel die ehemals rückständigen südoldenburgischen Landkreise Vechta und Cloppenburg, vor allem dank der Ausbreitung der Fleischindustrie. Die AfD erzielte hier mit 8,1 Prozent ein auch für das Land Niedersachsen (9,1 %) unterdurchschnittliches Ergebnis.

Neben «absteigenden» Städten gibt es also «aufsteigende» Landkreise. Die sozialräumlich abgebildete wirtschaftliche Arbeitsteilung verändert sich und folgt nicht dem einfachen Muster Stadt/Land. Entscheidend für die Wahrnehmung der Bevölkerung ist dabei weniger die absolute Position ihrer Region, sondern mehr ihre sozioökonomische Dynamik im Vergleich zu den umliegenden Gebieten.

INDUSTRIE UND DEMOGRAFIE

Welche weiteren Faktoren können die starken Unterschiede bei den Wahlergebnissen der AfD erklären? Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in einer statistischen Analyse für die 299 Wahlkreise «kaum Zusammenhänge zwischen Arbeitslosenquote, Bildung und Ausländeranteil und der Variation der AfD-Ergebnisse» gefunden. Für Westdeutschland korrelierten «vor allem niedrige Haushaltseinkommen und überproportional viele Beschäftigte in der Industrie» mit überdurchschnittlich hohen AfD-Stimmenanteilen. In Ostdeutschland «sticht der Zusammenhang mit hohem Anteil älterer Menschen und mit hoher Dichte von Handwerksbetrieben heraus».

Wie lassen sich diese Hinweise verstehen? Industriebeschäftigte stehen seit Jahrzehnten aufgrund wachsender Weltmarktkonkurrenz, fortschreitender Automatisierung etc. unter extremem Anpassungsdruck. Hinzu kommt eine diffuse Verunsicherung, wo denn der eigene Platz, sprich Sozialstatus, im viel beschworenen Wandel zur «Wissensgesellschaft» ist. In Handwerksbetrieben sorgt man sich um die Konkurrenz infolge der EU-Freizügigkeit und der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Die Erwartungen an den (sozial-)staatlichen Protektionismus sind hoch.

In der demografischen «Überalterung» kommen ebenfalls mehrere Dinge zusammen, die eine Region schrumpfen lassen: Wegzug der Jüngeren und Qualifizierteren, oftmals lange Pendelzeiten zu weit entfernten Arbeitsplätzen in ohnehin dünn besiedelten Regionen, sinkende Geburtenraten. In der Folge werden Gebietsreformen durchgeführt, Schulen, Krankenhäuser, Ämter und Polizeistationen geschlossen, Angebote der Daseinsvorsorge und öffentliche Orte der Kommunikation, aber auch Einkaufsmöglichkeiten verschwinden. In «überalterten» Regionen verstärkt sich der Eindruck, vom Gemeinwesen, vom Staat alleingelassen zu werden. Die Rückkehr des Wolfes ist dafür eine oft beschworene Metapher. Es entstehen «demokratiefeindliche Räume», wie es in einer Studie der Amadeu Antonio Stiftung heißt. Der soziale Alltagsraum, in dem sich das Leben abspielt, und der politische Raum, in dem Entscheidungen getroffen werden, fallen immer mehr auseinander.

Also doch «abgehängte Regionen»? Die Rede davon beinhaltet in der Regel die Unterstellung, dass wer dort lebt an den modernen Entwicklungen nicht teilhat (was ja mit Blick auf die Breitbandversorgung nicht ganz falsch ist) und damit et-



Verlassene Fabrikhalle des im Jahr 2000 geschlossenen Rohrleitungswerks in Muldenstein (Sachsen-Anhalt).

was «Hinterwäldlerisches» an sich hat. Dies lenkt aber ab von der entscheidenderen Frage: Warum wurden ganze Regionen abgehängt, wer ist hierfür politisch verantwortlich?

1994 stimmte die Mehrheit in Bundestag und Bundesrat dafür, in Artikel 72 des Grundgesetzes das Ziel der «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse» durch «Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse» zu ersetzen. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts ist der Bund heute erst dann zum Eingreifen ermächtigt, wenn sich diese «in erheblicher, das bundesstaatliche Sozialgefüge beeinträchtigender Weise auseinanderentwickelt haben» oder sich eine derartige Entwicklung konkret abzeichnet. Begründet wurde die Änderung mit der Notwendigkeit, den Föderalismus zu stärken, praktisch führte sie zu weiterer Entsolidarisierung und einem verschärften Wettbewerb der Länder, Kreise und Städte um Investitionen. Anstatt die Kommunen angemessen finanziell auszustatten, werden etwa die anhaltende Abwanderung vom Land in die größeren Städte mit Folgen wie schwindende soziale Bindungskräfte und Selbsthilferessourcen einerseits sowie wachsende Konkurrenz um Arbeit, Wohnungen etc. andererseits als Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wandels einfach hingenommen.

MENTALITÄTEN UND «UNGLEICHZEITIGKEITEN»

Stadt und Land sind indes auch für Linke nicht nur sozialräumliche Begriffe, sondern sozialpsychologische Metaphern, die einer emanzipatorischen Politik nicht unbedingt förderlich sind. Stadtluft macht bekanntlich frei, das Stadtleben ist ano-

nym, weltoffen, ständig in Bewegung. Städte sind modern, fortschrittlich, die Zentren des Kapitals und seiner Fabriken – für die Linke also zugleich Zentren des Klassenkampfes. Das Land dagegen steht für Konservatismus, soziale Kontrolle und Enge. Städte waren Orte der Aufklärung im Gegensatz zum «Idiotismus des Landlebens» (Marx). Unter deutschen Verhältnissen, konstatierte Theodor W. Adorno, lägen Provinzialität und der Hang zur Barbarei dicht beieinander. Ernst Bloch näherte sich dem Phänomen mit dem Begriff der «Ungleichzeitigkeit» und unterschied zwischen «objektiver Ungleichzeitigkeit», die vom Kapitalismus als «Reste alter Formen» mitproduziert werde, und einer «subjektiven Ungleichzeitigkeit», die in einer Ablehnung des Jetzt besteht. Letztere könne sowohl in einer kritischen, skeptischen oder ablehnenden Haltung gegenüber den ständigen Veränderungen und Moden des kapitalistischen Verwertungsprozesses bestehen als auch in einer Überhöhung, Idealisierung oder Idyllisierung des Vergangenen. Mit dem Begriff der Ungleichzeitigkeit verlor sich zugleich die Vorstellung einer linear verlaufenden Entwicklung. David Harvey schließlich definierte Stadt als den Ort, «an dem Menschen aller Arten und Klassen zusammenkommen, wie widerstrebend und agonistisch auch immer, um eine gemeinsame, wengleich stets veränderliche und flüchtige Lebensform herzustellen». Stadt wäre also die Metapher für die Speerspitze der kapitalistischen Hypermodernisierung, Land stände für die Skepsis, ob man das wirklich braucht. Auch in der Stadt kann also viel Land zu finden sein. Und vom Land kam zum Beispiel die Anti-AKW-Bewegung. Statt des Gegensatzes von Stadt und Land könnte von links das Verhältnis zur kapitalistisch getriebenen Modernisierung in den Mittelpunkt gestellt werden.

DIE «RÜCKKEHR» DER WOHNUNGSFRAGE

Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde von einschlägigen Expertinnen und Experten verkündet: «Deutschland ist gebaut.» Noch 2011 wurde die Wohnungssituation in Deutschland genau so beschrieben, viel war die Rede von schrumpfenden Städten und dem notwendigen Rückbau von Wohnungen, wie Abriss euphemistisch umschrieben wird.

Heute ist Wohnungsmangel bzw. -not für über zwei Drittel aller Menschen in Deutschland eines der drängendsten sozialen Probleme, und es ist eines, das sicherlich weiter an politischer Relevanz und Dringlichkeit gewinnen wird. Dazu nur einige wenige Stichworte: absoluter Wohnungsmangel, Mietpreisbremse, erzwungene Umzüge und Räumungen, Zulauf bei Wohnungsbaugenossenschaften etc. Das ist alles nicht unbedingt neu, aber durch den anhaltenden Finanzialisierungs- und Privatisierungsdruck im Immobiliensektor, die extrem gestiegenen Bodenpreise in vielen Regionen, ausbleibende staatliche Interventionen sowie die Notwendigkeit, Geflüchtete in den Wohnungsmarkt zu integrieren, ist die Situation nicht nur in vielen deutschen Großstädten teilweise extrem angespannt.

Dieser Entwicklung stellte sich 2017 auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung durch die Einrichtung eines eigenen Arbeitsbereichs innerhalb des Instituts für Gesellschaftsanalyse: Wohnungs- und mietenpolitische Fragen sind seitdem stärker in den Fokus gerückt. Dabei geht es sowohl um eine kritische Analyse und um den Kontakt zu stadtpolitisch aktiven Gruppen als auch immer wieder um das Aufzeigen von Alternativen. Beispielhaft hierfür sei die viel beachtete Studie zur neuen Wohnungsgemeinnützigkeit genannt, die Andrej Holm, Sabine Horlitz und Inga Jensen 2017 im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt haben. Darin werden grundlegende Mechanismen und Instrumente einer gemeinnützigen Wohnungspolitik vorgestellt sowie sehr konkrete Modellrechnungen vorgenommen und Beispiele präsentiert, die zeigen: Wohnen muss und kann bezahlbar sein. Voraussetzung ist jedoch eine gesellschaftspolitische Kehrtwende, mit der das Menschenrecht auf Wohnen der profitorientierten Kapitallogik entzogen und eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik forciert wird.

Dies ist auch der Tenor der 2017 von Andrej Holm verfassten Broschüre «Muss Wohnen immer teurer werden?» in der Reihe «luxemburg argumente», in der gängige Behauptungen wie «Private können es einfach besser» oder «Der soziale Wohnungsbau hat versagt» auf den Prüfstand gestellt werden. Diese Publikation stellt eine Handreichung vor allem für diejenigen dar, die sich im Alltag oder in ihrer beruflichen oder politischen Funktion für eine sozialere Wohnungspolitik einsetzen. Die Stiftung hat sich zudem vorgenommen, den Kon-

takt zu den klassen-, spektren- und generationenübergreifenden wohnungs- und mietenpolitischen Milieus auszubauen. Die vielfältigen Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung in 2017 auf diesem Gebiet spiegeln sich auch im Webdossier «Wohnen muss nicht teuer sein» wider.

Ebenfalls aktiv auf dem Feld städtischer Politik ist die Hermann-Henselmann-Stiftung. Sie befördert die Auseinandersetzung mit Fragen von Architektur, Städtebau und sozialer Stadtentwicklung. Die rechtlich unselbstständige Stiftung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung treuhänderisch betreut, wirkt allerdings inhaltlich selbstständig und wird zunehmend als kritische Akteurin in den aktuellen stadtpolitischen Diskussionen wahrgenommen, so 2017 in den Debatten um die Stadtmitte in Berlin oder um das Kulturforum. Sie organisiert regelmäßig Abendsalons, Veröffentlichungen zu Themen wie Partizipation und Bauen und einmal im Jahr das Hermann-Henselmann-Kolloquium, das sich seit 2016 im Rahmen der Tagungs- und Publikationsreihe «100 Jahre Groß-Berlin» mit Schlüsselthemen städtischer Entwicklung befasst bzw. befassen wird: 2016 mit der «Wohnungsfrage», 2017 mit der «Verkehrsfrage», 2018 mit dem Thema «Grünflächen» und 2019 mit der «Planungskultur». Für 2020 schließlich ist eine Konferenz geplant, auf der Perspektiven für die Hauptstadtregion diskutiert werden sollen.



Download und
Bestellung unter
[www.rosalux.de/
publikation/id/
37487](http://www.rosalux.de/publikation/id/37487)

Andrej Holm

MUSS WOHNEN IMMER TEURER WERDEN?

MYTHEN UND BEHAUPTUNGEN ÜBER WOHNEN,
MIETE, KAUFEN

luxemburg argumente Nr. 15

50 Seiten, Broschur mit Abbildungen,
Juni 2017, ISSN 2193-5831

REBELLISCHE STÄDTE

Politik in der Kommune hat wieder an Bedeutung gewonnen. Dies zeigen die vielfältigen Bewegungen für ein «Recht auf Stadt» sowie die Wahlerfolge linker Parteien und Bündnisse auf der kommunalen Ebene in Europa und in den USA. Seit 2016 hat auch Berlin eine neue Regierung unter Beteiligung der Partei DIE LINKE. Im vergangenen Jahr zogen städtische Bewegungen in der stiftungseigenen Zeitschrift *LuXemburg* hierzu eine erste Bilanz. Darüber hinaus begleitet die Stiftung die rot-rot-grüne Koalition kritisch-solidarisch mit Studien und Publikationen und bietet Räume, in denen sich Senatorinnen der LINKEN mit Partei und Bewegung austauschen können. Bereits seit 2011 erleben wir eine Art von Verdichtung: Die öffentlichkeitswirksamen Platzbesetzungen und Mobilisierungen verhalfen verschiedenen urbanen Bewegungen vor allem in den krisengeplagten Ländern zu größerer Stärke und Sichtbarkeit. Dies ging einher mit der Einsicht, dass die Kräfteverhältnisse nur so verändern sind, wenn «wir mehr werden», es eine Organisation im Alltag gibt, in den Nachbarschaften, in den Schulen, am Arbeitsplatz etc. Paradigmatisch stehen dafür Bewegungen wie die spanische PAH (Plattform der von Zwangsäumung Betroffenen). Ihre eindrucksvolle und erfolgreiche Praxis hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem Film dokumentiert, den sie – orientiert am Konzept des *transformative organizing* – für die politische Bildungsarbeit nutzt. Dieser von der Stiftung vertretene Ansatz findet zunehmend auch unter stadtpolitischen Initiativen in «sozialen Brennpunkten» in Deutschland Verbreitung, anders geartet auch bei den immer noch aktiven «Willkommensinitiativen» für Geflüchtete. Besondere Relevanz haben dabei in den letzten Jahren Kampagnen im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden gewonnen, die ausgehend von konkreten Organisations unterschiedliche Initiativen verbinden und eine gemeinsame Praxis entwickeln: vom Berliner Wasser- und später Energietisch über das Mietenvolksbegehren bis hin zum Volksentscheid für Personalbemessung in Krankenhäusern. Zugleich konnten linke Kandidatinnen und Kandidaten in zahlreichen Kommunen beeindruckende Wahlerfolge erzielen. Sowohl in Spanien (von Barcelona bis Madrid) als auch in Italien (Neapel und Palermo) und in den USA (von New York bis Jackson, Mississippi) gibt es eine neue Generation von progressiven Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Über die Plattform Barcelona en Comú und den Wahlsieg ihrer Kandidatin Ada Colau 2015 ist mit maßgeblicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung der preisgekrönte Dokumentarfilm «Alcaldessa» entstanden. 2017 folgte ein weiterer Dokumentarfilm über die Möglichkeiten und Grenzen sowie die Erfahrungen derjenigen, die in den Institutionen und sozialen Bewegungen den Einzug undogmatischer Linker in die Rathäuser begleitet haben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dazu im vergangenen Jahr die Analyse von Vicente Rubio-Pueyo «Munizipalismus in Spanien: Von Barcelona nach Madrid und darüber hinaus» veröffentlicht.



Kundgebung der Plattform der von Zwangsäumung Betroffenen (PAH) in Valencia.

Um nicht im Lokalen steckenzubleiben, versuchen linke Akteure kommunalpolitische Interventionen mit der Organisation auf der europäischen Ebene oder, emphatischer ausgedrückt, mit der Perspektive eines anderen, eines «Europa von unten» zu verbinden. Das Netzwerk der «Ciudades rebeldes» (der rebellischen Städte) linksregierter Großstädte, sogenannte Willkommensstädte für Geflüchtete – von Barcelona über Lampedusa bis Lesbos – sowie das Netzwerk der Städte gegen TTIP und der «Fearless Cities» zeigen exemplarisch, wie eine zukünftige Demokratisierungsbewegung aussehen könnte. Es ist kein Zufall, dass sich neue kraftvolle soziale Bewegungen in den letzten Jahren vor allem auf der kommunalen und nachbarschaftlichen Ebene herausgebildet haben. Dies ist bei eingeschränkten Ressourcen der naheliegende (wenn auch nicht hinreichende) Ort der politischen Organisation, wo partizipative Ansätze mit glaubwürdigen Formen der Interessenrepräsentation zusammenkommen.

WEM GEHÖRT DIE STADT?

LUXUSBAUTEN IN SAARBRÜCKEN UND IHRE FOLGEN

Jahrzehntelang gab es in Saarbrücken so gut wie keinen Wohnungsbau. Die Folge: Aktuell fehlen 4.000 Sozialwohnungen, wie die Oberbürgermeisterin kürzlich selbst einräumen musste. Dagegen schießen neue Residenzen und Lofts wie Pilze aus dem Boden, sodass Menschen mit geringem Einkommen zunehmend an den Stadtrand oder in unbeliebte Viertel verdrängt werden. Um darüber zu beraten, wie dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist, veranstaltete die Peter-Imandt-Gesellschaft (Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland) Ende August 2017 eine Veranstaltung, zu der sie Norma Brecht, Architektin und Politikwissenschaftlerin aus Leipzig, sowie Rico Rokitte, Doktorand an der Professur für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung der Bauhaus-Universität Weimar mit Schwerpunkt Stadtentwicklung und Sozialraumtheorie, einlud.

Beide erläuterten vor etwa 80 Besucherinnen und Besuchern, warum die Wohnungen, die derzeit gebaut werden, viel zu teuer sind und was auf politischer Ebene getan werden muss, damit auch weniger Betuchte sich wieder Wohnraum leisten können. So sprach sich Norma Brecht dafür aus, die das Bauen verteuernenden Energiesparauflagen zu überdenken. Es komme jedoch auch immer darauf an, wer baut. Dass Private, wie von Wohnungswirtschaft und Politik meist behauptet, dies günstiger können, halten Brecht und Rokitte für einen Mythos. Von Steuern befreite kommunalen Träger oder auch Genossenschaften könnten viel preiswerter bauen. Für Private lohne sich dagegen eher die Errichtung von Luxuswohnungen, betonte Rokitte.

Auch mit Mietspiegeln gingen die beiden kritisch ins Gericht, denn alle Wohnungen, die in den vorangegangenen vier Jahren keine Mieterhöhung zu verzeichnen hatten, werden bei deren Erhebung gar nicht berücksichtigt. Dadurch ergibt sich der paradoxe Effekt, dass ein Mietspiegel, statt als Preisbremse zu wirken, die Mietpreise eher noch in die Höhe treibt. Auf der vom Schauspieler Peter Tiefenbrunner moderierten Veranstaltung zogen die beiden Stadtforscher das Fazit: «Nachhaltiger, preisgünstiger Wohnungsbau ist eigentlich nur marktfrem möglich.» Die öffentliche Hand – vor allem der Bund – steht in der Pflicht, sich für den sozialen Wohnungsbau wieder mehr zu engagieren. Doch auch die Kommunen können etwas unternehmen: Statt immer auf den Bund zu verweisen, lassen sich beispielsweise bei Bebauungsplänen Vorgaben machen, dass ein bestimmter Anteil der geplanten Wohnungen auch für Einkommensschwache erschwinglich sein muss.

«SMART CITIES»

Anlass der Veranstaltung «Die smarte Stadt neu denken» am 4. Dezember 2017 in Berlin war eine von der Stiftung in Auftrag gegebene und unter demselben Titel erschienene Studie von Evgeny Morozov, Publizist und ausgewiesener Internet- und Kapitalismuskritiker, und Francesca Bria, die seit einigen Jahren als Beauftragte für digitale Technologie für die linke Kommunalregierung von Barcelona tätig ist.

Links zur Studie und zum Videomitschnitt:

www.rosalux.de/publikation/id/38134

und www.rosalux.de/dokumentation/id/38157

Evgeny Morozov unterstrich, dass das Phänomen Smart City eng mit dem hoch technologisierten Kapitalismus verknüpft ist und dessen Dynamik beschleunigt. Er verwies auf die Privatisierungs- und Enteignungsprozesse, die unter dem Deckmantel der Digitalisierung vonstattengehen. Für politische Entscheidungsträger erscheine die Smart City deswegen so attraktiv, weil sie wahlweise Effizienz, Kostenersparnis, Par-

tizipation oder Nachhaltigkeit und damit die Lösung zentraler urbaner Probleme verspricht. Morozov zufolge befinden wir uns gerade mitten in einem Kampf um die zentralen Ressourcen der nächsten Jahrzehnte: künstliche Intelligenz und die gewaltigen Datenmengen, mit denen diese «trainiert» werden muss. Grundlage hierfür ist die Logik des Datenextraktivismus: Der gesamte städtische Raum wird mit unzähligen Sensoren überzogen, wobei die so gewonnenen Informationen nicht der Allgemeinheit, sondern vor allem den neuen Datenmonopolisten wie Google zugutekommen.

Francesca Bria illustrierte die – trotz der gewaltigen Übermacht der Internetkonzerne – dennoch vorhandenen Spielräume für linke Politik anhand konkreter Initiativen aus Barcelona. Zentral sei, Technologiepolitik nicht den Technokraten zu überlassen. Es gelte das Prinzip der Technologie-Souveränität zu stärken, was ein verändertes Verhältnis zwischen öffentlichen Institutionen und Bürgern zur Bedingung hat. Ein linkes Smart-City-Konzept müsse für die Bereitstellung von digitalen urbanen Infrastrukturen auf Basis von anderen Formen des Dateneigentums sorgen sowie auf Open Source und Open Standards setzen. Es gehe darum, smarte Technologien für eine Demokratisierung von Politik und für neue kommunale Dienstleistungen von vorzugsweise öffentlichen oder gemeinnützigen Anbietern zu nutzen, die sich anders als Uber oder Airbnb an den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung orientieren. Die Abendveranstaltung im Circular Economy House in Berlin-Neukölln war mit 800 überwiegend jungen Gästen hervorragend besucht.

Druckfrisch: Evgeny Morozovs Studie, vorgestellt am 4. Dezember 2017 in Berlin.





Auch in Leipzig steigen die Mieten, viele Menschen können sich dort Wohnraum nicht mehr leisten, müssen an den Stadtrand ziehen oder Leipzig sogar verlassen.

GESPRÄCHSKREIS STADTPOLITIK

Seit vielen Jahren befasst sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung, einschließlich ihrer Landesstiftungen und Auslandsbüros, mit stadt- und wohnungspolitischen Themen. Seit 2013 existiert der Gesprächskreis Stadtpolitik, der gegründet wurde, um den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen stadtpolitischen Expertinnen und Experten sowie Aktiven in Partei, sozialen Bewegungen und Wissenschaft im Umfeld der Stiftung zu unterstützen. Dessen regelmäßige Treffen sollen vor allem einen Raum schaffen, in dem an linker Stadtentwicklungs- und Kommunalpolitik Interessierte über Stadt- und Professionsgrenzen hinweg zu fachspezifischen Fragen ins Gespräch kommen können.

Immer wieder diskutierte Themen sind Gentrifizierung, das Stadt-Land-Gefälle, lokale Ökonomie, Migration und Wohnen, die Identität von Städten, Kontrolle und Überwachung, aber auch die Herausforderungen und Auswirkungen von Digitalisierung (Stichwort: Smart Cities). In den vergangenen Jahren fanden die Treffen des Gesprächskreises in Leipzig, Hamburg, Suhl, Berlin, Halle und Dresden statt, wodurch sich verschiedene inhaltliche Schwerpunktsetzungen ergaben. So ist es erklärtes Ziel des Gesprächskreises, sich nicht nur mit boomenden Ballungszentren, sondern auch mit schrumpfenden Regionen in Ost und West zu befassen.

Ein besonderes Highlight der Gesprächskreistreffen sind die angebotenen Exkursionen und alternativen Stadtführungen, die selbst Teilnehmenden mit wenigen Vorkenntnissen einen besonderen Einblick in spezifische lokalpolitische Konflikte bieten sowie die Möglichkeit des Austausches mit verschiedenen kommunalpolitischen Initiativen und Akteuren. In den meist gut besuchten öffentlichen Abendveranstaltungen werden zentrale stadtpolitische Anliegen und Auseinandersetzungen aufgegriffen und zusammen mit Expertinnen und Experten aus Politik, kritischer Wissenschaft sowie sozialen Bewegungen aus dem gesamten Bundesgebiet diskutiert. 2017 fand das Treffen des Gesprächskreises Stadtpolitik erneut in Leipzig statt. Im Zentrum der Diskussion standen der Umgang mit Mietsteigerungen und Migration, Aspekte der Teilhabe sowie die Frage der Zusammenarbeit zwischen verschiedensten linken stadtpolitischen Akteuren und Initiativen. Dabei ist das anhaltend große Interesse an einem bundesweiten Erfahrungsaustausch und damit einer Fortführung des Gesprächskreises deutlich geworden.

.....
Kontakt: gk.stadtpolitik@rosalux.de und
stefan.thimmel@rosalux.org
.....

«CARTOGRAPHIE CITOYENNE»: WIE LANDKARTEN ZUR WAFFE SOZIALER BEWEGUNGEN WERDEN

In der neuen tunesischen Verfassung sind sowohl das Recht auf Zugang zu Informationen als auch das Recht auf eine gesunde Umwelt und das Recht auf sauberes Wasser festgeschrieben. Trotzdem müssen Zehntausende in Tunesien jeden Tag mehr als einen Kilometer zur nächsten Wasserquelle laufen. Das Leitungswasser ist oft ungenießbar und im Sommer wird immer wieder die Wasserzufuhr unterbrochen.

Damit lokale Gruppen und soziale Bewegungen an dieser Situation etwas ändern können, brauchen sie Informationen, die von staatlicher Seite jedoch verweigert werden. Das Projekt «Cartographie Citoyenne», das vom Nordafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tunis seit 2016 unterstützt wird, leistet hier wichtige Arbeit. Die Initiative verlangt von den Behörden Auskünfte zu verschiedenen Bürgeranliegen, sammelt Daten und bereitet diese mit einer Open-Source-Software auf. Die daraus entstehenden Landkarten und Schaubilder machen zum Beispiel Zusammenhänge zwischen umweltschädlichen Industrien und Erkrankungen sichtbar oder die ungleiche Einkommensverteilung zwischen den reichen Küstenregionen im Osten und dem Landesinneren. Das Projekt ist als «work in progress» angelegt. Lokale Initiativen können ihre eigenen Daten einspeisen. Zu diesem Zweck werden Workshops in verschiedenen Landesteilen organisiert. Es sind die Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort, die die Themen vorgeben.

Ein Beispiel: Ras Jebel ist eine Kleinstadt an der Nordküste Tunesiens. Früher emigrierten viele junge Menschen nach Frankreich, weil es keine Arbeit gab. Heute ziehen Leute aus dem Umland hierher, die in den Textilfabriken von Lee Cooper Jeans nähen. In dem 2017 abgehaltenen Kartografie-Seminar gingen die Teilnehmenden mithilfe von Stadtplänen, Satellitenbildern und statistischen Daten den Auswirkungen dieser neuen Industrieansiedlung nach. Sie befassten sich mit Verdrängungsprozessen (z.B. dem Verschwinden des lokalen Kunsthandwerks und dem gewandelten Arbeitsmarkt), sozialen Fragen (Absicherung der in den Textilfabriken und im informellen Sektor Beschäftigten), aber auch mit den ökologischen Folgen der neuen Fabriken. In Ras Jebel ist die Krebsrate nämlich höher als im Landesdurchschnitt, was auf Belastungen des Trinkwassers und des Bodens mit Schwermetallen zurückzuführen ist. Im Workshop wurden Quellen der Umweltverschmutzung lokalisiert und auf Karten markiert. Am Ende standen Diskussionen: Wie kann man gegen die Umweltverschmutzung vorgehen? Welche Umweltgesetze bräuchte es? Wären Kooperativen eine Lösung zur Rettung des traditionellen Kunsthandwerks?

Im Mai 2018 finden in Tunesien erstmals Kommunalwahlen statt. Die Aktivistinnen und Aktivisten des Kartografie-Projekts hoffen, dass viele Stadt- und Gemeinderäte sowie Initiativen die Karten und Statistiken als Instrument für eine sozial gerechtere Stadtentwicklung nutzen werden. Wissen ist Voraussetzung für Partizipation. Wissen ist ein Grundrecht. Statistische Daten sind Gemeingut. Das ist die Botschaft des Projekts.

PUBLIKATIONEN 2017 ZUM SCHWERPUNKTTHEMA

Harald Bodenschatz/Klaus Brake (Hrsg.)

100 JAHRE GROSS-BERLIN – BAND 1: WOHNUNGSFRAGE UND STADTENTWICKLUNG

Edition Gegenstand und Raum

Hermann-Henselmann-Stiftung

BEITRÄGE ZU WOHNUNGSBAU UND STADTENTWICKLUNG 1/2017

Online-Publikation

Andrej Holm/Sabine Horlitz/Inga Jensen

NEUE WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEIT

VORAUSSETZUNGEN, MODELLE UND ERWARTETE EFFEKTE
Studie

Evgeny Morozov/Francesca Bria

DIE SMARTE STADT NEU DENKEN

WIE URBANE TECHNOLOGIEN DEMOKRATISIERT
WERDEN KÖNNEN
Studie

Hendrik Sander

ALLTAGSKÄMPFE UND COMMUNITY ORGANIZING

DAS BEISPIEL DER MIETENPOLITISCHEN BEWEGUNG
IN BERLIN

Online-Publikation

Knut Unger

SO BÄNDIGEN WIR DIE WOHNUNGSRIESEN

ANSÄTZE ZUR GESELLSCHAFTLICHEN
KONTROLLE DER FINANZMARKTORIENTIERTEN
VERMIETUNGSKONZERNE

Standpunkte 11/2017

Katharina Weise (Hrsg.)

EU UND KOMMUNE

WORKSHOPKONZEPT FÜR DIE BILDUNGSARBEIT
IN DER KOMMUNE

Bildungsmaterialien

DAS INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE

Es ist immer noch die Zeit der großen Krise. Die Unsicherheit ist dramatisch gewachsen – nicht nur für die Einzelnen –, sie ist systemisch geworden. Die politische Landschaft in zahlreichen Ländern ist weitgehend umgewälzt worden, die radikale Rechte hat einen dramatischen Aufstieg erfahren und mit ihr auch ein neuer Autoritarismus von oben.

Folglich blieben Deutungen zu kommenden Weltordnungskonflikten, Flucht und Migration, radikal rechten und autoritären Entwicklungen und linker Reorganisation auch im Jahr 2017 zentral für die Arbeit des Instituts für Gesellschaftsanalyse.

Die systemische Unsicherheit betrifft natürlich auch die vermeintliche Oase der Stabilität, die Bundesrepublik Deutschland. «Externe Schocks» wie die Finanzkrise oder die Bewegung der Geflüchteten konnte die Regierung Merkel für ihre Zwecke nutzen: Merkel steht für Stabilität in Zeiten der Unsicherheit. Es gibt keine «Wechselstimmung». Die Große Koalition fand nach langer Verzögerung ihre Fortsetzung – und doch ist alles anders: Mit der AfD sitzt nun wieder eine radikal rechte Partei im Bundestag, und zwar als stärkste Oppositionspartei, während die SPD in einer Existenzkrise steckt.

Die Partei DIE LINKE ist zwar stabil – will sie allerdings nicht auf gutem Niveau stagnieren oder gar an Bedeutung verlieren, muss sie sich verstärkt denen zuwenden, die sich von der Politik nicht mehr repräsentiert fühlen. Wichtige Ansätze in diese Richtung stellen die Konzepte der Sozialen Infrastrukturen und der neuen Klassenpolitik dar, die das Institut für Gesellschaftsanalyse nicht nur theoretisch weiter ausbuchstabierte, sondern auch in der Praxis erprobte. Denn neben den Nichtwählerinnen und -wählern wächst auch die Gruppe derer, die – wie DIE LINKE – für eine solidarische, demokratische und ökologische Lebensweise eintreten, sich aber nicht mehr vertreten fühlen, insbesondere wenn aus der Partei bei Fragen von Flucht und Migration oder bei grün-libertären Themen widersprüchliche Signale kommen.

Zu all diesen Fragen gab es zahlreiche (Modell-)Projekte und Publikationen: Zum Beispiel legte Horst Kahrs eine umfangreiche Wahlanalyse vor; die Zeitschrift *Luxemburg* gab nicht nur ein Schwerpunktheft zum Thema «Neue Klassenpolitik», sondern auch zum Thema «Weltordnungskonflikte» heraus und auf dem alternativen «Gipfel der Solidarität» zum G20-Treffen in Hamburg war das Institut mit mehreren Veranstaltungen vertreten. Das zehnjährige Jubiläum der LINKEN war Anlass zur Würdigung wie zur Analyse von Leerstellen und Defiziten. Diesbezügliche strategische Hinweise bündelt unter anderem der Beitrag «Auswege aus der Zehn-Prozent-Nische. Neue Klassenpolitik, Motor des solidarischen Pols, Richtungswechsel 2021» von Michael Brie und Mario Candeias, der im *neuen deutschland* erschien.



Die 1986 in Berlin im Haus Prenzlauer Allee 90 neu erbaute Poliklinik «Dr. Karl Kollwitz» gehört heute als Gesundheitszentrum zur drittgrößten privaten Klinikgruppe in Deutschland.

SOZIALE INFRASTRUKTUREN ALS STRATEGISCHES KONZEPT UND ARBEITSSCHWERPUNKT DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE 2017

Das Netz sozialer Dienstleistungen ist durch Jahrzehnte der Sparpolitik und Ökonomisierung ausgehöhlt – im Gesundheits-, Bildungs- und sozialen Bereich ebenso wie bei der Wohnraumversorgung, in Kultur und bei der Mobilität. Die Folgen zeigen sich insbesondere auf kommunaler Ebene: Soziale Ungleichheit verschärft sich, teils entstehen «abgehängte» Räume mit extrem lückenhafter Infrastruktur. Das trifft am stärksten marginalisierte Gruppen und erzeugt Konkurrenz um knappe Ressourcen. Rechte Diskurse um die Bedrohung einer vermeintlich homogenen Lebensweise, um Sicherheit und Ordnung können hieran anschließen. Zwar gibt es vielfältige Protestbewegungen – Streiks in Krankenhäusern, Mieterproteste, Willkommensbewegungen und Bündnisse gegen Privatisierung – doch sie werden selten in Bezug zueinander und zu den politökonomischen Ursachen (kommunale Finanznot, Austeritäts- und Sparpolitiken) gesetzt. Oft sind es reine Abwehrkämpfe, ein positiver Gegenentwurf ist selten sichtbar.

Genau hier lag ein Einsatzpunkt für die Arbeit des Instituts für Gesellschaftsanalyse 2017. Mit einem Konzept Sozialer Infrastrukturen kann linke Sozialpolitik jenseits des fordistischen Wohlfahrtsstaates neu gedacht werden. Umverteilung und soziale Gerechtigkeit können mit Forderungen nach Demokratisierung und Emanzipation verbunden werden. Zentrales Element ist die stärkere Entkopplung der sozialen Teilhabe von Erwerbsstatus, Lebens- oder Familienform. Soziale Infrastrukturen zielen darauf, weite Teile der Daseinsvorsorge dem Markt (wieder) zu entziehen. Voraussetzung ist eine solidarische Finanzierung. Zentral ist nicht nur eine Re-kommunalisierung, sondern auch die Demokratisierung von Dienstleistungen durch neue Formen der Beteiligung und Selbstverwaltung.

.....
Die Projekte des Instituts für Gesellschaftsanalyse zielten darauf, die Auseinandersetzungen um soziale Infrastrukturen zu begleiten und transformatorische und verbindende Perspektiven darin zu stärken. Zudem sollte die Entwicklung von Einstiegsprojekten vorangetrieben werden.
.....

Im Gesundheits- und Pflegebereich wurde die Tarifbewegung für mehr Krankenhauspersonal intensiv begleitet und als Möglichkeit für eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung um gute soziale Dienstleistungen genutzt: durch Workshops zur Bündnisarbeit sowie neue Bildungsmaterialien und -formate (wie etwa die Streikuni). Zudem wurde die Broschüre «Das bisschen Pflege. Was falsch läuft und wie es anders gehen könnte» publiziert, die die zentralen Problemursachen und linken Forderungen im Pflegebereich zusammenfasst. Mit der Förderung des Netzwerks Care Revolution wurde der strategische Austausch zwischen Organisationen von Patientinnen und Patienten, pflegenden Angehörigen, von in der Alten- und häuslichen Pflege Tätigen und anderen linken und feministischen Gruppen weiter unterstützt. Gemeinsam mit pflegepolitisch Aktiven und dem Theaterregisseur Volker Lösch wurde das Projekt «Pflegetribunal» entwickelt, das die Sichtbarkeit des Themas und die Stimmen der Betroffenen weiter stärken soll. Mit dem Projekt «Gesundheitskollektiv Berlin» wurde der Diskussionsprozess um Alternativen in der ambulanten Gesundheitsversorgung weitergeführt, den es im nächsten Jahr noch stärker mit Akteuren der linken Kommunalpolitik zu verzahnen gilt.

Im Bereich der Stadt- und Wohnungspolitik ging es darum, die Möglichkeiten und Grenzen linker Stadt- und Kommunalpolitik am Beispiel der rot-rot-grünen Regierung in Berlin zu beleuchten und mit mehreren Diskussionsveranstaltungen Räume für den Dialog zwischen den Bewegungen und der Regierung zu öffnen. Eine große Konferenz im Frühjahr 2019 wird dieses Ziel weiter verfolgen.

Ein wichtiges Aktionsfeld war auch 2017 die kommunale Migrations- und «Integrations»-Politik. Das Institut für Gesellschaftsanalyse war an der Entwicklung eines Forschungsvorhabens beteiligt, das die Umsetzung des «Masterplans für Integration und Partizipation» der Berliner Senatsverwaltung für Soziales begleitet und auswertet, inwiefern die dort anvisierte breite Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure und der Ausbau inklusiver sozialer Infrastrukturen gelingen kann. Dazu gehörte es auch, die Frage von sozialen Infrastrukturen in der «Smart City» zu diskutieren und mit dem Kampf um die Verfügungsmacht über Daten und Technologien zu verbinden. Das Institut für Gesellschaftsanalyse hat sich 2017 in Kooperation mit anderen Bereichen an der Entwicklung einer Studie zu den Herausforderungen und Möglichkeiten linker digitaler Stadtpolitik beteiligt, überdies diskutierten stadtpolitisch Akteure aus Berlin und Barcelona in einem Workshop über Strategien zum Aufbau von «Digital Commons».

Die Zeitschrift *LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sie erscheint dreimal im Jahr, seit 2014 ist das Abonnement kostenfrei. Die Beiträge der Zeitschrift werden auch auf der Website www.zeitschrift-luxemburg.de zugänglich gemacht.

NEUE KLASSENPOLITIK

Angesichts der Zunahme sozialer Ungleichheiten und der Festigung sozialer Spaltungen werden die wenigsten bestreiten, dass wir (wieder) in einer Klassengesellschaft leben. Obwohl soziale Gerechtigkeit immer zu den Kernthemen linker Politik gehört hat, waren es paradoxerweise die Erfolge der Rechten – vom BREXIT über den Front National und die AfD bis hin zur Wahl Donald Trumps in den USA –, die die Klassenfrage auf verquere Art zurück auf die Tagesordnung gebracht haben: Der überwiegend legitime Ärger derjenigen, die sich vom gegenwärtigen System hingehalten und nicht repräsentiert fühlen, drückte sich vielerorts in einer Rechtswendung aus.

In klarer Opposition zu den führenden Klassen «oben» und rechts sucht die neue Klassenpolitik einen «verbindenden Antagonismus» zu formulieren: Weil die unterschiedlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse miteinander zusammenhängen, nimmt die neue Klassenpolitik die Herangehensweisen im Feminismus, in der Ökologie, im Antirassismus oder bei LGBTIQ-Themen auf und setzt sich dadurch

Sonderheft der Zeitschrift *LuXemburg* zu neuer Klassenpolitik vom Oktober 2017.



deutlich von beschränkten liberalen Ansätzen der Gleichstellung, der ökologischen Modernisierung im Sinne eines Green New Deals und natürlich einem neoliberalen «Weiter so» ab. Indem gerade die soziale und klassenspezifische Seite betont wird, lassen sich die Emanzipationskämpfe der letzte Jahrzehnte schärfen und gegen eine selektive Integration in den Neoliberalismus in Stellung bringen. In diesem Sinne ist die neue Klassenpolitik eine «feministische» und «intersektionale» Klassenpolitik, eine «ökologische Klassenpolitik» und ein klassenbewusster Antirassismus.

Zentral ist es dabei auch, die traditionelle Klassenpolitik aus den angestaubten Nischen des Hauptwiderspruchs herauszuholen und sie analytisch wie politisch breiter und inklusiver aufzustellen.

Nur zusammengedacht lässt sich der «Knoten» der unterschiedlichen Herrschaftsverhältnisse durchtrennen.
(Frigga Haug)

Zudem lässt sich eine neue Klassenpolitik nicht einfach im nationalstaatlichen Rahmen verwirklichen. Sie muss internationalistisch für globale soziale Rechte eintreten, wenn sie nicht neue Ausschlüsse produzieren will. In der internationalen Arbeit kann aber gerade eine klassenpolitische Zuspitzung zur Stärkung der regionalen Kämpfe beitragen, indem sie auf das Verbindende setzt, ohne die Interessen anderer subalternen Klassen zu übergehen. Jenseits der diskursiven und inhaltlichen Aspekte bleibt deshalb die organisierende Komponente der Lackmuse einer neuen Klassenpolitik, ein verbindender und verbreiternder Antagonismus.

Nachdem das Institut für Gesellschaftsanalyse bereits im Jahr 2016 einen Schwerpunkt auf das Thema der neuen Klassenpolitik gelegt und in einer Koproduktion der US-amerikanischen Zeitschrift *Jacobin* mit der Zeitschrift *LuXemburg* das Heft «Klasse verbinden» herausgebracht hatte, setzte es diese Arbeit 2017 fort. In der Spezialausgabe der *LuXemburg* «Neue Klassenpolitik», die auch auf Englisch erschienen ist, findet sich eine Auswahl von zentralen Texten zum Thema.

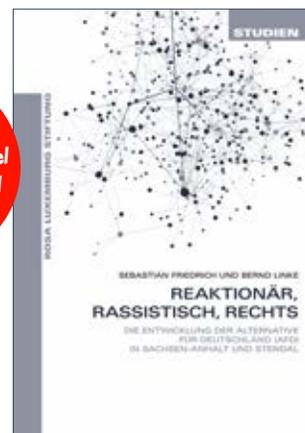
Download und Bestellung unter www.rosalux.de/publikation/id/38891

Fellowships existieren am Institut für Gesellschaftsanalyse seit dem Jahr 2012 und geben politisch Aktiven die Möglichkeit, ihre Praxen wissenschaftlich und strategisch zu reflektieren.

FELLOWSHIPS

Miriam Pieschke koordiniert in ihrer Arbeit als Fellow das Projekt «Jenseits der Prekarität», in dessen Rahmen sie 2017 unter anderem einen empirischen Feldversuch in Form eines Modellprojekts zur Organisierung in benachteiligten Wohngebieten in Berlin-Lichtenberg konzipierte und durchführt. Forschungsleitend ist dabei der Befund, dass in den Versuchen, den rasanten Aufstieg des Rechtspopulismus zu fassen, häufig folgenlos eine Erklärung an die nächste gereiht wird: Aufstand der Globalisierungsverlierer, Produkt eines rechten Kulturkampfes, Reaktion traditioneller Männlichkeit oder die «Kolonisierung» des Ostens. Auch repräsentative Umfragen wie die Leipziger «Mitte»-Studie geben kaum Hinweise, wie von links in rechte Diskurse eingegriffen werden kann. Die Frage nach linken Handlungsperspektiven steht dementsprechend im Zentrum des Forschungsprojekts, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hochschule Magdeburg-Stendal und zivilgesellschaftlichen Initiativen vor Ort durchführt. Erkenntnisse zur Krise des Neoliberalismus sollen mit hegemonietheoretischen Überlegungen zu deren politischer Bearbeitung von «oben» und rechts verbunden und durch subjektwissenschaftliche Untersuchungen zu der Frage, warum rechte Angebote derzeit einen Zugewinn an kollektiver wie individueller Handlungsfähigkeit zu bieten scheinen, ergänzt werden. Nicht zuletzt geht es darum herauszufinden, wie hier progressive Eingriffe möglich werden. Die Projektkoordination hat Miriam Pieschke inne. Ein erster Teil des Forschungsberichts mit dem Titel «Reaktionär, rassistisch, rechts: Die Entwicklung der AfD in Sachsen-Anhalt und Stendal» ist bereits erschienen.

Dieter Klein setzte seine Arbeit aus den letzten Jahren fort: Nach dem Erscheinen seines Buchs «Gesplante Machtteilen» im VSA: Verlag im Jahr 2016 verfasste er für die Tagung «Der Zukunft auf der Spur. Transformation aus der Perspektive Ernst Blochs» in Kooperation mit der Ernst-Bloch-Asso-



Sebastian Friedrich und Bernd Linke
REAKTIONÄR, RASSISTISCH, RECHTS
DIE ENTWICKLUNG DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD) IN SACHSEN-ANHALT UND STENDAL
Studien 1/2018, 59 Seiten
Broschur, Mai 2017
ISSN 2194-2242

ziation den Beitrag «Machteliten – Tendenzen der Herrschaft. Illusion oder «ein ganz mächtig Vorbewusstes» im Sinne Ernst Blochs». Auch wenn die Chancen für eine linke Intervention in entstehende Risse im Machtblock derzeit gering sind, so bleibt die Frage angesichts der Möglichkeit rascher Verschiebungen in der «großen Krise» akut. Lange Jahre war Dieter Klein maßgeblich an der Entwicklung der Parteiprogramme für die PDS und später die LINKE beteiligt. Deshalb durfte sein Beitrag in der Jubiläumsbeilage anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Partei DIE LINKE im *neuen deutschland* nicht fehlen. Er widmete sich dem Thema: «Partei des radikalen Realismus. Zehn Jahre Programmatik der Linken und die Notwendigkeit einer doppelten Transformation». Darüber hinaus hat die Zeitschrift *LuXemburg* begonnen, das ABC der sozialistischen Transformation in einzelnen Stichwörtern zu publizieren. Der erste Beitrag ist das Stichwort «doppelte Transformation» von Dieter Klein.

Rainer Rilling widmete sich im Jahr 2017 insbesondere zwei Themen: der Welt(um)ordnung und dem Reichtum. Ersteres mündete in seinem herausragenden Beitrag für die Zeitschrift *LuXemburg* zum Verständnis der «neuen starken Männer»

des Neo-Autoritarismus in der Welt: «Strongmen – politische Krieger und Empire. Wo sie zusammenkommen, wird es kompliziert und heftig». Folglich betreute er auch den entsprechenden Schwerpunkt der Zeitschrift *LuXemburg* zum Thema «Trump und die kommenden Weltordnungskonflikte». Der Veröffentlichung des «5. Armuts- und Reichtumsberichts» der Bundesregierung und der sich anschließenden Debatte widmete die *LuXemburg* einen Online-Schwerpunkt, den Rainer Rilling koordinierte. Trotz des welt- und vor allem auch deutschlandweit ungekannten Ausmaßes der Ungleichheit und einer ungewöhnlich intensiven Debatte über Reichtum nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zeichnet sich der Bericht durch sein vehementes Schweigen über Reichtumsdynamiken und insbesondere die mit ihnen verbundenen Machtstrukturen aus. Kein Wunder, dass Rainer Rilling in seinem eigenen Beitrag zum Thema die titelgebende Hoffnung «Endlich ein Reichtumsbericht?» verärgert verneinen muss. Das zehnjährige Jubiläum der Partei DIE LINKE hingegen konnte er zum Anlass nehmen, um in seinem Artikel in der Beilage zum *neuen deutschland* klarzustellen: «Reden über Reichtum. Die Kritik an den Besitz- und Vermögensverhältnissen im Land ist Kernthema der Linken».

Nicht nur Gegenstand für Street Art in Kopenhagen: Fellow Rainer Rilling betreute den Schwerpunkt der Zeitschrift *LuXemburg* zum Thema «Trump und die kommenden Weltordnungskonflikte».



«LUXEMBURG LECTURES» 2017

Im Rahmen der «Luxemburg Lectures» lädt die Stiftung immer wieder Intellektuelle aus der ganzen Welt zu Vorträgen ein. Inhaltliche Schwerpunkte im Jahr 2017 waren die Krise und die Überwindung des Kapitalismus sowie Feminismus und Demokratie.



Susan George



Ariel Salleh



Amy Goodman

3. APRIL 2017

Susan George (Politikwissenschaftlerin, Frankreich/USA)

**DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND
DIE KRISE DER LINKEN**

IM RAHMEN DER TAGUNG «AM STERBEBETT
DES KAPITALISMUS?»

Mit Ingar Solty

18. MAI 2017

Erik Olin Wright (Soziologe, USA)

**REALE UTOPIEN UND DIE ÜBERWINDUNG
DES KAPITALISMUS**

Mit Hans-Peter Müller

7. JUNI 2017

Ariel Salleh (feministische Soziologin, Australien)

ECOFEMINISM AS POLITICS

Mit Katharina Pühl

12. JUNI 2017

Silvia Federici (feministische Theoretikerin, Italien)

**GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE UND
REPRODUKTION IN MARX' KAPITAL**

Mit Antonella Muzzupappa

3. JULI 2017

Manuel Monereo (Politologe und Abgeordneter
der Izquierda Unida, Spanien)

STRATEGIEN DER SPANISCHEN LINKEN

Mit Mario Candeias

18. NOVEMBER 2017

Amy Goodman (Journalistin, USA)

DEMOCRACY NOW!

Mit Katja Kipping und Anne Britt Arps

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Aufgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die politische Bildung. Sie wird von allen Fachbereichen sowie von den Auslandsbüros und Landesstiftungen angeboten. Die kontinuierliche Entwicklung eines bereichsübergreifenden Bildungsverständnisses ist dabei in der Akademie für Politische Bildung angesiedelt. Ein zentrales Ziel der Arbeit ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, in gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen handlungsfähig zu werden.

Die Angebote reichen von Abendveranstaltungen und Tagesworkshops über Wochenendseminare bis hin zu modularen Weiterbildungen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien sowie Handreichungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Die Akademie arbeitet zielgruppenorientiert und entlang der Fragestellungen und Bedürfnisse, die sich aus der täglichen politischen Praxis ergeben. Leitmotive sind dabei die kritische Wertschätzung der Teilnehmenden, das Bewusstsein um hierarchische Strukturen und der Wunsch, emanzipatorische Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Partei DIE LINKE oder in den Gewerkschaften engagierte Menschen gehören ebenso zu den Zielgruppen wie Menschen aus sozialen Bewegungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen. Die Akademie will sowohl Basiswissen vermitteln als auch neue Zugänge zu Politik und politischem Engagement aufzeigen und eröffnen. Indem sie in ihrer Arbeit die starre Aufspaltung zwischen Bildungsinhalten und Didaktik durchbricht und vielfältige Methoden zur Anwendung bringt, können auch komplexe Zusammenhänge verständlich gemacht werden. Mit dieser Haltung mischt sich die Akademie auch in öffentliche Debatten zu politischer Bildung ein, in Form von Publikationen und bildungspolitischen Veranstaltungen.

Schwerpunkte der Arbeit im Jahr 2017 waren die Konsolidierung unserer kommunalpolitischen Angebote, der Jugendbildung sowie der im vorangegangenen Jahr entwickelten Kurssysteme im Feld der politischen Strategiebildung und Organisation. Im Bereich der migrationspolitischen Bildungsarbeit sind wir entscheidende Schritte in Richtung neuer Bildungsformate gegangen.

Wichtige Säulen der Akademie für Politische Bildung sind die Kommunalakademie, das Team «Weiterbildung für Politik» und das Jugendbildungsnetzwerk mit ihren jeweils unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Die interdisziplinäre sowie themen- und bereichsübergreifende Zusammenarbeit steht dabei immer stärker im Vordergrund. Dadurch werden die Verschränkungen der Arbeitsgebiete – Politische Ökonomie, Zeitgeschichte, Geschlechterverhältnisse, Neonazismus und andere Ideologien und Strukturen der Ungleichwertigkeit, Migration, Internationale Politik und soziale Bewegungen und sozialökologische Transformation – sichtbar gemacht und gesellschaftliche Veränderungsprozesse in diesen Feldern vorangetrieben.

DIE X. MARX-HERBSTSCHULE ZU 150 JAHRE «DAS KAPITAL»

Gleich zwei große Jubiläen fielen in das Jahr 2017: 150 Jahre «Das Kapital» und 100 Jahre Russische Revolution(en). 2018 steht zudem mit dem 200. Geburtstag das große Karl-Marx-Jahr ins Haus. Aus diesem Anlass fiel die Marx-Herbstschule, die 2017 auch schon auf zehn Jahre Bestehen zurückblicken konnte, diesmal größer als gewöhnlich aus.

Ursprünglich ist die Herbstschule mit dem Ziel gegründet worden, ein Angebot zu schaffen, das die «Lücke» zwischen «Marx-Experten» auf der einen Seite und Interessierten sowie politisch Aktiven auf der anderen Seite schließt. An der Konzeption und Organisation sind neben der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der «Hellen Panke» e.V. der Verein zur Förderung der MEGA-Edition, die Gruppe TOP B3rlin und das Ums-Ganzel-Bündnis beteiligt sowie eine ganze Reihe von Teamerinnen und Teamern. Zur Marx-Herbstschule sind inzwischen zudem weitere stark nachgefragte Bildungsangebote der Stiftung zu Marx hinzugekommen wie die Kapital-Lesekurse, die sogenannten Satellitenseminare oder die Marx-Frühjahrschule. 2017 war die Marx-Herbstschule außerdem Teil des Gesamtprojekts «Marx200», das die drei großen Jubiläen 2017 und 2018 begleitet (siehe: www.marx200.org).

Der inhaltliche Fokus der viertägigen Herbstschule 2017 (26.–29. Oktober) lag auf einem Begriff, der wie kein anderer wie ein roter Faden die gesamte Geschichte des Marxismus und Marx' «Kapital», insbesondere den ersten Band, durchzieht: die Arbeit – ausgehend vom «Doppelcharakter» der Arbeit, dem «Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht» (Marx), über die kapitalistische Anwendung, Verwertung und Ausbeutung der Arbeitskraft bis hin zum historischen Ursprung der kapitalistischen Lohnarbeit durch die sogenannte ursprüngliche Akkumulation. Das Rahmenprogramm war ebenfalls auf «Das Kapital» ausgerichtet, vor allem auf seine Aneignungen und Aktualisierungen. Die erste der drei großen Abendveranstaltungen war neuen, ab den 1960er Jahren entwickelten Ansätzen der Kapital-Lektüre gewidmet, und zwar dem Operaismus (Sergio Bologna), dem Strukturalismus (Frieder Otto Wolf) und den neuen Kapital-Aneignungen in Deutschland (Renate Mohl). Am zweiten Abend wurden Marx- und Marxismus-Kritiken und Interventionen vonseiten der Cultural Studies (Angela McRobbie), des Feminismus sowie der postkolonialen Theorie (María Do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan) vorgestellt. In der dritten Abendveranstaltung mit Melinda Cooper ging es am Beispiel der USA darum, wie Familienwerte entscheidend für die konservative und liberale Marktrevolution der 1980er Jahre wurden. Die Veranstaltungen und Vorträge des letzten Tages beschäftigten sich schließlich mit der Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte des «Kapitals» und mit dem aktuellen Stand der internationalen Marx-Forschung. An allen Tagen war am Veranstaltungsort, im Künstlerhaus Bethanien in Berlin-Kreuzberg, die Ausstellung «The Kinds Want Communism» aus Israel zu sehen.



150 JAHRE DAS KAPITAL 10 JAHRE MARX HERBSTSCHULE

Die Bildungsangebote der Stiftung zu Marx erfreuen sich großer Nachfrage

Das Publikum war außerordentlich gemischt, die Atmosphäre sehr entspannt. Jüngere Marx-Expertinnen und -experten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Interessierte diskutierten mit älteren Marx-Forscherinnen und -forschern über Status und Stellung der Arbeit in der gegenwärtigen Gesellschaft und den Beitrag, den die Marx'sche Analyse für das Verständnis aktueller Entwicklungen leistet. Besonders fruchtbar waren die Diskussionen mit den internationalen Gästen. Nicht nur viele der Referentinnen und Referenten, sondern auch ein beträchtlicher Teil der Teilnehmenden kam aus dem Ausland. An dem 2017 erstmals angebotenen englischsprachigen Workshop nahmen 20 Personen aus elf Ländern teil, darunter Vietnam, Indien, Philippinen, Libanon, Palästina, Israel, Italien und Belgien. Aus den Diskussionen in dieser Gruppe ergab sich ein Vorschlag für den Schwerpunkt der nächsten Marx-Herbstschule: Weltmarkt und Krisen. Mal schauen, ob diese Idee aufgegriffen wird.

KRITISCHE BEGLEITUNG DES NSU-PROZESSES

Seit 2013 begleitet Friedrich Burschel als Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Bürgerrundfunks Radio Lotte Weimar den Münchener NSU-Prozess. Während sich Beobachter und Beteiligte zu Beginn des Jahres 2017 noch auf eine baldige Beendigung des Verfahrens gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte einstellten, brachte das Jahr lediglich das (vorläufige) Ende der Beweisaufnahme und den lang ersehnten Beginn der Plädoyers. Überaus ärgerlich fiel der Schlussvortrag der Bundesanwaltschaft aus, die – als habe es nicht 350 Tage bzw. vier Jahre Beweisaufnahme gegeben – auf ihrer These von der «isolierten» und selbst von der eigenen Szene «abgekapselten» Drei-Personen-Zelle beharrte. Kritikerinnen diffamierte sie als «selbsternannte NSU-Experten», als «Irrlichter» oder als «Fliegengesumm im Ohr». Immerhin sitzt – nachdem die Bundesanwaltschaft zwölf Jahre Gefängnis für ihn gefordert hatte – der Angeklagte André

Eminger inzwischen in U-Haft, der bisher wenig im Fokus gestanden hatte.

Danach erlebte die Öffentlichkeit dann die teilweise brillanten ersten Plädoyers der Nebenklage, die auf geradezu erlösende Weise das Verfahren vom formaljuristischen Kopf auf die Füße der Wirklichkeit stellten, indem sie die Verbrechen des NSU, den haarsträubenden institutionellen Rassismus der Ermittlungsbehörden, die Verstrickungen des Verfassungsschutzes, die tödliche Gefahr rechtsterroristischer Formierung und die politischen Halbheiten einer offiziellen Politik der «lückenlosen Aufklärung» (Merkel) extrapolierten.

Die Stiftung hat auch 2017 wieder einen wichtigen Beitrag zur kritischen Prozessbeobachtung und Aufklärung der Öffentlichkeit geleistet. Friedrich Burschel hat zum Verfahren und zur mangelhaften Aufarbeitung des «NSU-Komplexes» regelmäßig publiziert und in Radiosendungen sowie auf zahlreichen Konferenzen und Workshops seine Analyse sowie die Ergebnisse unabhängiger Antifa-Recherche präsentiert. Die Stiftung kooperiert dabei eng mit dem Dokumentationsprojekt «NSU-Watch».

TRIBUNAL «NSU-KOMPLEX AUFLÖSEN»

17. BIS 21. MAI 2017 AM SCHAUSPIEL KÖLN

Bereits 2016 engagierte sich die Stiftung in der Recherche und Vorbereitung des Tribunals «NSU-Komplex auflösen», das schließlich im Mai 2017 am Schauspiel Köln durchgeführt wurde und 4.000 Interessierte anzog. Ziel war es, die unmittelbar vom NSU-Terror Betroffenen zu stärken, ihr Wissen zu heben und einen Raum zu schaffen, in dem ihre Perspektive zentral ist. Hintergrund war die Enttäuschung der Familien der Opfer über die Institutionen und Orte der offiziellen Aufklärung, das heißt die zahlreichen Untersuchungsausschüsse, das Verfahren am Oberlandesgericht München sowie den medialen Diskurs, wo weder ihren Erfahrungen noch ihrer Analyse des Zusammenhangs von Naziterror und strukturellem Rassismus Gehör geschenkt wurde.

Bereits im Vorfeld des Tribunals hatte es zahllose Zeitungsartikel, Interviews, Broschüren, Theaterstücke, Ausstellungen und Veranstaltungsreihen gegeben, die die dreifache Klage des Tribunals thematisierten: So wurde der Schmerz der Angehörigen der Mordopfer und der Betroffenen der Bombenanschläge artikuliert, das ihnen von den ermittelnden Behörden angetane Leid beschrieben sowie die Stigmatisierung durch die Medien analysiert. Gleichzeitig klagte das Tribunal 90 Personen an, die für den NSU-Komplex verantwortlich gemacht werden, und widersprach damit der These vom «Kerntrio» des Gerichts in München. Außerdem hob das Tribunal die Stärke und Solidarität unserer postmigrantischen Gesellschaft hervor, die zwar durch den NSU-Komplex angegriffen, mitnichten aber zerstört werden konnten.

Das Tribunal selbst wurde zu einer in seiner Größe beispiellosen antirassistischen Zusammenkunft, an der über regionale, ge-



Das NSU-Tribunal in Köln.

nerationale, nationale und ideologische Grenzen hinweg Gruppen, Netzwerke und Einzelpersonen in begleitenden Workshops miteinander ins Gespräch kamen. Vor allem nutzten jedoch von rassistischer Gewalt Betroffene die Bühne, um ihre Geschichten zu erzählen und von ihren Kämpfen zu berichten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung war in diesem gesamten Prozess ein wichtiger Partner und Akteur, der mit finanziellen Ressourcen, Arbeitskraft und ihren bundesweiten Netzwerken dieses Projekt gestärkt und ermöglicht hat. Sie hat dabei geholfen, neue Formate der Bildungsarbeit im Bereich des Antirassismus und der Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft der Vielen zu entwickeln und zu realisieren.

Ein ausführliches Programm, eine Presseschau und Archivmaterial des Tribunals «NSU-Komplex auflösen» finden sich unter: www.nsu-tribunal.de.

ONLINE-DOSSIER MIGRATION

Das Referat für Migration brachte 2017 mit dem Online-Dossier Migration ein neues Format für digitales Lernen heraus. Das Dossier versteht sich als Plattform für akademische und politische Debatten zu Fragen der Einwanderung, Flucht, Antirassismus und migrantischen Kämpfen. Es versammelt Themen, die jeweils mit etwa acht bis zwölf Textbeiträgen – die sukzessive auf der Website der Stiftung erscheinen – abgehandelt werden sollen. Das Dossier richtet sich an eine breite Leserschaft und soll relevante Akteure im akademischen wie aktivistischen Umfeld der Stiftung ansprechen. Darüber hinaus dient es dazu, in der Stiftung selbst ein Profil und mehr Expertise zum Themenkomplex Migration und postmigrantische Gesellschaft zu entwickeln.

Das Dossier startete mit einer Reihe von Interviews mit dem Titel «Die Erweiterung des Terrains – Migrationspolitik als

Transformationsprojekt», die vom ehemaligen Integrationsbeauftragten Berlins, Günter Piening, mit zehn namhaften Impulsgeberinnen und -gebern der aktuellen Migrationsforschung geführt wurden. Darunter sind Naika Foroutan, stellvertretende Direktorin des Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Paul Mecheril, Professor für Migration und Bildung am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, María do Mar Castro Varela, Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Queer und Gender Studies an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, und Manuela Bojadžijev, Professorin für Globalisierte Kulturen an der Leuphana Universität Lüneburg. Die Gespräche thematisieren das europäische Grenzregime, globale Bürgerrechte, die Rolle des Wohlfahrtsstaates in Klassenauseinandersetzungen, Solidarität in betrieblichen Kämpfen, die Geschlechterfrage in postkolonialen Verhältnissen, Kämpfe von Geflüchteten um Teilhabe und die Stärke und Vielfalt (post-)migrantischer Lebenswelten. Alle Interviewten begreifen Migration als ein Vermögen, die soziale Frage in einem demokratisierenden Sinn zu beantworten. Das Dossier setzt damit der gesellschaftlichen Polarisierung, die sich gegenwärtig vor allem an der Haltung zur Frage von Einwanderung, Teilhabe und Bürgerrechten festmachen lässt, eine linke (post-)migrantische Position jenseits national-sozialer Kurzschlüsse entgegen, die es versteht, die Klassenfrage mit der Macht der Migration auf eine intersektionale, nicht spaltende Weise zu verbinden. So dokumentieren einige Beiträge, dass Einwanderung keine Verschärfung der Konkurrenz mit der hiesigen Arbeiterklasse bedeutete, sondern eine Stärkung

der Kämpfe in den Betrieben ermöglichte und außerdem den Begriff des Klassenkampfes auf die gesellschaftlichen Widersprüche der Lebensrealitäten jenseits der Fabrikttore auszuweiten wusste.

Auf der Seite des Online-Dossiers Migration finden sich neben den thematischen Schwerpunkten auch Hinweise zu weiteren Publikationen, Ankündigungen, Dokumentationen, Nachrichten oder Veranstaltungshinweise. Auch Beiträge des Young Migrants Blogs, der zweiten digitalen Innovation des Referats für Migration, finden sich hier gespiegelt. Der Blog, der kurze Essays von jüngeren und weniger arrivierten Menschen mit Migrationsbiografie und Erfahrungen mit Rassismus beinhaltet, soll dazu beitragen, dass die Perspektiven dieser Bevölkerungsgruppe innerhalb der Stiftung, ihrem Umfeld und ihren Netzwerken sichtbar werden. Damit sind auf der Online-Plattform alle relevanten Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Migration, Antirassismus und Einwanderung dargestellt.

Das Online-Dossier Migration ist abrufbar unter www.rosalux.de/dossiers/migration/, das Dossier «Die Erweiterung des Terrains» unter www.rosalux.de/dossiers/migration/erweiterung-des-terrains/ und der Young Migrants Blog unter: <https://youngmigrants.blog/>.

«Die Erweiterung des Terrains» ist 2017 zudem als Buch unter dem Titel «Die Macht der Migration. Zehn Gespräche zu Mobilität und Kapitalismus» im Unrast-Verlag erschienen.

Online-Dossiers sind für die Stiftung ein neues Format. Das Dossier zum Thema Migration will Plattform sein für akademische und politische Debatten.



HISTORISCHES ZENTRUM DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus besteht seit Januar 2017. In ihm sind auf Beschluss des Vorstands der bisherige Bereich Archiv und Bibliothek, die Fokusstelle Rosa Luxemburg sowie das Referat Geschichte zusammengeführt. Mit seinen 13 regulären Stellen gehört das Historische Zentrum zu den kleinen Einheiten im organisatorischen Gefüge. Seine wichtigste Aufgabe besteht darin, die verschiedenen Fäden der Geschichtsarbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bündeln.

Für Fachfragen ist dabei insbesondere das Referat Geschichte zuständig, die einzige originäre Neugründung im Zusammenhang mit dem Aufbau des Historischen Zentrums. Es arbeitet eng mit dem Gesprächskreisen «Geschichte» sowie «Geschichte für die Zukunft» zusammen, ist mehreren der selbstständigen Stiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung verbunden, hält den Kontakt zu zahlreichen Kooperationspartnern auf dem erinnerungspolitischen Feld, betreut den Twitterkanal «#rls_history» und erstellt den Newsletter «MAKING History». Das Archiv Demokratischer Sozialismus, 1999 eingerichtet, bearbeitet kontinuierlich vor allem parlamentarische Bestände und solche des Parteivorstands der LINKEN sowie der Landesverbände der Partei. Im Bundestagswahljahr 2017 standen insbesondere die Übernahme von Beständen einiger ausscheidender Bundestagsabgeordneter sowie das Projekt zur Digitalisierung von Magnetband-Tonaufnahmen im Vordergrund.

Die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bibliothekssigel: B 1599) stellt mit ihren vielfältigen Beständen eine wissenschaftliche Spezialbibliothek dar. Sie profiliert sich über Literatur zur linken Geschichte und Theoriebildung insbesondere durch ihr Sammlungsgebiet zur Partei DIE LINKE und zu ihrem Umfeld, zur Stiftung sowie zu ihrer Namenspatronin Rosa Luxemburg. Insgesamt umfasst der Bestand der Bibliothek derzeit über 25.000 Medieneinheiten. Ergänzt wird das Angebot durch über 1.500 verschiedene Zeitschriftentitel. Als Präsenzbibliothek steht sie auch der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung. Zudem versorgt sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen an allen Standorten der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Recherchen, Informationen und Literatur. In der Reihe «Linke Literatur im Gespräch» fanden 2017 mehrere Buchvorstellungen und Gespräche mit Autorinnen und Autoren im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt.

Die Arbeit der Fokusstelle Rosa Luxemburg konzentrierte sich 2017 – neben zahlreichen Vorträgen und Veranstaltungsteilnahmen – auf wichtige Publikationen rund um die Revolutionen des Jahres 1917 und ihre Auswirkungen sowie auf wichtige Personen aus dem Umfeld von Rosa Luxemburg.



«Wir gehen davon aus, dass jedes gesellschaftliche Verhältnis historisch geworden ist.» Massenkundgebung vor dem Preußischen Abgeordnetenhaus am 16. Dezember 1918.

DAS HISTORISCHE ZENTRUM WILL BÜNDELN UND VERNETZEN

UWE MICHEL IST BIBLIOTHEKAR UND STELLVERTRETENDER BEREICHSLEITER DES HISTORISCHEN ZENTRUMS, UWE SONNENBERG ARBEITET DORT ALS GESCHICHTSREFERENT.

Seit 2017 existiert ein neuer Bereich in der Stiftung, das Historische Zentrum Demokratischer Sozialismus. Wie kam es zur Gründung?

Uwe Michel: In der Vergangenheit liefen viele geschichtspolitische Ansätze in der Stiftung eher nebenher und fanden bestenfalls zu bestimmten historischen Ereignissen zusammen. Eine systematische inhaltliche Zusammenarbeit fehlte, weswegen wir mit dem Historischen Zentrum jetzt das Anliegen verfolgen, die Geschichtsarbeit der Stiftung besser zu bündeln und zu vernetzen. Es erscheint zwar als neuer Bereich, das Historische Zentrum aber setzt sich aus verschiedenen, zuvor schon existierenden Referaten zusammen, dem Archiv etwa, der Bibliothek und der Fokusstelle Rosa Luxemburg. Die einzige originäre Neugründung war das Referat Geschichte.

Uwe Sonnenberg: Wir gehen davon aus, dass jedes gesellschaftliche Verhältnis historisch geworden ist, also entsprechend verstanden und analysiert werden muss, um immanente Transformationspotenziale überhaupt aufzeigen zu können. Insofern war Geschichtsarbeit für die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit ihrer Gründung zentral, insbesondere die Auseinandersetzung mit dem historischen Stalinismus, mit Aspekten der deutsch-deutschen Geschichte und selbstverständlich auch mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Meines Wissens behandelten 20 bis 25 Prozent aller Veranstaltungen und

Publikationen der Stiftung historische oder geschichtspolitische Themen. Diese Arbeit wurde bislang nicht nur von vielen Akteuren innerhalb der Stiftung geleistet, sondern zu großen Teilen auch von dem sehr produktiven politisch-kulturellen Umfeld der Stiftung getragen. Hier steht uns nach meiner Einschätzung ein Umbruch bevor: Die Aufbaugeneration der Stiftung, die mit ihren spezifischen Fragestellungen maßgeblich für die wichtigen Ausgrabungs- und Aufarbeitungsarbeiten nach 1989/90 verantwortlich war, wird langsam abgelöst. Die Gründung des Historischen Zentrums will auch auf diese Entwicklung eine Antwort sein.

Im Bereich arbeiten Historikerinnen und Historiker mit verschiedenen Schwerpunkten. Daneben umfasst das Historische Zentrum auch das Archiv und die Bibliothek der Stiftung. Macht das Sinn?

Michel: Archiv und Bibliothek sammeln und erschließen Quellen ganz unterschiedlicher Provenienz. Im Archiv zum Beispiel finden sich die Unterlagen der Bundestagsfraktionen und aus dem Bundesvorstand der uns nahestehenden Partei DIE LINKE und ihrer Vorläufer. Solche Einrichtungen sind Grundlagen für die Geschichtsarbeit. Insofern ist es auch kein Zufall, dass Archiv und Bibliothek integraler Bestandteil des neuen Bereichs sind – zumal das Material aus Partei und Fraktion inzwischen selbst zum Gegenstand zeithistorischer Forschung geworden ist.

Sonnenberg: Archive sind die Gedächtnisse der Menschheit. Alles, was Archivare nicht aufheben, ist verloren. Ähnliches gilt für Bücher. Beides sind Wissensspeicher, ohne die historisch forschende Personen nicht zusammenfinden.

In welche Richtung soll sich die Geschichtsarbeit der Stiftung entwickeln?

Sonnenberg: Wir werden zu antizipieren haben, welche Fragen in Zukunft an die Geschichtsarbeit der Stiftung gestellt werden. Welche Geschichte(n) werden für die Linke in zehn Jahren von Interesse und welche notwendig sein, um die dann erreichte Gegenwart besser zu verstehen? Um darauf Antworten geben zu können, müssen wir schon jetzt Grundlagen schaffen, müssen wir schon jetzt ein Kompetenzzentrum werden.

Ein Schwerpunkt des Historischen Zentrums im Jahr 2017 war das Thema 100 Jahre Russische Revolution. Ist das schon ein Ergebnis der von euch angesprochenen Bündelung der Geschichtsarbeit in der Stiftung?

Sonnenberg: Ja, in gewisser Weise schon, denn erstmals wurde versucht, alle auf einen geschichtspolitischen Schwerpunkt bezogenen Aktivitäten zusammenzudenken. Es begann im März mit einer Tagung zur nicht bolschewistischen Linken in Russland und endete im November mit einem internationalen Kongress zur Oktoberrevolution. Innerhalb dieses Bogens brachte der Stiftungsverband mehrere Publikationen und rund 100 Veranstaltungen hervor, bundesweit wie international, wobei vor allem das Auslandsbüro in Moskau eine wichtige Rolle spielte.

Seid ihr mit den Ergebnissen zufrieden?

Sonnenberg: Wir hatten eine erstaunliche Resonanz. Von den rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Novemberkongresses waren über 40 Prozent unter 45 Jahre alt. Für ei-

nen historisch ausgerichteten Kongress sind das bemerkenswerte Zahlen. Es ist nach meiner Auffassung aber auch ein Ausdruck davon, dass die Stiftung zwischen den verschiedenen Strömungen der Linken erfolgreich zu moderieren gelernt hat. Es gibt ganz vielfältige Gründe und Motive, sich mit Revolution und ihren Folgen auseinanderzusetzen. Wir bieten dafür einen offenen Raum.

Michel: Man sieht es an solchen Jahrestagen, aber ich beobachte es auch bei uns in der Bibliothek: Es gibt wieder ein jüngeres Publikum, das sich für historische Themen interessiert und das zu uns kommt, weil bei uns keine einfachen Wahrheiten präsentiert werden. Ich bemerke das auch in unserer Veranstaltungsreihe «Linke Literatur im Gespräch». Da kommt heute ein ganz anderes Publikum als noch vor zehn Jahren.

Einen neuen Bereich zu bilden ist ja nicht einfach. Habt ihr euch inzwischen zusammengerauft?

Michel: Ja unbedingt! Das gegenseitige Beäugen der ersten Monate ist überwunden, es hat sich für alle eine neue Qualität der Zusammenarbeit ergeben. Wir diskutieren gleichberechtigt miteinander. Der Bibliothekar denkt die Konferenz mit und der Archivar die Veranstaltung, man bezieht sich aufeinander und bespricht gemeinsam Projekte und Pläne ...

Sonnenberg: ... bis dahin, dass das Archiv wie selbstverständlich beim Referat Geschichte nachfragt, wie beispielsweise diese oder jene neu aufgenommenen Quellen historisch zu bewerten sind. Schließlich hat sich die Stimmung noch einmal deutlich gesteigert, nachdem wir im Winter eine referatsübergreifende Tischtennisgruppe gegründet haben – etwas, das ich allen nur empfehlen möchte!

FOKUSSTELLE ROSA LUXEMBURG

EDITORISCHE ARBEIT ZU ROSA LUXEMBURG

Bevor im Jahr 2019 der 100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs ansteht, gab es in diesem Jahr ein Fest zu feiern: Nach 47 Jahren schlossen Annelies Laschitzka und Eckhard Müller die Herausgabe des deutschsprachigen Werks von Rosa Luxemburg ab. Die neuen Bände 7.1 und 7.2 machen nun all jene Schriften aus den Jahren 1907 bis 1918, die *nicht* in den Bänden 1 bis 5 (erschienen zwischen 1970 und 1975) enthalten sind, der Öffentlichkeit zugänglich. Die fehlenden Schriften aus den Jahren 1893 bis 1906 hatten Laschitzka und Müller bereits 2014 in Band 6 vorgelegt. Zusammen mit den sechs Publikationen, in denen Holger Politt seit 2011 die von ihm aus dem Polnischen übersetzten Schriften Rosa Luxemburgs herausgegeben hat, und den sechs Bänden «Gesam-

melte Briefe» (abgeschlossen 1993) liegt nun das Werk Rosa Luxemburgs – bis auf einige polnische Publizistik – weitgehend vollständig auf Deutsch vor.

Von den im Jahr 2017 durch die Fokusstelle wissenschaftlich und verlegerisch betreuten Bänden seien der von Wladislaw Hedeler herausgegebene Band «Die russische Linke zwischen März und November 1917» sowie der von Philippe Kellermann besorgte Band «Anarchismus und Russische Revolution» erwähnt – beides Pionierleistungen. Die Dokumentation «Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18», herausgegeben von Jörn Schütrumpf, macht der Öffentlichkeit vergessene – scharfe – Debatten über den Charakter der Herrschaft der Bolschewiki erstmals zugänglich. Mit diesem Material lässt sich nicht nur die Vergangenheit klarer sehen. Es hilft auch dabei, sich Vorstellungen von der Zukunft zu erarbeiten.



Nicht nur Kabelsalat ist eine potenzielle Gefahr für so manches Tondokument. Mittels Digitalisierung soll eine lange Nutzung des Archivguts gewährleistet werden.

ARCHIV DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

PROJEKT ZUR DIGITALISIERUNG VON MAGNETBAND-TONAUFNAHMEN

Das 2016 begonnene Digitalisierungsprojekt zur Sicherung der Inhalte von durch Alterung bedrohten Tonaufnahmen auf Magnettonbändern konnte 2017 zum Abschluss gebracht werden. Damit liegen dem Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS) nun rund 1.200 Audiofiles mit einer Datenmenge von insgesamt 1,2 Terabyte sowohl in einem hochauflösenden Archivformat sowie als mp3-Nutzerkopien vor. Die Aufnahmen decken den Zeitraum von 1990 bis 2007 ab.

Auf diesen Aufnahmen befinden sich Mitschnitte von Parteitagen und Sitzungen des Parteivorstands, die bis 1990 zurückreichen und beispielsweise die achtstündige Beratung des Parteivorstands der SED-PDS vom 20. Januar 1990 zum Weiterbestehen der Partei sowie die anschließende Pressekonferenz dokumentieren, auf der Gregor Gysi den Beschluss dazu der Öffentlichkeit vorstellte. Aufnahmen von Veranstaltungen der PDS-Fraktion in der 10. DDR-Volkstammer, auf denen sich Abgeordnete den kritischen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern stellten, sind ebenfalls erhalten. Von der PDS bzw. der Partei DIE LINKE. im Bundestag sind nicht nur Aufnahmen von regulären Fraktions- und Gruppensitzungen erhalten, sondern auch von zahlreichen Hearings und Workshops, auf denen Expertinnen, linke Politiker und Aktivistinnen sowie Mitglieder von Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaftsverbänden mit den Bundestagsabgeordneten prägende politische Entwicklungen von der Nachwendezeit bis zu den politischen Entscheidungen im Gefolge der Anschläge vom

11. September 2001 debattierten. Abgerundet werden diese Aufnahmen durch Aufzeichnungen von PDS-Parteitag in Mecklenburg-Vorpommern aus den 1990er Jahren, auf denen um die erste Regierungsbeteiligung der PDS auf Länderebene gerungen wurde. Schließlich sind Mitschnitte von zahlreichen Kongressen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung selbst nun digital gesichert.

Die zukünftige, dauerhafte Erhaltung und Bewahrung dieser elektronisch vorliegenden Tondokumente soll durch die derzeit noch in Planung befindliche Lösung zur digitalen Langzeitarchivierung aller Datenbestände des ADS abgesichert werden. Eine grundlegende Erschließung dieser Bestände ist durch die Aufnahme aller vorhandenen inhaltlichen und technischen Informationen zu den Aufnahmen in unser Archivsystem erfolgt und wird durch das Archiv sukzessive weiterentwickelt. In Abstimmung mit den Bestandsbildnern (vor allem der Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand DIE LINKE) werden diese Bestände dann der wissenschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden können.

.....
Aufgrund einer Kooperation mit dem Berliner Kompetenzzentrum Bestandserhaltung (KBE) wurde das Projekt bereits beim «Tag der Bestandserhaltung 2016» einem archivischen Fachpublikum vorgestellt. Am 16. Oktober 2017 fand in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein KBE-Workshop zum Thema Erhaltung und Digitalisierung von Tonbändern statt, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf sehr positive Resonanz gestoßen ist.
.....

BUNDESWEITE ARBEIT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist seit vielen Jahren in allen 16 Bundesländern tätig. Dort findet ein wichtiger Teil der Bildungsarbeit in enger Kooperation mit und überwiegend organisiert durch die Landesstiftungen statt. Im Jahr 2017 kamen zu fast 2.000 Veranstaltungen rund 87.000 Besucherinnen und Besucher. Mit ihrem Angebot wendet sich die Stiftung sowohl an das Umfeld der Partei DIE LINKE als auch an eine breite Öffentlichkeit. Die Landesstiftungen kooperieren mit Initiativen und sozialen Bewegungen, mit Gewerkschaften und anderen Bildungsträgern und arbeiten auch länderübergreifend zusammen. Durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement wird ein weitgefächertes Bildungsangebot in den urbanen Zentren und zunehmend auch im ländlichen Raum realisiert.

Der Bereich Bundesweite Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit mit den Regionalbüros und Landesstiftungen. Finanziert werden die Aktivitäten der Landesstiftungen teils durch Zuwendungen der Stiftung, teils durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. In vielen Bundesländern können darüber hinaus Landesmittel eingesetzt werden. Im Jahr 2017 war die Auseinandersetzung mit Rassismus und Neonazismus ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit, rund 200 Veranstaltungen widmeten sich dieser Thematik. Bei über 400 Veranstaltungen ging es um aktuelle Fragestellungen ausgehend von Problemen der Geschichtspolitik und Zeitgeschichte. Mit Flucht und Migration beschäftigten sich 130 Veranstaltungen, mit gesellschaftstheoretischen Themen sowie Aspekten von Gleichstellung und Feminismus jeweils mehr als 100. Weitere wichtige Themen waren gesellschaftliche Alternativen, Demokratieentwicklung und die internationale Politik. Der Frauenanteil bei den Teilnehmenden lag bei etwa 40 Prozent, der Anteil der unter 30-Jährigen bei rund 30 Prozent.

Hervorzuheben sind die von mehreren Landesstiftungen organisierten Bildungsreisen, unter anderem nach Katalonien, Russland und Israel, nach Rom und Madrid, sowie die Lesekreise zum wissenschaftlichen Werk von Karl Marx, Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci. Neue Kurse des modularen Bildungsangebots «Einstiege in Politik für junge Menschen» begannen in Brandenburg und Hamburg. Die wissenschaftlichen Analysen zur Strukturpolitik in Bayern und zu politischen Einstellungen von Jugendlichen in Baden-Württemberg stießen auf öffentliches Interesse. Über die Bundesweite Arbeit wurden in Zusammenarbeit mit den Auslandsbüros in Belgrad und Athen zudem zwei «Speakers-Touren» durch Deutschland organisiert, die das Konzept der «sicheren Drittstaaten» mit Blick auf die Länder des Westbalkans sowie das europäische Migrationsregime und die Flüchtlingssituation in Griechenland thematisierten.

Eine Auswahl der Bildungsveranstaltungen der Landesstiftungen aus dem Jahr 2017 findet sich auf den folgenden Seiten.





Seit 1904 erinnert dieses Denkmal in Liestal (Schweiz) an Georg Herwegh.

BADEN-WÜRTTEMBERG

ZUM 200. TODESTAG DES DICHTERS GEORG HERWEGH

Am 31. Mai 1817 wurde einer der wichtigsten Dichter der deutschen Demokratiebewegung von 1848 in Stuttgart geboren: Georg Herwegh. Bis zu seinem Tod am 7. Mai 1875 in Baden-Baden blieb er dem linken Flügel der Arbeiterbewegung verbunden. Mit dem Bundeslied des Lassalle'schen Deutschen Arbeitervereins «Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht! Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will» schrieb er das erste Lied der deutschen Arbeiterbewegung.

Dieser bedeutende Mann, der gegen alle Einsprüche und Ratschläge von Karl Marx und Friedrich Engels mit einer kleinen bewaffneten Truppe den radikaldemokratischen Aufständischen um Friedrich Hecker in Baden während der Märzrevolution 1848 zur Hilfe eilte, ist mittlerweile auch in seiner Geburtsstadt weitgehend vergessen. Deswegen war es uns ein besonderes Anliegen, anlässlich seines 200. Todestages Herwegh zu gedenken und sein Erbe für die heutige Zeit und ihre Kämpfe zu bewahren.

In einer vom Freien Chor Stuttgart musikalisch begleiteten Lesung von Gedichten, aus Briefen und Werken von Georg Herwegh ließ der Schauspieler Rolf Becker die Sprachmächtigkeit des Dichters, Demokraten und Revolutionärs lebendig werden. Ein Stadtgrundgang «Auf den Spuren Georg Herweghs in Stuttgart», ein musikalisches Programm des Liedermachers Peter Kühn und ein Festvortrag des Schriftstellers Michail Krausnick über die bewegt-bewegende Lebensgeschichte der «eisernen Lerche», wie ihn Heinrich Heine einmal nannte, ehrten den Sohn Stuttgarts, der zugleich ein Weltbürger war.

Als Versammlungsorte für die Veranstaltungen und als Kooperationspartner wurden bewusst Einrichtungen gewählt, die das politische und kulturelle Erbe Georg Herweghs, der Demokratie- und Arbeiterbewegung fortsetzen: das Waldheim Clara Zetkin, die Naturfreunde Stuttgart, der DGB Stuttgart sowie das Willi-Bleicher-Haus/DGB-Haus Stuttgart.



Demonstration des Arbeiterrats, München 1919; Kurt Eisner im Wagen (hinten Mitte) sitzend.

BAYERN

BAIRISCHE REVOLUTION UND RÄTEREPUBLIK 1918/19

Im Mittelpunkt einer Veranstaltungsreihe, die der Kurt-Eisner-Verein in Kooperation mit dem Münchner «Plenum R – Revolution und Rätedemokratie» organisierte, standen die revolutionären Ereignisse 1918/19 in «Baiern». So schrieben die Rätedemokratinnen und -demokraten den Namen ihres Landes in bewusster Abgrenzung zur Neuschöpfung von König Ludwig I., der das i durch ein y ersetzt hatte.

Vom 16. Januar bis 24. Februar 2017 fanden 15 Film- und Vortragsabende statt, die von vier Werkstätten im Workshop-Format eingerahmt waren. Die RevolutionsWerkstatt richtete sich an Interessierte, die sich aktiv an einer Erinnerungskultur zum Thema beteiligen wollen. Ziel des Projektes war es, gemeinsam einen Revolutionskalender für München zu erstellen.

Die Veranstaltungsreihe stieß auf erhebliches gesellschaftliches Interesse: von den insgesamt rund 680 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren etwa 28 Prozent weiblich. An den Werkstatt-Workshops, die ein konzentriertes Arbeiten ermöglichten, nahmen durchschnittlich zehn Personen teil.

Zum Auftakt hielten die Historiker Frank Jacob und Riccardo Altieri einen Vortrag über «Kurt Eisner. Politisch verfolgter Jude und erster Ministerpräsident des Freistaats». Über die in Vergessenheit geratene Sarah Sonja Lerch referierte die Schriftstellerin Cornelia Naumann. Lerch stand als USPD-Mitglied bei den Januarstreiks 1918 an der Seite von Kurt Eisner, wurde verhaftet und einige Wochen später tot im Gefängnis aufgefunden. «Frauen in der Revolution und Räterepublik – ist die Revolution weiblich?», fragten Christiane Sternsdorff-Hauck und Marta Reichenberger. «Hier Revolution! Wer dort?» – Mit diesen Worten leiteten die Wissenschaftler Siegbert Wolf und Peter Seyferth ihre Beiträge zu «Gustav Landauer, Erich Mühsam und der Anarchismus» ein.

Alle Vorträge finden sich zusammengefasst in einer Broschüre und als Audiodokumente auf der Website des Kurt-Eisner-Vereins: www.by.rosalux.de.



Flüchtlingsunterkunft in Krnjača am Rande Belgrads.



Antifa-Symbol am Gemeindehaus der Zionskirche in Ost-Berlin, September 1989

BERLIN

«BALKANROUTE» RÜCKWÄRTS GEFAHREN»

Das zeitweilige Zusammenbrechen des Schengen-Systems im Sommer und Herbst 2015 wird vermutlich als eines der wichtigsten Ereignisse seit 1989 in die Geschichte eingehen. Hunderttausende Geflüchtete kamen über die sogenannte Balkanroute nach Deutschland, Österreich, in die Beneluxstaaten sowie nach Schweden. Ihre Aufnahme polarisierte die Gesellschaften in Europa. Auf der einen Seite standen und stehen Millionen von Hilfsbereiten, auf der anderen Seite ließen Rechtspopulismus und Rassismus die Grenzen innerhalb Europas wieder neu erstehen und die Abgrenzung nach außen verstärken.

Helle Panke e. V. organisierte eine Bildungsreise, auf der 14 junge Journalistinnen und Journalisten, Aktive aus Antifa-Gruppen, Flüchtlingsunterstützerinnen und -unterstützer sowie Mitglieder der «Bühne für Menschenrechte» die «Balkanroute» im Oktober 2017 in umgekehrter Richtung erkundeten. Auf der knapp 2.000 Kilometer langen einwöchigen Tour mit Bussen und Bahnen vom österreichisch-slowenischen Grenzort Spielfeld durch Slowenien, Kroatien, Serbien und Mazedonien bis nach Griechenland trafen wir Menschen, die im «Sommer der Migration» und danach Geflüchteten geholfen haben. Die Palette der Gesprächspartner reichte vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR in Belgrad über die selbst verwaltete Solidarische Klinik in Thessaloniki bis zum kleinen Verein Rigardu e. V. aus Deutschland, der minderjährige Geflüchtete, die im Grenzland zwischen Kroatien und Serbien hängen geblieben sind, mit Kleidung und mobilen Duschen versorgt. Bei zwei Dritteln unserer Programmpunkte und Gesprächspartner ging es thematisch um Flucht und Migration. Die anderen Bildungsangebote beschäftigten sich mit Geschichte und Gegenwart des postjugoslawischen Raums.

Neben vielen, zum Teil harten Eindrücken der gesellschaftlichen Realität vor Ort blieben Kontakte zu linken und antirassistischen Akteuren in der europäischen «Peripherie». Zudem ist ein ausführlicher dreiteiliger Bericht im «re:volt magazine» erschienen.

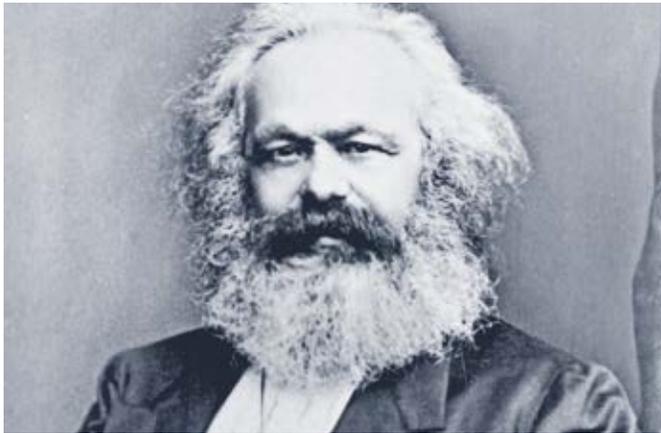
BRANDENBURG

30 JAHRE ANTIFA IN OSTDEUTSCHLAND

Ausgehend von dem 2017 erschienenen Sammelband «30 Jahre Antifa in Ostdeutschland – Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung» lud ein Vorbereitungskreis, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, für Anfang Dezember politisch Engagierte, kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu einer zweitägigen Tagung ins freiLand und ins Rechenzentrum Potsdam ein. Dabei sollten die Hintergründe des Entstehens und die unterschiedlichen Aspekte einer eigenständigen antifaschistischen Bewegung in der DDR und in Ostdeutschland beleuchtet werden, die angesichts von System- und Generationsbrüchen, aber auch einer dominierenden West-Perspektive nach 1989/90 in Vergessenheit geraten war.

Ein Auftaktpodium zu Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus, Antisemitismus und neonazistischer Gewalt in der DDR und zehn Arbeitskreise («Nazis aus dem Plattenbau?», «Subkultur, Politisierung und Freiräume», «Antifaschistische Praxis in den Fanszenen», «Kontinuitäten und Brüche des Aktivismus», «Militanz & Repression», «Antifa und feministische Kämpfe», «Ob Ost! Ob West! Gemeinsam gegen die Nazi-pest?», «Antifa heißt Angriff», «Geschichte wird gemacht ... Erinnern und Gedenken als politische Praxis», «Von Lichtenhagen bis Heidenau») befassten sich mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Ereignissen, die ab 1987 zur Herausbildung unabhängiger Antifa-Gruppen in der DDR führten.

Referierende und Teilnehmende blickten auf die 1990er Jahre zurück, warfen Fragen nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen der Ost-Lebenswelt und den Erfahrungen anderer Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten auf und suchten praktische Schlussfolgerungen aus der Beschäftigung mit der Ost-Antifa für die eigene politische Arbeit. Durch die vielfältigen Beteiligungsformen konnten sich die 200 Anwesenden intensiv austauschen, verblasste Erinnerungen auffrischen, weitergeben und in die heutige Zeit übertragen.



Nicht nur zum 200. Geburtstag lohnt die Lektüre der Schriften von Karl Marx.



Alternativen zur Politik der G20 waren Thema auf dem Gegengipfel in Hamburg.

BREMEN

«KAPITAL»-LEKTÜREKURS IM SECHSTEN JAHR

Seit Anfang 2012 bietet die Rosa-Luxemburg-Initiative in Bremen erfolgreich einen wöchentlichen Lektürekurs zum Ersten Band des Marx'schen «Kapitals» an. Auch 2017 wurde die inzwischen sechste Folge unseres Marx-Lektürekurses von Veranstaltungen zu marxistischer Ökonomie- und Staatskritik sowie – in diesem Jahr erstmals – zum Zweiten und Dritten Band begleitet.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Krisen wird die Kritik am Kapitalismus wieder lauter. Dabei dominieren meist ein diffuses Verständnis der kapitalistischen Verhältnisse sowie Ressentiments gegen Banken, Manager und «die da oben», doch Empörung und Unzufriedenheit allein haben die gesellschaftlichen Verhältnisse noch nie zum Besseren verändert. Der Lektürekurs zum «Kapital» will dem abhelfen und bietet eine Einführung in zentrale Begriffe von Marx. Unter anderem geht es dabei um folgende Fragen: Was unterscheidet Kapitalismus von früheren Gesellschaftsepochen? Was versteht Marx unter Ware, Wert, Geld und Kapital? Welche Bedeutung haben bei ihm Fetischismus, Klasse und Staat?

Jeweils Anfang Februar beginnend, wird einmal wöchentlich kontinuierlich im Ersten Band des «Kapital» gelesen und die entsprechenden Kapitel diskutiert, sodass bis Ende November der Inhalt des gesamten Buches gemeinsam erarbeitet worden ist. Der Kurs, der auch 2017 wieder auf reges Interesse stieß, wendet sich vor allem an diejenigen, die in eine kollektive Auseinandersetzung mit der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie einsteigen möchten und keine größeren Vorkenntnisse haben. Der Bremer Lektürekurs, bei dem Moritz Zeiler als Referent von Anfang an dabei ist, stellt eine Fortsetzung und Intensivierung des seit mehreren Jahren in Bremen stattfindenden Veranstaltungsprogramms zu Staats- und Ökonomiekritik dar. Zugleich war es der erste Versuch der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den in Berlin erfolgreichen «Kapital»-Lesekurs auch außerhalb der Hauptstadt anzubieten.

HAMBURG

DER GIPFEL FÜR GLOBALE SOLIDARITÄT

In der Auseinandersetzung rund um den G20-Gipfel in Hamburg stellten die Medien überwiegend das stark mit Emotionen verbundene Thema Gewalt in den Mittelpunkt, sodass eine sachliche öffentliche Diskussion über die Politik der G20-Staaten kaum noch Aufmerksamkeit fand. Trotzdem oder gerade deswegen hielten wir es als Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg für unsere Aufgabe, die Stimme der Vernunft stark zu machen. Wir hatten bereits frühzeitig die Initiative ergriffen, um ein interessantes Programmangebot für die Zeit unmittelbar vor und während des Gipfels auf die Beine zu stellen.

So konzipierten wir sechs Veranstaltungen im Vorfeld des Gipfels zu unterschiedlichen Themen, an denen jeweils zwischen 40 und 240 Personen teilnahmen. An der Organisation des von mehr als 2.000 Menschen besuchten «Gipfels für globale Solidarität» – ein Alternativgipfel mit einem Dutzend Podiumsdiskussionen und mehr als 70 Workshops – waren wir zusammen mit der Bundesstiftung ebenfalls beteiligt. Sowohl bei der Themenauswahl für die Diskussionsveranstaltungen als auch im Workshop-Programm setzte die Stiftung Akzente, indem wir zum Beispiel Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem In- und Ausland einluden. Wir bemühten uns insbesondere darum, die klassischen Themenfelder der globalisierungskritischen Bewegung, die von den meisten Bündnispartnern vertreten wurden, um Analysen aktueller weltpolitischer Verschiebungen zu erweitern und innerhalb des breiten Spektrums alternativer Positionen auch sozialistischen und marxistischen Stimmen Gehör zu verschaffen.

All diese Aktivitäten haben ihren Teil dazu beigetragen, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der G20-Staaten zu befördern. Angesichts der für die Linke charakteristischen strategischen und taktischen Differenzen war es ein großer Erfolg, beim «Gipfel für globale Solidarität» ein breites Bündnis zusammenzubringen, das auch linksliberale Kräfte des aufgeklärten Bürgertums umfasste.



Auf der Kasseler «documenta»: «Parthenon der Bücher» aus über 42.000 verbotenen Büchern.



Van Bo Le-Mentzel mit seinem berühmten Hartz-IV-Hocker.

HESSEN

«VON VERGANGENHEIT UND GEGENWART LERNEN»

Seit 1955 findet in Kassel alle fünf Jahre die «documenta» statt, die international als die herausragende Ausstellung für zeitgenössische Kunst gilt. Im Jahr 2017 lautete das Motto «Von Athen lernen», weshalb neben Kassel auch Athen als Ausstellungsort gewählt worden war.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen nahm dieses Motto zum Anlass, um unter dem Titel «Von der Vergangenheit lernen – Von der Gegenwart lernen» ein vielseitiges politisches Bildungsprogramm anzubieten. Schwerpunkte waren zum einen die Taten der deutschen Wehrmacht in Griechenland während des Zweiten Weltkriegs und zum anderen das Leben junger Griechinnen und Griechen in der gegenwärtigen Krise. Für die Konzeption und Umsetzung des Bildungsprogramms konnten Kulturschaffende wie Rolf Becker und Sabine Wackernagel sowie Wissenschaftlerinnen und ehrenamtliche Aktive gewonnen werden. Einige der angebotenen Veranstaltungen wurden in das offizielle Programm der «documenta» aufgenommen.

In den 100 Tagen präsentierten Laien und Kulturschaffende in zahlreichen «Lesungen im öffentlichen Raum» historische Texte und Briefe von Jugendlichen über ihren (Krisen-)Alltag, es gab Diskussionsveranstaltungen mit dem Soziologen Skevos Papaionnou über «Krise, soziale Auswirkungen und Widerstand in Griechenland heute» und mit dem Historiker Christoph Schminck-Gustavus über «Kriegsverbrechen und Shoah in Griechenland»; außerdem wurde das dokumentarische Theaterstück «Distomo» aufgeführt, das von einem Massaker der Wehrmacht in dem gleichnamigen Dorf handelt. Ein «Kulturpolitischer Tag» in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag begann mit einer «documenta»-Führung und dem Besuch von Ateliers und endete mit einer kulturpolitischen Tagung. Die musikalische Lesung «Für ein solidarisches Europa von unten» mit Rolf Becker und Vasilis Pegidis beendete dann das Rahmenprogramm, an dem insgesamt rund 500 Personen teilnahmen.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

«KONSTRUIEREN STATT KONSUMIEREN»

Auf der «Interkulturellen Woche» in Wismar trat Van Bo Le-Mentzel am 27. September 2017 bei einer Veranstaltung auf, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit dem Fachbereich Gestaltung an der Hochschule Wismar organisiert worden war. Sein inspirierender Vortrag trug den programmatischen Titel «Konstruieren statt konsumieren».

Van Bo Le-Mentzel wurde 1977 auf der Flucht seiner Eltern aus Laos geboren, wuchs im Berliner Stadtteil Wedding auf und machte einen Abschluss als Diplom-Ingenieur und Architekt. Bekannt wurde er mit den «Hartz-IV-Möbeln», einfachen und preisgünstigen Möbelstücken mit vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten. Im Laufe der Zeit entwickelte er eine Reihe von puristischen, an der klassischen Moderne orientierten Bauplänen für unterschiedliche, oft multifunktionale Möbel vom 10-Euro-Hocker bis zum 100-Euro-Tiny House. Größte Berühmtheit erlangte der Hartz-IV-Hocker, der – entsprechend gedreht – auch als Tisch oder Stuhl fungieren kann. «Wohnen», so Van Bo Le-Mentzel, «ist nicht nur Design.» Wichtig ist ihm eine sozialkritische Diskussion über sein Do-it-yourself-Projekt so wie er selbst sich aus gestalterischer Perspektive mit gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzt.

Le-Mentzel begeisterte das Publikum in Wismar mit seinen Konstruktionen, seinen Idealen und seinen innovativen Ideen für ein günstiges und dennoch gutes Wohnen. In der Diskussion ging es nicht nur um Möbel und Design, sondern auch über ein Leben mit Hartz IV und um mögliche Strategien und politische Konzepte gegen Armut, wie beispielsweise die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Van Bo Le-Mentzel stellte dabei Autoritäten infrage und ermunterte die Zuhörenden, kreativ zu sein und nicht nur zu konsumieren, sich nicht zu sehr dem gesellschaftlichen Druck unterzuordnen und selbst vieles auszuprobieren. Mit großem Beifall verabschiedeten ihn die rund 100 Anwesenden.



Landessuperintendentin Petra Bahr (r.) auf der Landesarmutskonferenz in Hannover.



Konrad Adenauer (re.) 1931, hier als Präsident des Preußischen Staatsrates.

NIEDERSACHSEN

REICHTUM. MACHT. ARMUT.

Wie viel Ungleichheit verträgt die Gesellschaft? So lautete die Leitfrage der Fachtagung der Landesarmutskonferenz am 17. Oktober 2017 in Hannover. Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist jede und jeder Sechste von Armut und Ausgrenzung betroffen. Während die Zahl der Millionärinnen und Millionäre hierzulande stetig zunimmt, werden die Schlangen bei den Tafeln immer länger, weil das Geld selbst für das Essen nicht mehr reicht. Über Hintergründe und Auswirkungen dieser Entwicklung sowie über mögliche Handlungsstrategien sollte an diesem Tag mit den weit über 100 Teilnehmenden aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, Politik und sozialtätigen Organisationen diskutiert werden.

Zur Begrüßung stellte sich die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt kritischen Fragen. Nach verschiedenen einführenden Beiträgen wurden die Diskussionen in Fachforen vertieft. Ein Forum befasste sich mit den Auswirkungen der sozialen Spaltung auf das Wahlverhalten. Da gerade Menschen mit geringen Einkommen und eher niedrigen Bildungsabschlüssen den Wahlen zunehmend fernbleiben, lässt sich soziale Ungleichheit auch als Problem für die Demokratie und ihre Legitimation definieren. Ein weiteres Forum beschäftigte sich mit den Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs durch Bildung und kam zum Ergebnis, dass Bildung allein keine «Wunderwaffe» ist. Gemeinsam mit Angehörigen von Betroffenen-Initiativen wurde über die (Un-)Möglichkeiten von sozialer und kultureller Teilhabe gesprochen. Klar wurde dabei: Der Hartz-IV-Regelsatz mag zwar zum Überleben reichen, führt jedoch in der Konsequenz zu sozialer und kultureller Ausgrenzung.

In der gemeinsamen Abschlussdiskussion kamen vielfältige Aufgaben und Herausforderungen zur Sprache, der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken. Die Umverteilung von Vermögen ist vor diesem Hintergrund zwar nur ein Baustein, aber zugleich Grundvoraussetzung für eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft.

NORDRHEIN-WESTFALEN

DER «ÜBERBÜRGERMEISTER» KONRAD ADENAUER

Konrad Adenauer gilt als der «König von Köln», wo er 1917 Oberbürgermeister wurde. Aber keine Veranstaltung setzte sich mal kritisch mit dieser Lichtgestalt der Kölner Stadtgeschichte auseinander, meinte Martin Stankowski, Historiker und Journalist, fest in der grünen Kölner Südstadtgemeinde verankert – und fragte die Rosa-Luxemburg-Stiftung, ob sie das nicht machen wolle. Das haben wir gemacht und wollten uns zugleich nicht damit begnügen, in einem segmentierten Teil linker Alternativkultur unter uns zu bleiben.

Wir gewannen die örtliche Volkshochschule als Mitveranstalterin und die Unterstützung durch die Karl Rahner Akademie, in deren Saal schließlich im November eine Podiumsdiskussion zum Thema ««Der Überbürgermeister» Konrad Adenauer – Kölner Lichtgestalt und Autokrat» mit etwa 100 Gästen stattfand. Moderiert von Martin Stankowski, diskutierten ein Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung, die Geschäftsführerin des Adenauer-Hauses in Rhöndorf Corinna Franz sowie Historiker und Publizisten. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, beschrieb die Ambivalenz des Kölner «Übervaters» gegenüber dem Nationalsozialismus. Mit auf Konsens gestimmten Sozialdemokraten schmiedete Adenauer schon im Revolutionsjahr 1918 eine «große Koalition», schilderte Wolfgang Uellenberg-van Dauen, sozialdemokratischer Historiker und ehemaliger DGB-Regionalvorsitzender von Köln. Der Publizist Werner Rügemer illustrierte mit Zitaten Adenauers reaktionäre Gesinnung. Adenauer sei kein rheinischer Separatist gewesen, sondern habe schon früh das Zusammengehen mit der belgischen und französischen Schwerindustrie im Auge gehabt, verteidigte Hanns Jürgen Küsters, der Leiter des Archivs der Konrad-Adenauer-Stiftung, den Namensgeber seiner Einrichtung. Naturgemäß wurde man sich nicht einig über die Rolle Adenauers. Aber die Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte im Sinne kritischer Stadtöffentlichkeit Akzente setzen.



Szene aus «Ramstein Airbase – Game of Drones» von Jan-Christoph Gockel.



Erinnerung an Jean-Baptiste Meslier in der Kirche, in der er predigte.

RHEINLAND-PFALZ

«POLITIKUM!» IM MAINZER STAATSTHEATER

Am 21. Oktober 2017 fand in Mainz erstmalig «Politikum! – Ein Tag politischer Kunst» statt. In den Räumlichkeiten des Mainzer Staatstheaters boten die Rosa-Luxemburg-Stiftung Rheinland-Pfalz, Attac Mainz, der DGB, die Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, die Landeshauptstadt Mainz und der Verein Medien & Kultur verschiedenen Künstlerinnen und Künstlern eine Plattform rund um das Thema «Demokratie in Gefahr!» Deren Angebot reichte vom Theaterstück über Klanginstallationen bis zum klassischen Vortrag. So zeigte der interdisziplinäre Aktionskünstler Brandstifter, wie man sich am besten selbst und nur «Die Eigene Partei» wählt – eine ironische Kritik am zunehmenden Egozentrismus in unserer Gesellschaft. Mit ihrer Sound- und Textcollage «Die Bestie der Demokratie» widmeten sich Christina Otto und Moritz Buch der Dekonstruktion der komplexen, widersprüchlichen kapitalistischen Welt durch experimentelle Kopplungen unterschiedlichster Ebenen. Und in seinem Vortrag «Hinter verschlossenen Türen: Halbierte Demokratie?» beschäftigte sich der Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn von der Universität Bielefeld mit den Fragen, ob sich Demokratie mit Kapitalismus vereinbaren lässt und ob ein autoritärer Staat in Sicht ist.

Das gastgebende Staatstheater Mainz selbst wusste sich mit der Inszenierung «Ramstein Airbase – Game of Drones» naturgemäß perfekt zu präsentieren, einem Stück, das auf Grundlage eines Gesprächs mit Drone-Operator Brandon Bryant entstanden ist und über den Drohnenkrieg und die Rolle der Airbase Ramstein in Rheinland-Pfalz aufklärt.

Diese schlaglichtartige Auswahl soll genügen, um die Vielfalt des weit umfangreicheren Programms des Kulturtages zu verdeutlichen. Und da es zwischen den einzelnen Veranstaltungen genug Zeit gab, um sich über das Gebotene auszutauschen und es gemeinsam kritisch zu reflektieren, wundert es nicht, dass ein bunt gemischtes Publikum das Projekt «Politikum!» durchweg positiv bewertete.

SAARLAND

KOMMUNISMUS – IN DEN ARDENNEN «ERFUNDEN»

Schon vor vielen Jahren ist der saarländische Schriftsteller Klaus Bernarding auf den Namen von Jean-Baptiste Meslier (1664–1729) gestoßen, seines Zeichens katholischer Priester in Frankreich, der Gott als Begriff und Bild völlig ablehnte. Bernarding fand heraus, dass dieser Mann fast 40 Jahre lang als Landpfarrer in der abgeschiedenen Gemeinde Etrépigny in den Ardennen gewirkt hatte, wo er sich über die schlechte Behandlung der Bäuerinnen und Bauern seiner Gemeinde durch Gutsherrn und Kirche empörte. Obgleich er täglich den Gottesdienst abhielt, begann er im Verborgenen am «Testament des Abbé Meslier» zu arbeiten: Auf über 1.000 Seiten formulierte er darin eine radikale Kirchen-, Religions- und Herrschaftskritik und forderte als Erster eine atheistisch-kommunistische Gesellschaft.

Solch ein «gottloser Gottesmann» stieß auch bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland und ihrem Kooperationspartner, der Giordano-Bruno-Stiftung, auf Interesse, die zusammen eine Busreise ins 250 Kilometer entfernte Etrépigny organisierten. Klaus Bernarding konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht mit von der Partie sein, vermittelte aber den Kontakt zu den «Amis de Jean Meslier», einem Zusammenschluss von Linken und Kommunisten der Region Ardennen. Yvon Ancelin führte durch das Örtchen und die Kirche, in der Meslier predigte.

Die erste vollständige Ausgabe von Mesliers «Testament» erschien erst im Jahr 1864 und selbst dann noch anonym, weil kein Verleger mit dem Autor in Verbindung gebracht werden wollte. 1918 ließen die Bolschewiki seinen Namen mit denen weiterer «berühmter Denker und Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterschaft» im Moskauer Alexanderpark auf eine riesige Stele gravieren – zwischen Karl Marx, Friedrich Engels und Georgi Plechanow.

Der Besuch in den Ardennen inspirierte die Giordano-Bruno-Stiftung zu dem Entschluss, 2018 ein Hörbuch mit Meslier-Texten herauszugeben, um ihn und sein Werk in Deutschland bekannter zu machen.



Nadja Rakowitz bei ihrem Vortrag auf der Konferenz der Stiftung in Chemnitz.



Aktive Fußballfans sind vielerorts zum Objekt staatlicher Datensammelwut geworden.

SACHSEN

DER STAAT UND DIE LINKE

Ihr Verhältnis zum Staat ist ein Thema, das die Linke ewig umtreibt. So lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zusammen mit dem Student*innenrat der TU Chemnitz alle Interessierten zur Konferenz «Der Staat und die Linke – Reflexionen zur Aktualität materialistischer Staatstheorie» ein, die am 11. November 2017 in Chemnitz in den Räumen der Technischen Universität stattfand. Mehr als 30 Personen kamen, unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen Zugängen zu den angebotenen Themen.

Ziel der Konferenz war es, die Auseinandersetzung mit kritischer Staatstheorie zu fördern. Die Vortragenden skizzierten und ordneten die staatstheoretischen Debatten der letzten Jahrzehnte ein, gaben eine Einführung in die materialistische Staatstheorie und zeigten anhand einiger Beispiele und Themen, in wie vielen Bereichen und Politikfeldern staatstheoretische Reflexionen helfen können, Zusammenhänge und Hintergründe sichtbar zu machen und politische Handlungsoptionen zu entwickeln. Im Mittelpunkt standen Fragen wie: «Starker Sozialstaat oder soziale Infrastruktur für alle?» und «Transnationalisierung oder Renationalisierung!? – Zur Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Strukturen im Zuge der neoliberalen Globalisierung».

Die einzelnen Themen wurden von Alex Demirović (wissenschaftlicher Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Tino Heim (Sozialwissenschaftler an der TU Dresden) und Nadja Rakowitz (Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärztinnen und Ärzte) vorgestellt und dann in Form von Workshops an mehreren praxisnahen Beispielen gemeinsam diskutiert. Die gesamte Konferenz begleitete Thomas Hetzel als Moderator. Ein Teilnehmer sagte zu Beginn entschuldigend, dass er nur zwei Stunden bleiben könne. Gegangen ist er am Ende der Tagung – nach sechs Stunden intensiver Diskussion. Gibt es einen besseren Beleg für eine gelungene theoretische Arbeit, die zum Mitmachen und Nachdenken einlädt?

SACHSEN-ANHALT

DER GLÄSERNE FAN

Am 22. Februar 2017 fand in der Magdeburger Stadtbibliothek eine Diskussionsveranstaltung zum Thema «Der gläserne Fan – Datensammlungen über Fußballfans» statt. Dazu eingeladen hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung, der Stadtbibliothek und dem Fanprojekt des 1. FC Magdeburg.

Rund 60 Interessierte, erwartungsgemäß vorwiegend junge Leute, folgten aufmerksam dem einführenden Vortrag von Andreas Hüttl. Der Hannoveraner Rechtsanwalt ist in der Fußballszene weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Fußballfans schätzen ihn als Strafverteidiger, Mitinitiator der Fanhilfe Hannover und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Fananwälte. Moderiert wurde der Abend vom Vorstandmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dennis Jannack, der sich seit vielen Jahren in der Fanhilfe Magdeburg engagiert.

In Niedersachsen wie auch in anderen Bundesländern gab es über viele Jahre neben der 1994 eingerichteten bundesweiten Datei «Gewalttäter Sport» noch weitere Datensammlungen über Fußballfans, die als gewaltbereit eingestuft werden. Diese sogenannten SKB-Dateien (Datenbanken szenekundiger Beamten) waren weder öffentlich bekannt noch besaßen sie eine gesetzliche Grundlage. Ihre Existenz brachten erst parlamentarische Anfragen in den Landtagen ans Licht. In Sachsen-Anhalt beispielsweise wurden solche Datenbanken zwischen 2006 und 2015 geführt, aktuell sind sie jedoch geschlossen.

Andreas Hüttl erklärte, wie die Daten erhoben werden und was in den Datenbanken gespeichert ist. Da die Betroffenen meist nicht über die Datenspeicherung informiert seien, verstoße die Sammlung gegen das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung. Der Rechtsanwalt äußerte zudem beträchtliche Datenschutzbedenken, die sich mit Blick auf die Weltmeisterschaft in Russland noch mal verstärken. An den Vortrag schloss sich eine rege Diskussion über Datenerhebung, das Hausrecht in Stadien und Widerspruchsverfahren an.



Reiner Beuthel (3.v.r.) und Wladislaw Hedeler (2.v.r.) bei der Veranstaltung in Eckernförde.



Funktionierende schulische Inklusion in Welsberg.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

OPFER STALINISTISCHEN TERRORS

In ihrer Bildungsarbeit beschäftigt sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein regelmäßig mit der Aufarbeitung von Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen worden sind. Im März 2017 organisierte sie in diesem Zusammenhang in Eckernförde erstmals nach vielen Jahren wieder eine Bildungsveranstaltung.

Hintergrund sind Recherchen des Eckernförder Ratsherren Rainer Beuthel zum Schicksal lokaler Politemigrantinnen und -emigranten in der Sowjetunion, die er mithilfe des Berliner Historikers Wladislaw Hedeler in russischen Archiven unternommen hat. Im Stadtmuseum Eckernförde referierten beide vor rund 30 Anwesenden, unter ihnen auch der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Neugebauer, ihre Forschungsergebnisse.

Wladislaw Hedeler gab einen Überblick über das Schicksal von Deutschen, die in den 1930er Jahren aus politischen Gründen in die Sowjetunion emigrierten und zu einem großen Teil den stalinistischen Säuberungsaktionen zum Opfer fielen. Bisher seien 7.658 Personen namentlich bekannt. Zu den Opfern, die im Gulag exekutiert wurden oder deren Spur sich dort verliert, gehören auch der Bäckergehilfe Otto Faehse, seine Frau Hilde und seine beiden Töchter aus Borby sowie der Schmied und Seemann Helmuth Kock aus Eckernförde.

Otto Faehse, noch im März 1933 für die KPD in die Borbyer Gemeindeverwaltung gewählt, emigrierte nach KZ-Haft in Deutschland 1934 in die Sowjetunion. Dort wurde er im März 1938 verhaftet und starb im Oktober 1941 «am Haftort». Seine Frau Hilde, ebenfalls überzeugte Kommunisten, war ihm 1934 mit den Kindern in die UdSSR nachgefolgt. Auch sie wurde Opfer der stalinistischen Verfolgung und ist seit 1941 im Gulag verschollen. Gleiches gilt für Helmut Kock, kommunistischer Aktivist aus Eckernförde, der im August 1937 in der Sowjetunion verhaftet wurde. Rainer Beuthel hat ihre Schicksale recherchiert und aufgeschrieben; sie sind im Jahrbuch 2016 der Heimatgemeinschaft Eckernförde nachzulesen.

THÜRINGEN

BILDUNGSREISE «INKLUSIVE SCHULE» NACH SÜDTIROL

Nicht erst seitdem das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zu Beginn des Jahres 2016 Eckpunkte eines inklusiven Schulgesetzes vorlegte, gibt es in Thüringen leidenschaftlich geführte Diskussionen um Ansprüche und Gelingenbedingungen eines gemeinsamen Unterrichts für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung.

Andere Länder – sowohl auf Bundesebene als auch in Europa – sind auf diesem Weg schon weiter vorangeschritten und zeigen, dass Inklusion funktionieren kann. Die norditalienische Autonome Provinz Bozen-Südtirol ist eine solche Vorreiterin in Sachen inklusive Schule: Bereits 1971 schaffte sie die Sonderschule teilweise, im Jahr 1977 zur Gänze ab.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen bot Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern (auch zukünftigen) sowie Menschen aus Politik und Verwaltung, die in ihrer Ausbildung und Arbeit mit Inklusion zu tun haben, die Teilnahme an einer Exkursion vom 9. bis zum 11. April 2017 nach Bozen und in den Schulsprengel Welsberg an. Dort sollten sie sich selbst ein Bild von funktionierender schulischer Inklusion und ihren Umfeldbedingungen machen können. Das Angebot stieß auf ungeahntes Interesse: Es gab doppelt so viele Anmeldungen wie Plätze.

Die Teilnehmenden äußerten sich nach Abschluss der Fahrt durchweg sehr positiv über den reibungslosen Ablauf der Bildungsreise und das angebotene Programm, das ihnen zahlreiche Anregungen für die eigene Arbeit geliefert habe. In Unterrichtshospitationen und zahlreichen Gesprächen in der Schule und im Schulamt in Bozen erhielten die Mitglieder der Reisegruppe Einblicke sowohl in das Machbare als auch in die Hindernisse auf dem Weg dorthin. Eine teilnehmende Lehrerin fasste ihre Eindrücke so zusammen: «Wir haben Zukunftsmusik in den höchsten Tönen wahrnehmen können. Sicherlich haben wir eine Vorzeigeschule besucht, aber so könnte das auch einmal in Deutschland aussehen.»

ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT

Das Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im Jahr 2017 die inhaltliche Profilierung der Auslandsarbeit mit einer Fachtagung zum Thema «Soziale Rechte weltweit» weiter vertieft.

Dieser Prozess wirkt auch und in besonderer Weise über die Strukturen der Stiftung im Ausland. So begann im Januar 2017 Benjamin Luig als Programmsandter zum Themenfeld Ernährungssouveränität seine Arbeit im Büro Johannesburg. Zum gleichen Zeitpunkt übernahm Miriam Younes als Programmsandte zum Thema Positiver Frieden den Aufbau des Programmbüros in Beirut. Dieses Netzwerk von spezifisch thematischer Arbeit wird durch eine weitere Entsendung zum Thema Klimagerechtigkeit nach Manila gestärkt.

Ein neues Ortskraftbüro für Spanien und Portugal nahm in Madrid seine Arbeit auf. Zudem wurden die Grundlagen für die Eröffnung eines Büros in Almaty, Kasachstan, für Zentralasien und eines Büros in Prag für Tschechien und Ungarn gelegt. Wichtig war die Registrierung des Stiftungsbüros in Peking unter dem neuen NGO-Gesetz, um auch in Zukunft in China tätig sein zu können.

Um diesen forcierten Ausbau administrativ gut zu begleiten, wurde das neue Instrument der Finanzadministrativen Entsendungen etabliert. Alex Jahn und Mariem N'Diaye begannen ihre Arbeit in Neu-Delhi bzw. Dakar zur Überprüfung und Verbesserung der finanzadministrativen Prozesse der Stiftungsbüros in Asien und Afrika und der Schulung ihres Personals. Auch für Amerika und Europa sind diese Entsendungen 2018 vorgesehen. Die internationale Arbeit des ZID wird von einer Vielzahl lokaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getragen, die direkt bei der Leitung des jeweiligen Büros angestellt sind und daher keine rechtliche Anbindung an die Stiftung in Berlin haben. Da es uns aber sehr wichtig ist, dass sie in Konfliktfällen eine zentrale Ansprechperson haben, wurde für sie 2017 das Amt eines Ombudsmannes geschaffen, das David Vossebrecher bekleidet.

Neben dieser Verbesserung der organisatorischen und administrativen Prozesse hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit vielfältigen Veranstaltungen und Formaten ihre internationale Arbeit in mehr als 70 Ländern erfolgreich fortgeführt, aber auch hierzulande besser sichtbar gemacht.

So ist es gelungen, einigen unserer Partnerinnen und Partner in der deutschen Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, etwa jenen aus Nigeria, Mauritius, Vietnam und den Philippinen, die als Delegation der Stiftung den Klimagipfel COP 23 im November in Bonn kritisch begleiteten. Zu Gast in Deutschland, führte mit Fidschi ein Land den COP-Vorsitz, für das der Klimawandel bereits harte Realität ist. Darum war es uns ein besonderes Anliegen, die Perspektive der vom Klimawandel unmittelbar betroffenen Länder einzubringen.

Globale soziale Rechte durchsetzen

Ob in den USA, in der Türkei, in Indien oder in Ungarn: Weltweit ist zu beobachten, wie sich autoritäre Regierungsformen durchsetzen. Der neue Autoritarismus ist verknüpft mit einer Vertiefung sozialer Spaltungen, der Ablehnung von Fremden oder «Anderen» und einer neuen Frauenfeindlichkeit. Gleichzeitig geht die ökologische Verwüstung ungebremst weiter. Die Linke kann in manchen Ländern zwar beachtliche Erfolge erzielen – wer hätte etwa gedacht, dass ein sich als Sozialist bezeichnender Politiker wie Bernie Sanders einmal der populärste Gegenspieler eines amtierenden US-Präsidenten würde; auch der Linksruck der Labour Party in Großbritannien macht Hoffnung –, doch kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Linke weltweit in der Defensive befindet.

Angesichts von sich ausbreitendem Autoritarismus und Menschenfeindlichkeit geht es der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Auslandsarbeit nicht zuletzt darum, grundlegende soziale und demokratische Rechte zu verteidigen oder sie – wo es möglich ist – auszuweiten. Daher setzen wir uns ein für die sozialen Rechte von Arbeitenden, Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Landlosen, indigenen Gruppen, Frauen, Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Migrantinnen und Migranten sowie anderen Personengruppen, die in unterschiedlicher Form von Ausbeutung, Diskriminierung oder Rassismus betroffen sind.

Gleichzeitig treten wir für demokratische Rechte ein wie beispielsweise für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, für Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Die volle Durchsetzung von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten wie dem Recht auf angemessene Ernährung, auf angemessenes Wohnen, auf Zugang zu Bildung, auf ein Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit, auf Arbeit sowie auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen für alle Menschen sehen wir als unabdingbare Voraussetzung für die volle Durchsetzung der bürgerlichen und politischen Menschenrechte und umgekehrt. Mit dem Konzept der Globalen Sozialen Rechte versuchen wir, diese internationalistische Emanzipationsidee zu formulieren.

Weltweit arbeiten wir vor Ort mit Hunderten von Initiativen, Gewerkschaften, Umwelt- und sozialen Bewegungen sowie linken Organisationen und Parteien zusammen. In den über 20 Auslandsbüros organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung neben der Partnerarbeit auch selbst Konferenzen oder veröffentlicht Publikationen. Verstärkt wollen wir die internationale Kooperation der Auslandsbüros und ihrer Partner unterstützen. Es geht uns dabei nicht nur um Lernprozesse und politischen Dialog, sondern auch um die Suche nach gemeinsamen Antworten auf die globalen Probleme und um konkre-



«Soziale Rechte weltweit» – diese Leitlinie bestimmt die Auslandsarbeit der Stiftung.

te internationalistische Praxen einer international denkenden Linken.

Mit diesem Ziel hat das Zentrum für Internationalen Dialog 2017 eine ganze Reihe von größeren Veranstaltungen durchgeführt. Den Auftakt bildete die Fachtagung «Soziale Rechte weltweit!» im Februar in Berlin. Bei einem Workshop in New York erörterten im September Kolleginnen und Partner aus vielen Büros eine gemeinsame globale Strategie im Kampf um Klimagerechtigkeit. Bei der Sommerschule der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Madrid im Oktober diskutierten die etwa 100 Teilnehmenden aus ganz Europa über Organisationsstrategien im Kampf für soziale Rechte in Europa. Im November fand in Belgrad die Konferenz «For Labour Rights» statt, an der gewerkschaftliche Partner der Stiftung aus Europa, den USA, Israel und Indien teilnahmen, um die Organisation entlang globaler Produktionsketten zu debattieren. Ebenfalls im November trafen sich Partner der Stiftung aus verschiedenen Ländern Asiens in Beirut zu einem Workshop zur Frage der Rechte von migrantischen Hausarbeiterinnen und -arbeitern. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der programmatischen Arbeit weltweit, die die Stiftung und das ZID auch im Jahr 2018 fortsetzen werden.

«LINKING THE RED AND GREEN»

DAS KLIMAPOLITISCHE PROFIL DER STIFTUNG SOLL GESCHÄRFT WERDEN

Unter dem Titel «Linking the Red and Green for the Planet and the People» trafen sich in New York Angehörige des Netzwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung, um eines der drängendsten Themen unserer Zeit zu diskutieren: den Klimawandel. Organisiert vom New Yorker Büro und dem Referat Globale Aufgaben widmeten sich Stiftungsvertreterinnen und -vertreter aus Berlin, Dakar, Tunis, Johannesburg, Mexiko-Stadt, Quito, Brüssel, Hanoi, Neu-Delhi und New York, zusammen mit Partnerinnen und Partnern aus der Partei DIE LINKE, dem Global Policy Forum, der Wissenschaft sowie dem Gewerkschaftsspektrum (vertreten durch die Gewerkschaft SENTRO/Philippinen) einer zentralen Frage für die Linke heute: Wie können soziale Frage und Klimapolitik – das Rote und das Grüne – miteinander verbunden werden?

Ziel des Workshops war es, das klimapolitische Profil der Stiftung zu schärfen und zu einem thematisch fokussierten stiftungsweiten Diskussions- und Planungsprozess beizutragen. Die Leitfrage lautete deshalb: Was ist eine spezifisch linke Klimapolitik und wer sind unsere strategischen Partner? Der Workshop spannte einen Bogen vom Stand wissenschaftlicher Klimaforschung über die Rolle der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Bewegung für Klimagerechtigkeit bis hin zu den Ebenen nationaler, regionaler und internationaler Politik.

Bei einem Besuch des Lamont-Doherty Earth Observatory, einem der weltweit führenden geowissenschaftlichen Zentren, konnten sich die Teilnehmenden über die Bedeutung von Fakten und deren Instrumentalisierung in Zeiten von Donald Trump und «Fake News» austauschen. Außerdem sprachen sie mit Avi Lewis, dem Regisseur von «This Changes Everything» – der Verfilmung des gleichnamigen Buches von Naomi Klein –, über den Stand der Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Die am Workshop Teilnehmenden diskutierten über soziale Bewegungen, über die Beteiligung an Projekten und über Empfehlungen im Bereich der internationalen Politik; dabei ging es nicht zuletzt um die Rolle der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei den Verhandlungen über die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Die Stiftung begleitet diesen Prozess seit einigen Jahren mit Analysen und Kommentaren und verschafft unterrepräsentierten Gruppen Zugang zur UNO.

.....

Da der Klimawandel Teil der globalen Gerechtigkeitskrise ist, sollte – so die einhellige Meinung aller Beteiligten – die Beschäftigung mit dem sozialökologischen Umbau und Klimagerechtigkeit als integraler Bestandteil des Stiftungsprofils verstanden und weiterentwickelt werden. Die Stiftung hat in allen Bereichen das Potenzial, nicht nur Teil des Protests, sondern auch Teil der Lösungsfindung zu sein – und das auf allen politischen Ebenen.

.....



Zu Besuch bei der Europäischen Sommerschule: LINKEN-Chef Bernd Riexinger (2. v. li.).

EUROPÄISCHE SOMMERSCHULE IN MADRID

DAS JUNGE LINKE EUROPA VERNETZT SICH BEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Das Gewerkschaftszentrum in einem Madrider Vorort glich vom 4. bis 8. Oktober 2017 einem internationalen Bienenstock. 100 Linke aus Europa und den USA trafen sich auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur ersten europaweiten Sommerschule: Aktive aus Parteien wie DIE LINKE, Momentum, Razem, Levica, La France Insoumise, Izquierda Unida und Working Families Party, aber auch aus Bewegungen, Kampagnen und Organisationen wie PAH/Ahora Madrid (Spanien), Repeal the 8th (Irland), Zagreb je naš (Kroatien) oder Seattle2Brussels Network. Auch die ganze Woche dabei: Bernd Riexinger, Parteichef der LINKEN.

Das Thema der Sommerschule war «Organisierung für eine linke Hegemonie». Claire Sandberg und Winnie Wong, die Erfinderin des Hashtags «Feel the Burn» bei der Bernie-Sanders-Campaign berichteten darüber, wie sie und viele andere den Erfolg von Sanders organisierten. David Gibney aus Irland steuerte seine Erfahrungen aus der irischen Recht-auf-Wasser-Kampagne bei.

Insbesondere die starke Präsenz osteuropäischer Aktivistinnen und Aktivisten war neu und spiegelte die langjährige und sehr verbindliche Zusammenarbeit der Stiftung mit Partnerorganisationen in Ost- und Südosteuropa wider. Für junge linke Parteien wie Razem aus Polen oder Zagreb je naš aus Kroatien, die bei lokalen Wahlen in der jüngsten Vergangenheit beachtliche Ergebnisse erzielen konnten und sich nun auf die Europawahlen 2019 vorbereiten, war die Sommerschule in mehrfacher Hinsicht sinnvoll. Zum einen konnten sie mit Parteichef Riexinger persönlich über Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen ihren Parteien und der deutschen LINKEN sprechen. Zum anderen zeigte der Austausch mit Aktiven aus ganz Europa und den USA, was gleichzeitig möglich ist: spezifische lokale Aktivitäten europaweit zu denken und den Parteikontext zu nutzen.

Mit der Europäischen Sommerschule führte die Stiftung ein neues Format der internationalen Bildungs- und Vernetzungsarbeit erfolgreich ein, die sich auf die langjährige Kontakt- und Partnerarbeit der Stiftungsbüros in Europa stützen kann. Sie ist ein ausgezeichnetes praxis- und strategieorientiertes Bildungsangebot insbesondere für junge Aktive aus linken Parteien, Bündnissen, Bewegungen, Medien und Gewerkschaften auf europäischer Ebene. Deshalb ist die nächste Sommerschule schon geplant: Sie wird in Belgrad im Herbst 2018 zum Thema Feminismus stattfinden.

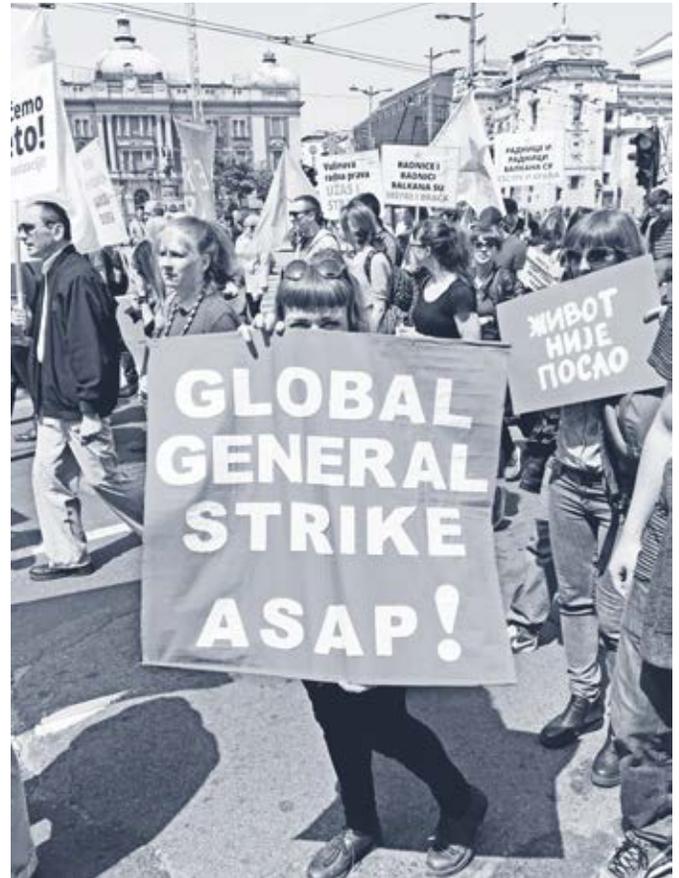
Ganz nebenbei hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 4. Oktober 2017 in Anwesenheit des deutschen Botschafters und mit den 100 Gästen der Sommerschule auch noch feierlich ihr neues Madrider Büro eröffnet.

«KEINE ARBEITERMACHT OHNE ORGANISIERUNG» EINE INTERNATIONALE KONFERENZ IN BELGRAD

Unter dem durchaus programmatischen Titel «For Labour Rights!» veranstaltete das Belgrader Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 27. bis 29. Oktober 2017 eine Konferenz zu Organisationsfragen. Der Fokus lag auf Südosteuropa, doch kamen Erfahrungen und Problemlagen auch aus anderen Regionen nicht zu kurz. In Zeiten fortschreitender Prekarisierung und Fragmentierung von Arbeitsbedingungen auf internationaler Ebene eröffnete das Belgrader Büro somit für mehr als 70 Personen eine in Südosteuropa einmalige Möglichkeit des länderübergreifenden Erfahrungs- und Gedankenaustausches.

Den Auftakt bildete ein öffentlicher Vortrag von Christof Scherrer (Universität Kassel) zum Konzept der «Globalen Sozialen Rechte». Scherrer gab sowohl einen historischen Überblick über die Erfolge dieses Konzeptes als auch über Details und Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation. Nach wie vor gebe es substantielle Verstöße gegen die internationale Arbeitsgesetzgebung und müssten etwa 40 Prozent der Werk-tätigen weltweit unter inhumanen Bedingungen arbeiten.

Erste-Mai-Demonstration in Belgrad.



«For Labour Rights!» – Die Stiftung fördert den länderübergreifenden Austausch.

Florian Wilde (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin) erläuterte in seinem Einstiegs-vortrag die wirtschaftlichen und ideologischen Gründe für die Gewerkschaftskrise und gab Hinweise auf mögliche Gegenstrategien: Orientierung auf «Social Movement Unionism», Organisation lokaler Gemeinschaften sowie kritische Überprüfung der Sozialpartnerschaftsideologie, was sich zusammengenommen als ein Mehrebenen-Ansatz zum Widererstarben von Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung beschreiben lässt.

David Condliffe von Unite erläuterte, dass die größte britische Gewerkschaft ihre Organisationsform verändert habe, um auch jene einzubeziehen, die außerhalb der «Normalarbeitsverhältnisse» leben – Arbeitslose, Studierende, Rentnerinnen und Rentner. Dieser Schritt habe sich als richtig erwiesen, Unite sei nun deutlich stärker und vor allem auch lokal verwurzelter. Die Wichtigkeit, die Gemeinden vor Ort in die Arbeitskämpfe einzubeziehen, wurde auch am Beispiel der in Kroatien ansässigen Firma ITAS deutlich: Dort war die aktive Unterstützung der Kommune ausschlaggebend dafür, dass während der Firmenübernahme durch die Arbeiterinnen und Arbeiter keine Arbeitsplätze verloren gingen. Wenn über mögliche Koalitionen und über Solidarität gesprochen wird, kann und darf diese Diskussion jedoch nicht in den

engen Grenzen des Nationalstaats verbleiben. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte darin überein, dass Solidarität entlang internationaler Produktionsketten gebildet werden müsse. Dabei sollten linke Nichtregierungsorganisationen eine größere Rolle im Widerstand gegen die neoliberale Politik einnehmen – dies war der grundsätzliche Tenor der Konferenz, der von Roland Kulke (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel) in seinem Beitrag über die «Stopt TTIP»-Kampagne nochmals pointiert worden ist.

Während beider Konferenztage ist klar geworden, dass alle Aktiven nach Wegen suchen, um die organisatorischen Kapazitäten der Linken zu vergrößern: auf nationaler Ebene durch die verstärkte Einbeziehung der Kommunen in die Auseinandersetzungen, auf internationaler Ebene durch intensivere und konkretere Kooperationen. Dies ist gewiss keine einfache Aufgabe, doch die Marktlogik zu überwinden und alternative Produktionsmodelle zu entwickeln ist und bleibt ohnehin die wichtigste Herausforderung der Linken.

Ein ausführlicher Konferenzbericht findet sich auf der Homepage des Belgrader Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.rs/de/node/1181.

Die Xuan-Dieu-Straße im Tây Hồ District in Hanoi.



VERTEIDIGUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AKTIONSRÄUME IN SÜDOSTASIEN

Die Arbeit des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südostasien hat in den vergangenen drei Jahren von der Verschiedenartigkeit und der Kreativität der dort lebenden Menschen und dem Reichtum der Natur profitiert. Doch an dieser Vielfalt wird Raubbau betrieben. Das zeigt sich an dem Viertel Hanoi, in dem das Regionalbüro liegt, besonders deutlich: Prägen bislang Straßenküchen und -friseure, Bäume, Motorräder und fliegende Händlerinnen und Händler das Straßenbild, so sind es nun Autos, Baustellen und Apartmenthäuser. Und die zunehmende Luftverschmutzung ist nicht nur messbar, sondern häufig auch sichtbar.

Gleichzeitig werden die Möglichkeiten vieler Menschen geringer, sich an der politischen, sozialen und ökologischen Entwicklung in ihrem Umfeld kreativ zu beteiligen. Zum Beispiel haben noch im Jahr 2015 viele Menschen in Hanoi in den sozialen Medien eine Aktion unterstützt, die sich gegen die Pläne der Stadtverwaltung richtete, 6.000 Bäume zu fällen. Im Jahr 2017 wurden in Vietnam zivilgesellschaftliche Beteiligung und soziale Medien von einem Teil der politischen Führung kriminalisiert und dadurch weniger sichtbar.

Eine solche Entwicklung beobachtet die Stiftung nicht nur in Vietnam, sondern auch in den benachbarten Staaten Laos und Kambodscha. In Myanmar, wo die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2017 eine in Yangon ansässige Ortskraft hat, stellte sie gemeinsam mit der international tätigen Nichtregierungsorganisation «Focus on the Global South» im Herbst eine Publikation vor, die die durch Auslandsinvestitionen vorangetriebene Ausbeutung behandelt. Gleichzeitig konnte die Stiftung in der Nationalversammlung Vietnams Interesse für diese Veranstaltung wecken.

Auch wenn zivilgesellschaftliche Aktionsräume in den südostasiatischen Ländern, in denen die Stiftung Projekte betreut, kleiner wurden, waren dort doch auch eindeutig kritische Stimmen gegenüber dem Wachstumsparadigma der Politik zu vernehmen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung arbeitet in Vietnam und Laos mit Institutionen auf Partei- und Parlamentebene zusammen und regt dort einen Dialog zur sozialen, ökologischen und ökonomischen Transformation an.

Gleichzeitig unterstützt die Stiftung zivilgesellschaftliche Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für eine Etablierung bzw. Ausweitung von sozialen und politischen Rechten einsetzen. In Vietnam organisierte sie 2017 gemeinsam mit der Gewerkschaft einen Workshop über die sozialen Rechte von Textilarbeiterinnen und Textilarbeitern und finanzierte eine Studie zum Thema.

In den kommenden Jahren wird die Stiftung den Erfahrungsaustausch und Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Programmländern, aber auch mit neuen Partnern im ASEAN-Raum weiter vorantreiben. Ziel ist es, den Partnern eine Teilhabe an anderen sozialen und politischen Kontexten in der Region zu ermöglichen.



Frauen vor ihren Wohnungen in einer Hochhaussiedlung für syrische Geflüchtete in Sidon (Libanon).

GROSSE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DAS NEUE BÜRO IN BEIRUT

Das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Beirut, Libanon, ist seit der Eröffnung im Mai 2017 personell stetig gewachsen, inzwischen arbeiten dort fünf Personen. Regional ist das Büro für drei Länder verantwortlich: Libanon, Syrien und Irak, von denen die beiden zuletzt genannten Länder aufgrund der aktuellen Konflikte kaum zu bereisen und nur aus der Beirut-Ferne zu bearbeiten sind. Dennoch: Gerade die vielschichtige konfliktbeladene Realität in allen drei Ländern – sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart – lädt zu einer interessanten vergleichenden Arbeit ein.

Mit dem Arbeitsschwerpunkt «Positiver Frieden/Strukturelle Gewalt» werden vor allem Themen von transformativer und sozialer Gerechtigkeit aufgegriffen und Erfahrungen aus der libanesischen Post-Bürgerkriegsära in derzeitige Diskussionen zu und um Syrien eingebracht. Gleichzeitig arbeitet das Beirut-Büro daran, die herrschenden sozioökonomischen Ungleichheiten in allen drei Ländern deutlich zu machen, um die Dominanz von Identitätspolitik und konfessionell-religiösen Spannungen, die in vielen Studien zu diesen Ländern vorherrschen, infrage zu stellen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit und gleichzeitig ein positives Gegengewicht zu den Analysen von strukturellen Ge-

waltprozessen ist der Fokus auf progressive linke Politik in der Region. Dabei geht es vor allem darum, politische Prozesse wie die Parlamentswahlen im Irak und im Libanon zu beobachten und die Positionen von linken progressiven Akteuren wahrzunehmen und zu stärken. Das Beirut-Büro dient für genau diese Akteure aus allen drei Ländern als Ort des Austauschs, der Diskussion und der gemeinsamen Reflexion. Im Fall Syriens ist konkretes politisches Handeln für progressive Akteure momentan allerdings kaum möglich. Hier versucht das Beirut-Büro, Möglichkeiten von politischen Alternativen zu entwickeln.

Der dritte Arbeitsschwerpunkt des Büros liegt auf dem Themenbereich Flucht und Migration, insbesondere auf der Frage des Zugangs von Staatenlosen, Geflüchteten sowie Migrantinnen und Migranten im Libanon zu sozialen und Menschenrechten. Ziel ist es, fehlende Rechte in der libanesischen Öffentlichkeit sichtbar zu machen (z.B. mit einem Theaterprojekt von migrantischen Hausangestellten zu ihrer Situation im Land) und die Rechte von Geflüchteten und Staatenlosen konkret zu stärken.

Das Beirut-Büro arbeitet also in politisch herausfordernden Kontexten, hat aber im ersten Jahr schon ein breites Netzwerk aus verschiedenen progressiven linken Akteuren aufbauen können, um damit kritische Analysen sowie positive Diskurse in den Vordergrund zu stellen.

REFERAT AMERIKA

NORDAMERIKA
UND VEREINTE NATIONEN

Sitz: New York/USA

Gründungsjahr: 2012

Projektländer: USA, Kanada, Deutschland, Standorte der Vereinten Nationen

Büroleitung: Stefanie Ehmsen & Albert Scharenberg

www.rosalux-nyc.org/de

Arbeitsschwerpunkte: nordamerikanisch-europäischer linker Dialog; Alternativen zur Austeritätspolitik; kritische Gesellschaftsanalyse; globale Machtverschiebungen, sozial-ökologische Transformation

ANDENLÄNDER



Sitz: Quito/Ecuador

Gründungsjahr: 2010

Projektländer: Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Venezuela

Büroleitung: Karin Gabbert

www.rosalux.org.ec

Arbeitsschwerpunkte: Stärkung der Partizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen bei der Umsetzung der linken Verfassungen und der Wahrnehmung ihrer Rechte; Suche nach Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell, das bislang ausschließlich auf dem Export von natürlichen Ressourcen beruht. Dieses Thema wird in den Ländern kontrovers diskutiert. Das Büro greift diese Debatten auf und fördert einen regional übergreifenden Austausch.

CONO SUR UND BRASILIEN



Sitz: São Paulo/Brasilien

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Brasilien, Uruguay, Paraguay

Büroleitung: Gerhard Dilger

www.rosaluxspba.org

VERBINDUNGSBÜRO
BUENOS AIRES

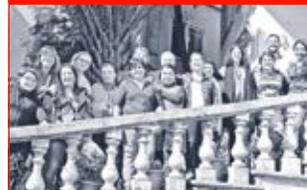
Gründungsjahr: 2015

Projektländer: Argentinien, Chile

Programmkoordination: Elisangela Soldatelli

www.rosaluxspba.org/es

Arbeitsschwerpunkte: Menschenrechte, Naturrechte und Demokratie; die Krise und die Zukunft der Linken; sozialökologische Transformation und Buen Vivir

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA
UND KUBA

Sitz: Mexiko-Stadt/Mexiko

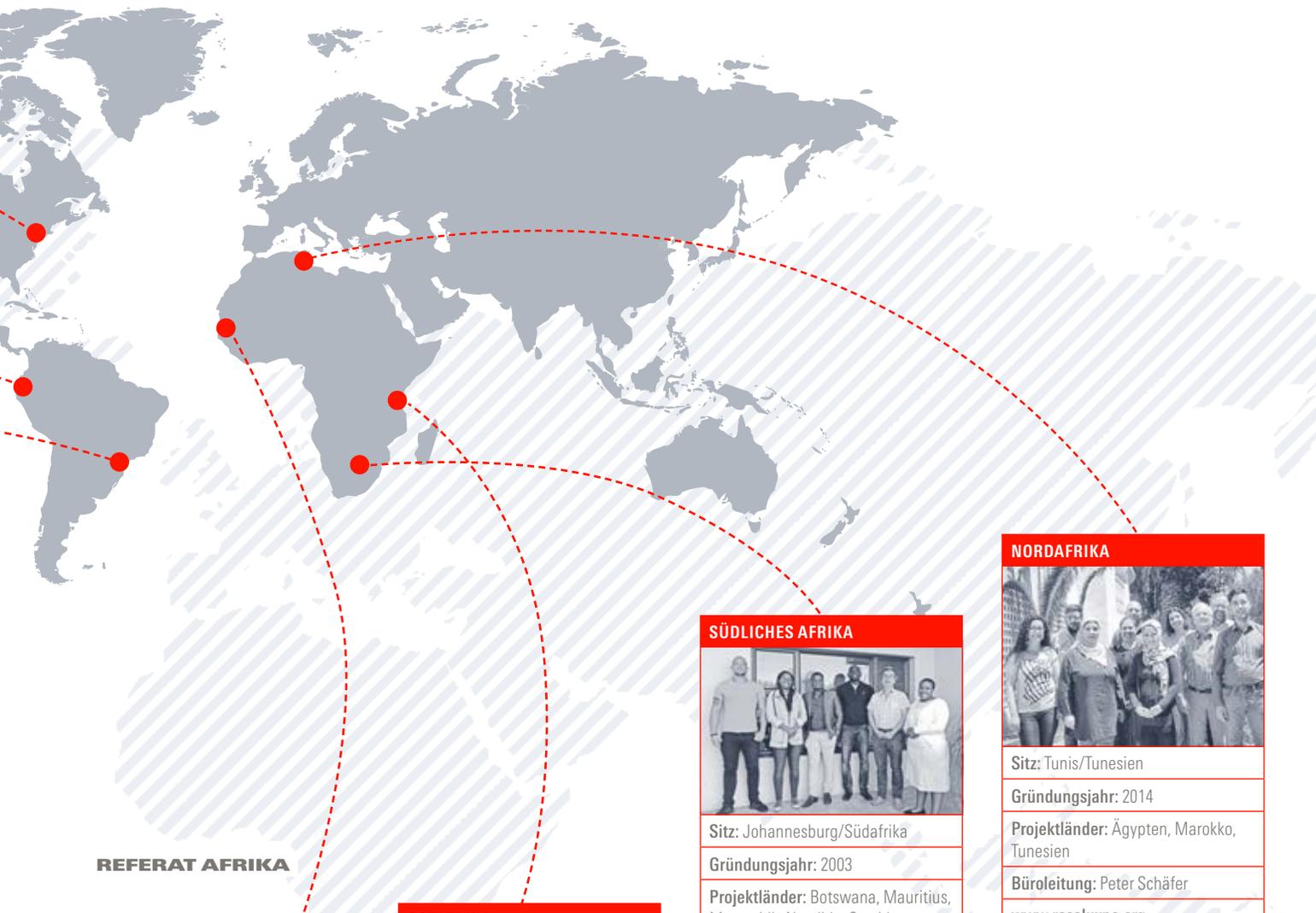
Gründungsjahr: 2007

Projektländer: Costa Rica, Guatemala, Kuba, Mexiko, Nicaragua

Büroleitung: Torge Löding, Sandy El Berr (ab Mai 2017)

www.rosalux.org.mx

Arbeitsschwerpunkte: partizipative Demokratie und soziale Inklusion; politische und ökonomische Alternativen zum herrschenden Entwicklungsmodell



REFERAT AFRIKA

WESTAFRIKA



Sitz: Dakar/Senegal

Gründungsjahr: 2010

Projektländer: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kap Verde, Mali, Niger, Nigeria, Senegal

Büroleitung: Armin Osmanovic

www.rosalux.sn

Arbeitsschwerpunkte: natürliche Ressourcen und Konflikte; Jugend und Politik; Religion und Gesellschaft; Migration; Zukunft der Arbeit; Frieden und Sicherheit; Afrika und Internationale Politik

OSTAFRIKA



Sitz: Daressalam/Tansania

Gründungsjahr: 2012

Projektländer: Kenia, Ruanda, Tansania, Uganda

Büroleitung: Dorothee Braun

www.rosalux.co.tz

Arbeitsschwerpunkte: Nutzung natürlicher Ressourcen zum Wohle der Menschen; an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Gestaltung von regionaler Integration und internationalen Handelsbeziehungen; Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte

SÜDLICHES AFRIKA



Sitz: Johannesburg/Südafrika

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Botswana, Mauritius, Mosambik, Namibia, Sambia, Simbabwe, Südafrika

Büroleitung: Jörn Jan Leidecker

www.rosalux.co.za

Arbeitsschwerpunkte: partizipative Demokratie; Arbeitnehmerorganisationen und soziale Gerechtigkeit; natürliche Ressourcen

DIALOGPROGRAMM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Sitz: Johannesburg/Südafrika

Gründungsjahr: 2017

Programmländer: Mosambik, Sambia, Südafrika

Programmleitung: Benjamin Luig

www.rosalux.de/stiftung/zid/afrika/ernaehrungssouveraenitaet/

Arbeitsschwerpunkte: Saatgutpolitik; Arbeitsrechte in der Landwirtschaft; Dialog zu Agrar- und Ernährungspolitik

NORDAFRIKA



Sitz: Tunis/Tunesien

Gründungsjahr: 2014

Projektländer: Ägypten, Marokko, Tunesien

Büroleitung: Peter Schäfer

www.rosaluxna.org

Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung sozioökonomischer Alternativen; Stärkung der politischen Partizipation, insbesondere jüngerer Aktivistinnen

WISSENSCHAFTSKOOPERATION NORDAFRIKA

Sitz: Tunis/Tunesien

Gründungsjahr: 2015

Programmland: Tunesien

Programmleitung: Nadia El Ouerghemmi

www.rosaluxna.org/academic-cooperation

Arbeitsschwerpunkte: Unterstützung von Akteuren, die sich für eine Reform des Hochschulwesens im Sinne einer Stärkung akademischer Freiheiten, der Autonomie von Hochschulen sowie des Abbaus von Zugangsbeschränkungen und Hierarchien in diesem Feld einsetzen

POLEN UND BALTISCHE STAATEN



Sitz: Warschau/Polen

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Ungarn

Büroleitung: Joanna Gwiazdecka; Holger Politt (seit März 2018)

www.rls.pl

Arbeitsschwerpunkte: Rechte von Frauen und LGBTI; Gesellschaftsalternativen junger Akteure der demokratischen Linken; kritische und differenzierte Reflexion der jüngeren Geschichte; Arbeitnehmerinteressen beim wirtschaftlichen Strukturwandel; Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit

TSCHECHIEN, SLOWAKEI, UNGARN

Sitz: Prag/Tschechien

Gründungsjahr: 2016

Projektländer: Tschechien, Slowakei, Ungarn

Büroleitung: Joanna Gwiazdecka (seit März 2018)

NORD- UND WESTEUROPA



Sitz: Brüssel/Belgien

Gründungsjahr: 2008

Projektländer: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Schweden

Büroleitung: Martin Schirdewan und Claus-Dieter König; Andreas Thomsen (seit April 2018)

www.rosalux.eu

Arbeitsschwerpunkte: Kooperation mit und Unterstützung von linken Akteuren und Strategien in Europa und den Weltregionen; Rolle der EU als globaler Akteur (u. a. Handels-, Außen-, Energiepolitik); sozialökologische Transformation; Kritik des europäischen Grenzregimes & linke Migrationspolitik

VERBINDUNGSBÜRO MADRID

Gründungsjahr: 2017

Projektländer: Portugal, Spanien

Programmkoordination: Vera Bartolomé

www.rosalux.eu

Arbeitsschwerpunkte: Kooperation mit und Unterstützung von progressiven Akteuren auf der Iberischen Halbinsel; Schwerpunkte u. a. Handelspolitik

**GRIECHENLAND
DIALOGPROGRAMM MIGRATION**

Sitz: Athen

Gründungsjahr: 2012

Projektland: Griechenland

Programmleitung: Maria Oshana

www.rosalux.gr/de

Arbeitsschwerpunkte: Verbesserung der Situation von Geflüchteten in Europa; die Krise und linke Lösungsansätze; Aufkommen des Neofaschismus in Griechenland und seine Bekämpfung; Untersuchung der Auswirkungen von Privatisierungen auf Demokratie und Teilhabe; Stärkung und Wiederbelebung des Gemeinwesens

UKRAINE



Sitz: Kiew

Gründungsjahr: 2016

Projektländer: Ukraine

Programmkoordination: Nelia Vakhovska

Arbeitsschwerpunkte: Durchsetzung sozialer Rechte; Unterstützung von Gewerkschaften; Stärkung von Frauenrechten; Entwicklung links-politischer Alternativen zum vorherrschenden Neoliberalismus; differenzierte Auseinandersetzung mit Erinnerungspolitik und sozialistischer Vergangenheit

RUSSLAND, ZENTRALASIEN UND KAVKASUS



Sitz: Moskau/Russland

Gründungsjahr: 2003

Projektländer: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan

Büroleitung: Kerstin Kaiser

www.rosalux.ru

Arbeitsschwerpunkte: soziale Gerechtigkeit und regionale Integration; Migration; Behindertenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit; Sozialstaatlichkeit; differenziertes Geschichtsverständnis; Konzepte für eine nachhaltige regionale Entwicklung; 100 Jahre Russische Revolutionen (2017)

SÜDOSTEUROPA



Sitz: Belgrad/Serbien

Gründungsjahr: 2010

Projektländer: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Slowenien

Büroleitung: Krunoslav Stojaković

www.rosalux.rs

Arbeitsschwerpunkte: Unterstützung von Gewerkschaften, feministischen und LGBTI-Organisationen sowie der Selbstorganisation von Roma; Entwicklung linksorientierter politischer Alternativen; kritische Geschichtsarbeit



REFERAT ASIEN

PALÄSTINA



Sitz: Ramallah

Gründungsjahr: 2008

Projektländer: Jordanien, Palästinensische Gebiete

Büroleitung: Ute Beuck

www.rosaluxemburg.ps

Arbeitsschwerpunkte: emanzipatorische Bildung; Fragen sozialer Gerechtigkeit und Partizipation; Alternativen zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und neoliberalen Entwicklungsansätzen; Stärkung von Pluralismus und Meinungsfreiheit

ISRAEL



Sitz: Tel Aviv

Gründungsjahr: 2009

Projektland: Israel

Büroleitung: Tsafir Cohen

www.rosalux.co.il

Arbeitsschwerpunkte: Förderung linker Alternativen angesichts der fortwährenden Besatzung und Entdemokratisierungsprozesse in Israel; Stärkung jüdisch-arabischer Zusammenarbeit (insbesondere im Hinblick auf sozioökonomische Rechte für marginalisierte Bevölkerungsgruppen); deutsch- und europäisch-israelischer Dialog mit besonderem Schwerpunkt auf dem Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus; Israel im Nahen Osten – Der Nahe Osten in Israel: Förderung der Integration Israels in den Nahen Osten

**DIALOGPROGRAMM
POSITIVER FRIEDEN**

Sitz: Beirut/Libanon

Gründungsjahr: 2017

Projektländer: Libanon, Syrien, Jordanien

Programmleitung: Miriam Younes

www.rosalux.de

Arbeitsschwerpunkte: Positiver Frieden/Strukturelle Gewalt, Flucht/Migration

OSTASIEN



Sitz: Peking/China

Gründungsjahr: 2008

Projektland: China

Büroleitung: Jan Turowski

www.rosalux.de

Arbeitsschwerpunkte: soziale Gerechtigkeit; sozialökologische Transformation; partizipative Politik und friedliche Gestaltung der internationalen Beziehungen der Transformationsländer in Ost- und Südostasien

SÜDASIEN



Sitz: Neu-Delhi/Indien

Gründungsjahr: 2010 (Registrierung 2012)

Projektländer: Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

Büroleitung: Stefan Mentschel

www.rosalux.in

Arbeitsschwerpunkte: Konzepte sozialer Transformation (linke Theorie und Praxis, regionale Kooperationen); Agrarfragen (Ernährungssicherheit und -souveränität); Arbeitswelten und gewerkschaftliche Organisation (Arbeitsmigration, prekäre Arbeit, transnationale Produktions- und Lieferketten)

SÜDOSTASIEN



Sitz: Hanoi/Vietnam

Gründungsjahr: 2009

Projektländer: Kambodscha, Laos, Myanmar, Vietnam

Büroleitung: Liliane Danso-Dahmen

www.rosalux.vn

Arbeitsschwerpunkte: soziale Gerechtigkeit; sozialökologische Transformation; partizipative Politik

GEFÖRDERTE PROJEKTE

Die Projektförderung ist eine wichtige Form der Zusammenarbeit mit anderen Trägern der politischen Bildung. Im Jahr 2017 erreichten uns mehr als 1.000 Anfragen, die in 517 konkrete Anträge mündeten. Mit diesen Anträgen erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen vielfältigen Eindruck von den bildungspolitischen Aktivitäten, die bundesweit mittels abwechslungsreicher Formate – Abendveranstaltungen, Konferenzen, Publikationen – Akzente setzen und an vielen Orten wertvolle Bildungsarbeit leisten. Im vergangenen Jahr konnten 134 Vorhaben mit insgesamt 297.340 Euro gefördert werden. Für die von der externen Projektförderung direkt betreuten 108 Projekte wurden 273.650 Euro eingesetzt, für weitere 26 Projekte wurden 23.690 Euro über die Landesstiftungen bereitgestellt.

Fünf Großprojekte wurden mit insgesamt 127.000 Euro (43 Prozent des Gesamtbudgets) unterstützt:

- Linke Medienakademie e. V.: Zentrale und regionale Weiterbildungsveranstaltungen zu Themen der Mediengestaltung – 50.000 Euro
- InkriT e. V.: Herausgabe Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus: Fertigstellung Band 9/I «Maschinerie bis Mitbestimmung», editorische Arbeiten an Band 9/II «Mitleid bis naturwüchsig» – 38.000 Euro
- Rolf Hecker: Herausgabe von Band 44 der Marx-Engels-Werke (MEW) – 19.000 Euro
- Bewegungsakademie e. V.: Fortbildungsprogramm «Attacademie 11» – 10.000 Euro
- Lückenlos e. V.: «NSU-Komplex auflösen! Recherchieren und Intervenieren». Partizipative Recherchephase sowie lokale Präsentations- und Diskussionsveranstaltungen – 10.000 Euro

Sechs Vorhaben wurden mit Beträgen zwischen 5.000 und 9.999 Euro gefördert, 77 mit Beträgen zwischen 1.000 und 4.999 Euro, 20 mit Beträgen zwischen 500 und 999 Euro.

BEISPIELE DER PROJEKTFÖRDERUNG ZUM SCHWERPUNKTTHEMA STADT/LAND

**BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS:
«3. BUNDESWEITES TREFFEN STADTPOLITISCHER
GRUPPEN. RECHT AUF STADT FORUM 2017»,
APRIL 2017 IN FRANKFURT AM MAIN
Förderung: 1.250 Euro**

Wie schon in den Jahren zuvor in Kassel und Köln stellt das Forumstreffen vor allem eine Plattform für aktive stadtpolitische Gruppen dar. Bei frühlingshaften Temperaturen kamen

in diesem Jahr bis zu 200 Aktivistinnen und Aktivisten im Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheimer in Frankfurt zusammen, um sich über ihre bisherige politische Arbeit auszutauschen, Strategien zur Wiederaneignung städtischer Räume und zur Stärkung lokaler Kämpfe gemeinsam weiterzuentwickeln und über zukünftige Themenfelder zu diskutieren. Eine Vielzahl an Workshops zum Beispiel zu wohnungspolitischen Offensiven, kritischen Interventionen oder der Vernetzung von Theorie und Praxis brachten nicht nur spannende Diskussionen, sondern auch strategische Bündnisse für zukünftige Aktivitäten hervor. Die detaillierten Ergebnisse der einzelnen Workshops sind im «Recht auf Stadt»-Wiki (<http://wiki.rechtaufstadt.net/>) veröffentlicht.

ALTE MU IMPULS-WERK E. V.: KONGRESS «QUERBEET – 2017 – URBANE TRANSFORMATION. DAS GUTE LEBEN IN DER STADT», SEPTEMBER 2017 IN KIEL
Förderung: 1.000 Euro

Direkt im Zentrum der Landeshauptstadt Kiel hat sich ein Gemeinschaftsprojekt zu Themen aus den Bereichen Kunst, Kultur, Ökologie, Nachhaltigkeit und Soziales im Gebäudekomplex der ehemaligen Muthesius-Kunsthochschule, der «Alten Mu», entwickelt. Der Standort der Alten Mu und der dort angesiedelten Projekte ist politisch nicht gesichert. Die jährlich stattfindenden Kongresse sind Meilensteine für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Alten Mu als Gemeinschaftsprojekt und als Bestandteil einer bürgerorientierten Stadtentwicklung. Traditionell starteten die Veranstaltungstage mit einem gemeinsamen Frühstück unter dem Motto «Wir die Brötchen – ihr den Belag!». Fragen nach gemeinschaftlichem Leben, Mobilität, Klima, Digitalität sowie Wohnen und Arbeiten in der Stadt der Zukunft standen im Fokus der Vorträge und Workshops, die über 250 Teilnehmende besuchten. Ansätze für einen zukunftsorientierten, nachhaltigen und sozialen Wohnungsbau wurden diskutiert. Ausstellungen, Filmvorführungen und Konzerte rahmten den Kongress.

SUB\URBAN. ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE STADTFORSCHUNG: «STADT DER REPRODUKTION – SORGE, AFFEKTIVE ARBEIT UND DIE TRANSFORMATION DES URBANEN», 2017, BAND 5, HEFT 3
Förderung: 750 Euro

Die viel diskutierte «Krise der Reproduktion» ist ein wesentlicher Aspekt des gegenwärtigen globalen Krisenkapitalismus: Durch die Austeritätspolitiken werden die sozialen Sicherungssysteme ausgehöhlt, sodass unter anderem diejenigen, die im Bereich der Care-Arbeit tätig sind, mit prekären Arbeitsverhältnissen zu kämpfen haben. Auch Menschen, die mit Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen zusammenleben, sind mit zunehmend unsicheren Arbeits- und Ein-

IM JAHR 2017 KONNTEN VON DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG 108 VORHABEN GEFÖRDERT WERDEN





Der Kongress «Querbeet» fand direkt im Zentrum von Kiel statt. Dort residiert das Gemeinschaftsprojekt «Alte Mu» im Gebäudekomplex der ehemaligen Muthesius-Kunsthochschule.

kommensverhältnissen konfrontiert und müssen mit den Folgen des Sozialabbaus klarkommen. In der Regel werden diese Widersprüche individuell bewältigt. Dennoch regt sich – insbesondere in den Städten – auch Widerstand, wie beispielsweise die zunehmenden Streiks im Gesundheitssystem zeigen oder auch das steigende Interesse an gemeinschaftlichen Wohnformen. In der Ausgabe «Stadt der Reproduktion» werden diese Themen auf der Ebene des städtischen Raums betrachtet: Die Autorinnen und Autoren fragen unter anderem nach dem Zusammenhang von Gentrifizierung in den Städten und der Ökonomisierung des Sozialen. Im Themenschwerpunkt dient der Aufsatz «Wie könnte eine nicht-sexistische Stadt aussehen?» von der feministischen Stadthistorikerin Dolores Hayden aus dem Jahr 1981 als Ausgangspunkt für mehrere Artikel feministischer Stadtforscherinnen. Die Ausgaben von sub|urban sind frei verfügbar unter: www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/announcement/view/51.

Mit 19 Projekten und 22.400 Euro war das Thema Antifaschismus/Antirassismus am stärksten repräsentiert. Unter anderen förderten wir:

- Autofocus Videowerkstatt e. V.: Online-Bildungsplattform: «Hoyerswerda – nach 1991», www.hoyerswerda-1991.de/#nach1991 – 2.000 Euro

- La Talpa e. V. – gemeinnütziger Verein zur Förderung kritischer Wissenschaften und Bildung: Digitale Geschichtspfade zur Geschichte des NSU-Terrors: «History Reclaimed» – 2.000 Euro
- Bonbonfabrik e. V.: «Decolonize Bremen – Politische Bildung zu kolonialen Spuren und Rassismus». Begleitprogramm zur Ausstellung «Homestory Deutschland», Mai bis Dezember 2017 in Bremen – 2.000 Euro
- SMJE – Dachverband des êzidischen Frauenrats e. V.: Internationale Tagung: «Genozidale Angriffe auf êzidische Frauen und Wege des Widerstands gegen Völkermord», März 2017 in Bielefeld – 1.500 Euro
- Laut gegen Nazis e. V.: «Möllner Rede im Exil 2017», in Zusammenarbeit mit der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, November 2017 in Berlin – 1.000 Euro
- Lisa Mala Reinhardt: Filmscreening und Workshops zum Dokumentarfilm «Wir sind mehr» in verschiedenen Städten Deutschlands – 1.000 Euro
- Antifaschistische Initiative Eberswalde: Veranstaltungsreihe «Rassismus und rechte Gewalt damals und heute (1990–2017)», Dezember 2017 in Eberswalde – 1.000 Euro
- Iver Ohm/Hidden Institut: Workshops für Zivilcourage «Solidarisches Handeln im Alltag trainieren», September 2017 in Berlin – 1.000 Euro

Mit 15 Vorhaben und einem Fördervolumen von 30.750 Euro gehörte auch das Thema Geschichte/Zeitgeschichte zu den Schwerpunkten der Projektförderung. Einige Beispiele:

- Frank Jacob: Nachlassedition Kurt Eisner. Reden und Schriften Eisners als bayerischer Ministerpräsident – 5.000 Euro
- Archivverein Wismar e. V.: «Die Verfolgung jüdischer Bürger in Wismar 1933–1945» – 5.000 Euro
- Elefteriya Yuanidis: Dokumentarfilm «Die Gewerkschaftsschule Bernau 1947–1990. Zeitzeugen erzählen», 90 Min. – 2.500 Euro
- a+r film/Siegfried Ressel: Postproduktion Dokumentarfilm «Der Mensch ist ein schöner Gedanke. Volkhard Knigge und Buchenwald» – 1.000 Euro
- Nihat Kentel/AKEBI e. V.: Vortragsveranstaltungen «Ist zwischen Kurden und Armeniern eine Versöhnung möglich?» und «Die vielseitige Kulturalität zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Türkei», Februar/April 2017 in Berlin – 1.000 Euro

Thematisch weitgefächert war die Unterstützung von Publikationen, hier eine Auswahl:

- Christin Jänicke/Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung, Westfälisches Dampfboot, Münster 2017 – 1.500 Euro
- Keeanga-Yamahatta Taylor: Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation, Unrast Verlag, Münster 2017 – 1.000 Euro
- Rudolf Grüttner: Zeitenwende/Wendezeiten, Oranienburg 2017 – 2.000 Euro
- iz3w/Aktion Dritte Welt e. V. (Hrsg.): Tourismus und Migration, iz3w 361, Freiburg 2017 – 750 Euro
- Mathias Fiedler/Fabian Georgi/Lee Hielscher/Philipp Ratfisch/Lisa Riedne/Veit Schwab/Simon Sontowski (Hrsg.): Umkämpfte Bewegungen nach und durch Europa, Movements – Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, Jg. 3, Heft 1/2017 – 750 Euro
- Thomas Kopp (Hrsg.): Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert, Oekom Verlag, München 2017 – 1.000 Euro
- Buko-Pharma-Kampagne, Gesundheit und Dritte Welt e. V. (Hrsg.): Weniger Medikamente – bessere Versorgung? – 40 Jahre Liste unentbehrlicher Arzneimittel der WHO, Bielefeld 2017 – 1.000 Euro

Digitale Projekte:

- about:change e.V.: Politische Informations- und Bildungsarbeit «Eye on Syria», www.adoptrevolution.org/en/ – 1.000 Euro
- Solidaritätsdienst International e. V. (SODI): Multimediales Bildungsprojekt zu globalgeschichtlichen Aspekten

von Ernährung «Was der Bauer nicht kennt», www.sodi.de/projekte/deutschland/history_of_food/ – 1.000 Euro

Fortgesetzt wurden langjährige Kooperationen, wie zum Beispiel mit der Bundeskoordination Internationalismus, der Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen, dem VVN-BdA und KAIROS Europa. Darüber hinaus konnten neue, für die Arbeit der Stiftung ertragreiche Kontakte geknüpft und junge Akteure politischer Bildungsarbeit unterstützt werden. Wo sich die Möglichkeit unmittelbarer Zusammenarbeit vor Ort bot, wurden bewilligte Fördermittel an die Landesstiftungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung weitergeleitet. Diese 26 Projekte wurden mit insgesamt 23.690 Euro gefördert. Darunter:

- Projektgruppe «EnterHistory!»: Website und App «Remembering – Jüdische Lebenserinnerungen. Ein Netzwerk zur Stadtgeschichte Leipzigs», <http://remembering-leipzig.de/interaktiv> – 1.000 Euro
- Arbeitskreis Panafrikanismus München e. V.: «6. Panafrikanismus Kongress», September 2017 in München – 1.000 Euro
- Leonhard F. Seidl/Ulrike Eifler: «Fronten». Eine Lesereise mit Leonhard F. Seidl, August/September 2017 in Hessen – 1.000 Euro
- Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e. V. (BRSD e. V.): Sommerseminar «Revolution in der Reformation», August 2017 in Hannover – 1.000 Euro
- Nandu Trägerverein e. V.: «Standing with Standing Rock – Globaler Widerstand gegen fossile Infrastrukturen», Juni 2017 in Köln – 950 Euro
- W.I.R. – Werdauer Initiative gegen Rassismus: «Stimmen aus dem Off – Geschichten unserer Nachbar_innen», Werdau/Sachsen – 1.000 Euro
- Medizinische Flüchtlingshilfe Bochum e. V.: «Voices of Yarmouk – eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Krieg in Syrien», Januar 2017 in Bochum – 990 Euro
- Kulturförderung im ländlichen Raum e. V.: «Jugendclubtour in Sachsen», Februar bis April 2017 in verschiedenen Jugendclubs in Sachsen – 1.000 Euro
- Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e. V.: Kreative Biografiewerkstatt «Begegnung zwischen NS-Überlebenden und Schülerinnen und Schülern», September bis Dezember 2017 in Bergheim/Köln – 1.000 Euro

.....
 Mit ihrer Projektförderung präsentiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung das breite Spektrum linker Themen in der politischen Öffentlichkeit. Die geförderten Vorhaben komplettieren das Stiftungsangebot politischer Bildung thematisch, regional und zielgruppenspezifisch.



«The Kids Want Communism» bildete den Abschluss einer Ausstellungsserie zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution von 1917 und war vom 8. September bis zum 12. November 2017 im Künstlerhaus Bethanien in Berlin-Kreuzberg zu sehen. Kuratiert von Joshua Simon von MoBY (Museums of Bat Yam in Israel), regte die Ausstellung nicht nur dazu an, über Form und Folgen des real existierenden Sozialismus im 20. Jahrhundert nachzudenken, sondern lud auch dazu ein, sich Gedanken darüber zu machen, was beinahe passiert wäre, was nicht passiert ist, was hätte passieren können oder sollen und was noch immer passieren könnte.



POP-ART
NEUER
REALISMUS
CONZEPT-
ART
LANDART
OP-ART
etc.

LÖHNRAB - ARBEITSMETZ
VEVERUNG - POLITISCHE
URTERDRÜCKUNG
KAMPF
GEWALT

STEHST DU MIT DEINER KUNST, KULT







NIR
HOTEL









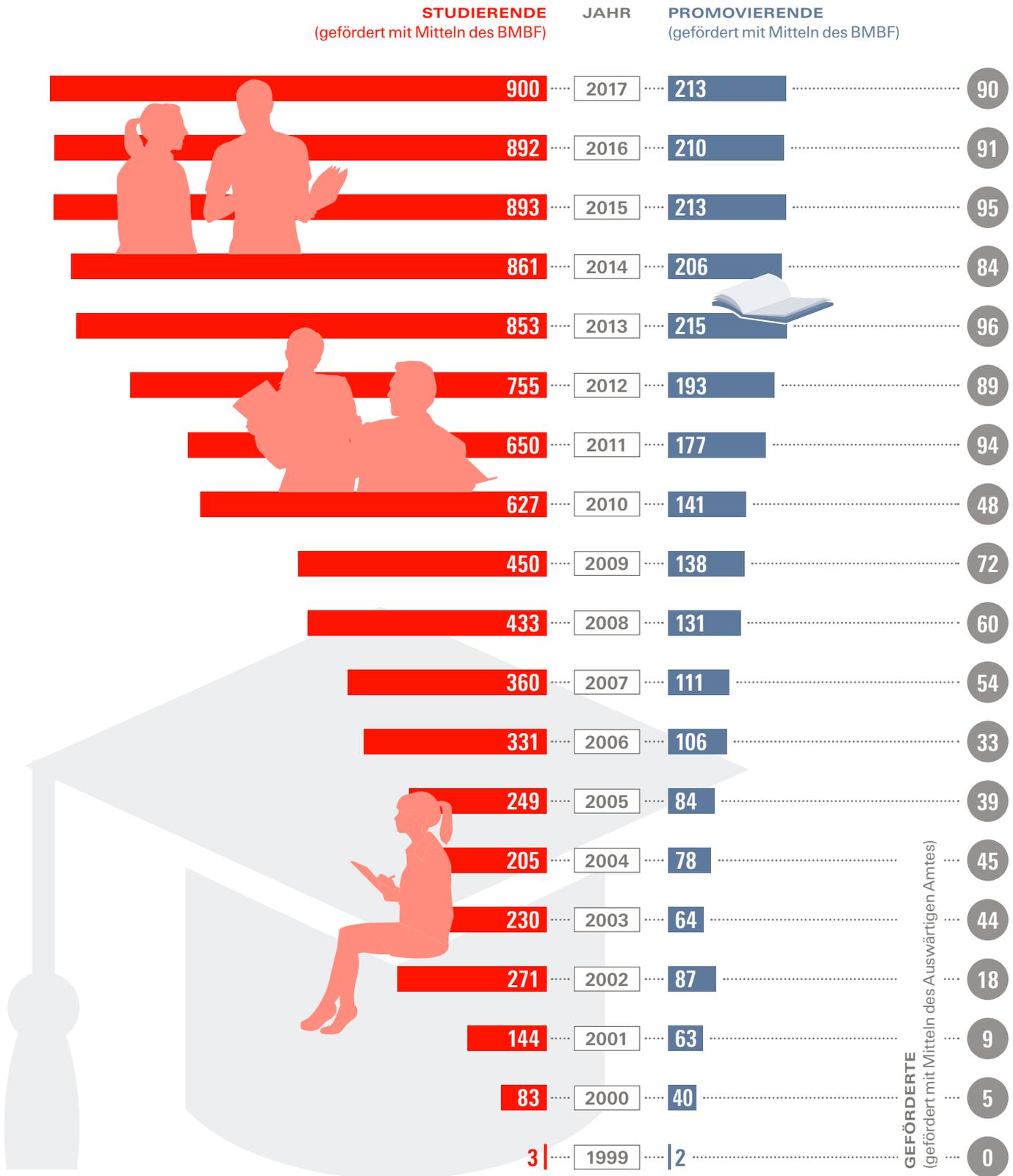
DAS STUDIENWERK

Junge linke Menschen zu fördern, die sich für emanzipatorische Prozesse in der Stadt und auf dem Land einsetzen, ist die Aufgabe des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir wollen nicht nur die finanzielle Absicherung für Studium oder Promotion leisten, sondern Räume für politische Bildung und Stärkung der Selbstbefähigung der Studierenden und Promovierenden aus dem In- und Ausland öffnen. In diesem Sinne haben wir im Jahr 2017 mehr als 1.200 Stipendiatinnen und Stipendiaten materiell und mittels politischer Bildung gefördert. Neben der Unterstützung des linkspolitischen Engagements in der Gesellschaft verfolgen wir überdies das Ziel, strukturelle Benachteiligungen im akademischen Bereich auszugleichen: Rund 54 Prozent unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten haben einen nichtakademischen Hintergrund und etwa 45 Prozent einen sogenannten Migrationshintergrund. Konkret umfasst die Förderungs-, Bildungs- und Vernetzungsarbeit des Studienwerks unterschiedlichste Formate. Dazu gehören vor allem Doktorandenseminare, Empowermentworkshops, Regionaltreffen in den Bundesländern sowie Exkursionen. Kennzeichnend ist dabei, dass die meisten Veranstaltungen von und durch die Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst gestaltet werden. Beispielhaft sei hier die Ferienakademie genannt, auf der eine Woche lang nicht nur Kurzworkshops und längere systematische Zwei-Tages-Workshops angeboten werden, sondern auch kulturelle Beiträge und politische Diskussionen zu aktuellen Themen zum Programm gehören. Die Organisation der Ferienakademie übernimmt eine Gruppe Stipendiatinnen und Stipendiaten in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Studienwerks.

Zudem wirken die Stipendiatinnen und Stipendiaten an unterschiedlichen Stellen in der Stiftung mit: sei es mit Beiträgen zu den inhaltlich arbeitenden Gesprächskreisen, mit Publikationen, etwa in der Zeitschrift *LuXemburg*, oder als Referentinnen und Referenten bei Tagungen. Großer Wert wird auf die stipendiatische Selbstverwaltung und die demokratische Beteiligung gelegt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten wählen einen Sprecherrat, der die stipendiatischen Interessen gegenüber dem Studienwerk und der gesamten Stiftung vertritt, und sind Mitglieder in den Auswahlausschüssen.

Unsere Arbeit – sowohl die Stipendiatenauswahl als auch deren Begleitung – wäre ohne die Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Vertrauensdozentinnen und -dozenten nicht möglich. Sie tragen dazu bei, dass sich über die Jahre hinweg ein linkes Netzwerk an den Hochschulen und im öffentlichen Raum entwickelt hat, für das die Stiftung ein wichtiger Bezugspunkt ist. Mit der namentlichen Nennung von mehr als 170 Vertrauensdozentinnen und -dozenten hier im Jahresbericht möchten wir uns bei ihnen für ihr unverzichtbares Engagement bedanken.

ENTWICKLUNG BEI DEN GEFÖRDERTEN





Katalin Gennburg kämpft für eine visionäre Stadtpolitik.

«DIE STADT DEN MENSCHEN ZURÜCKGEBEN»

INTERVIEW MIT KATALIN GENNBURG – EHEMALIGE STIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND AKTUELL MITGLIED DER LINKSFRAKTION IM BERLINER ABGEORDNETENHAUS

Wie bist du zur Politik gekommen?

Gennburg: Ich bin in einer politischen Familie aufgewachsen. Meine Mutter hat 1989 das SED-Establishment mit abgelöst und sich dann am Aufbau der PDS beteiligt. Als 2001 der Irakkrieg begann, bin ich mit meinen Mitschülerinnen zu den Demos nach Berlin gefahren, und als uns die Schule dafür schriftliche Verweise erteilte, habe ich beschlossen, mich politisch zu engagieren.

In Falkensee gab es eine Gruppe der Linksjugend Solid, in die ich eingetreten bin. Fortan habe ich Partys und Politik organisiert. Als 18-Jährige habe ich für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert und wurde jüngste Stadtverordnete für die PDS in der wachsenden Gemeinde im Speckgürtel Berlins, während ich zeitgleich mein Abitur machte. Eigentlich wollte ich moderne Kunst oder Modedesign studieren. Heute bin ich Mitglied des Parteivorstands und Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik der LINKEN.

Du hast Philosophie und Urbanistik studiert – was interessiert dich an Stadtentwicklung und Wohnungspolitik?

Gennburg: Seit 16 Jahren befasse ich mich mit Stadtentwicklung. Ich bin zu dem Thema gekommen, weil ich den Exodus

einer DDR-Industriestadt nach 1990 erlebt habe: Familien aus der Nachbarschaft zogen in den Westen, faktisch alle wurden arbeitslos und die Tristesse legte sich über unsere Leben. Was man heute «schrumpfende Regionen» nennt, habe ich damals Tag für Tag erlebt.

Die Städte, in denen wir leben, sind ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich im Raum materialisieren. Die Lage der arbeitenden Klasse, wie sie Engels im 19. Jahrhundert beschrieben hat, fand ihren Ausdruck in den Industriestädten jener Zeit, und auch damals waren es die Verhältnisse am Immobilien- und Wohnungsmarkt, die – wie in der kapitalistischen Stadt von heute – maßgeblich darüber entschieden haben, wie Menschen an Stadt teilhaben. Wie uns «Land genommen» wird, wie also die praktische Ausformung des Luxemburg'schen Begriffs der kapitalistischen Landnahme aussieht, das bewegt mich im Nachdenken über städtische Wandlungsprozesse.

Städte sollten Orte des sozialen Miteinanders sein. Deshalb brauchen wir linke Grundsätze in der Stadtentwicklungspolitik und im Städtebau. Es geht darum, Stadtproduktion in ihrer Vielfalt zu verstehen: Es sind die Menschen, die in einer Stadt leben, die diese tagtäglich neu produzieren. Daraus ergibt sich ihr Recht auf Teilhabe, unser Recht auf Stadt.

Seit 2016 bist du Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin und unter anderem im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wohnen tätig. Was möchtest du auf diesem Feld für Berlin erreichen?

Gennburg: Wir haben als LINKE ein Regierungsbündnis «auf Augenhöhe» mit den Grünen und der SPD geschlossen und erklärt, die Stadt den Menschen zurückzugeben. Das ist angesichts von drei Jahrzehnten Ausverkauf des Städtischen und Abbau öffentlicher Dienstleistungen – also von all dem, was man Neoliberalisierung und urbane Austeritätspolitik nennt – sehr ambitioniert.

Dem Investitionshunger auf städtische Ressourcen müssen wir die ganze Härte kommunaler Handlungsmacht entgegenstellen. Die Frage, wie starke politische Lenkung mit emanzipativer Politik vereinbar ist, treibt mich um. Die Widersprüche, in denen wir politische Entscheidungen treffen müssen, sind mitunter gigantisch. Das Geldverdienen steht so oft gegen das Überleben vieler. Diese Härten zu entschärfen, darum geht es mir. Gleichzeitig visionäre Politik in der wachsenden Stadt im Zeitalter der Digitalisierung zu machen, das ist die hohe Kunst. Ich streite für eine soziale Bodenpolitik und strategische Stadtentwicklung – gemeinsam mit den Menschen – und dafür, die Freiräume für die Bedürfnisse in Zukunft heute schon mit zu planen. Zum Beispiel: zurück zur Stadt der kurzen Wege im digitalen Zeitalter, in einer Stadt der Vielfalt, die auch die Stadt der Volksentscheide ist. Räume zur Diskussion und für kollektive Aushandlungsprozesse braucht es ebenso wie Räume zum Abschalten und zur Neuerfindung. Wir müssen die Repolitisierung des Öffentlichen vorantreiben und (Stadt-)Räume der Verwertung abtrotzen.



Wohnungsbauvereine und -genossenschaften prägten schon immer den Hamburger Stadtteil Barmbek-Süd. Auch im Wohnungsneubau sind sie aktiv.

SOZIALE WOHNUNGSVERSORGUNG IN DER UNTERNEHMERISCHEN STADT?

DER STIFTUNGSSTIPENDIAT JOSCHA METZGER UNTERSUCHT IN SEINER PROMOTION DIE VERÄNDERTE ROLLE VON GENOSSENSCHAFTEN IM KONTEXT DER AKTUELLEN RÜCKKEHR DER WOHNUNGSFRAGE

In deutschen Groß- und Universitätsstädten können sich immer weniger Menschen am Markt angemessen mit Wohnraum versorgen und für immer mehr Menschen gehen Mieterhöhungen mit existenziellen Krisen einher. Zwar wird die neue Wohnungsnot in Städten wie Berlin, München, Hamburg oder Frankfurt am Main inzwischen als Problem wahrgenommen, die Wirkung konkreter politischer Maßnahmen ist jedoch häufig sehr begrenzt. Dies verweist auf strukturelle Probleme: Neoliberale Weichenstellungen seit den 1980er Jahren haben die politische Landschaft und die Marktverhältnisse tief greifend verändert. Urbane Austeritätspolitiken, der Städtewettbewerb, die Abhängigkeit vom Immobilienkapital, der Fokus auf einkommensstarke Bevölkerungsgruppen und die ungebrochene Marktgläubigkeit setzen einer neuen sozialen Wohnungspolitik enge Grenzen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welchen Akteuren bei der sozialen Wohnungsversorgung eine progressive Rolle zukommen könnte. In der öffentlichen Debatte wird immer wieder das diesbezügliche Potenzial großer Wohnungsgenossenschaften hervorgehoben: In Hamburg zum Beispiel halten Genossenschaften mit rund 130.000 Wohnungen einen Anteil von annähernd 20 Prozent am Mietwohnungsbestand, ihre Wohnungen sind

im Durchschnitt deutlich günstiger als die privater Vermieter. Während Genossenschaften im Rahmen fordristischer Wohnungsbaupolitik an der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit Wohnraum interessiert waren, hat sich ihre Geschäftspolitik infolge der wohnungspolitischen Liberalisierungen jedoch verändert. Als selbstständige Unternehmen orientieren auch sie sich heutzutage an den faktischen Preissteigerungen, sodass auch das Angebot von Genossenschaften zunehmend auf eine (im umfassenden Sinne) kapitalstarke Bewohnerschaft ausgerichtet ist. In einem dynamischen Wohnungsumfeld kommt es von daher auch im und um den genossenschaftlichen Wohnungsbestand zu Konflikten. Joscha Metzger rekonstruiert in seiner aktuellen Forschungsarbeit die Zwänge, Widersprüchlichkeiten und Potenziale großer Wohnungsgenossenschaften in Hamburg. Aufgrund ihrer speziellen Unternehmensstruktur stellen sie ein vielschichtiges Forschungsfeld dar: Als Unternehmen ringen sie im lokalen Staat um Einfluss und Entfaltungsmöglichkeiten. Da ihre Mitglieder – zumindest formal – Miteigentümer des jeweiligen Unternehmens sind, finden auch innerhalb der Genossenschaften Aushandlungsprozesse um die Gewichtung von Gebrauchs- und Tauschwert der Wohnungen statt. Diese Kämpfe auf verschiedenen Maßstabsebenen erlauben Einblicke in den lokalen Stand der Kräfteverhältnisse im Feld der sozialen Wohnungsversorgung. Vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung von Wohnungsgenossenschaften richtet sich Metzgers Interesse auch darauf, Spielräume und Grenzen praktischer Alternativen im Rahmen kapitalistischer Vergesellschaftung am Beispiel dieses Akteurs konkret auszuloten.

- Dr. Werner Abel**
Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ravi Ahuja**
GAU Göttingen, Moderne indische Geschichte
- Prof. Dr. Jörg Arnold**
MPI Freiburg, Strafrecht
- Dr. Felix Axster**
TU Berlin, Mittlere und Neuere Geschichte
- Dr. Dario Azzellini**
Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Kurt Bader**
Uni Lüneburg, Psychologie
- Dr. Nils Baratella**
Uni Oldenburg, Philosophie
- Prof. Dr. Klaus Bastian**
HTWK Leipzig, Mathematik
- Prof. Dr. Helga Baumgarten**
Uni Bir Zeit, Palästina, Politikwissenschaft
- Dr. Gisela Baumgratz**
HS Fulda, Intercultural Education
- PD Dr. Johannes M. Becker**
Uni Marburg, Friedens- und Konfliktforschung
- Prof. Dr. Julia Becker**
Uni Osnabrück, Psychologie
- Prof. Dr. Lale Behzadi**
Uni Bamberg, Arabistik
- Prof. Dr. Bernd Belina**
Uni Frankfurt a. M., Humangeographie
- Dr. habil. Sebastian Berg**
Uni Bochum, Anglistik
- Dr. Elisabeth Berner**
Uni Potsdam, Sprachwissenschaft
- Prof. Dr. Rita Bernhardt**
Uni Saarbrücken, Biologie
- Dr. phil. Peter Bescherer**
Uni Tübingen, Soziologie
- Henning Best**
Soziologie
- Dr. Margrid Bircken**
Literaturwissenschaft
- Dr. Peter Birke**
GAU Göttingen, Soziologie
- Prof. Dr. Manuela Bojadzijev**
Uni Lüneburg, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Dieter Boris**
Uni Marburg, Soziologie
- Prof. Dr. Ulrich Brand**
Uni Wien, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Thomas Bremer**
Uni Halle, Kulturwissenschaft
- Prof. Dr. Micha Brumlik**
HU Berlin, Erziehungswissenschaft
- Prof. Dr. Hauke Brunkhorst**
Uni Flensburg, Soziologie
- Prof. Dr. Christian Brütt**
HS Darmstadt, Soziale Arbeit
- Prof. Dr. Michael Buckmiller**
Uni Hannover, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolf-D. Bukow**
Uni Köln, Sozialwissenschaft
- Dr. Zülfukar Cetin**
Uni Basel, Soziologie
- Dr. Georgia Christinidis**
Uni Rostock, Kulturwissenschaft
- Dr. Antonia Davidovic-Walther**
Kulturanthropologie
- Prof. Dr. Alex Demirović**
Sozialwissenschaft
- Christian Dietrich**
EUV Frankfurt (Oder), Neuere und Neueste Geschichte
- Dr. Ina Dietzsch**
TU Chemnitz, Ethnologie
- Dr. Thede Eckart**
Uni Marburg, Psychologie
- Dr. Andreas Eis**
Uni Kassel, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Esra Erdem**
ASH Berlin, Sozialwissenschaft
- Jun.-Prof. Karim Fereidooni**
Uni Bochum, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde
- Prof. Dr. Andreas Fisahn**
Uni Bielefeld, Rechtswissenschaft
- Prof. (i. R.) Dr. Peter Fleissner**
TU Wien, Informatik
- Dr. Fabian Frenzel**
Uni Leicester, Sozialwissenschaft
- Dr. Jens Gaitzsch**
Uni Basel, Chemie
- Dr. Udo Gerheim**
Uni Oldenburg, Soziologie
- Dr. Stefanie Graefe**
FSU Jena, Soziologie
- Prof. Dr. Andreas Griewank**
HU Berlin, Mathematik
- Prof. Dr. Melanie Groß**
FH Kiel, Sozialwissenschaft
- Dr. Ayla Güler Saied**
Uni Köln, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Encarnacion Gutierrez Rodriguez**
JLU Gießen, Sozialwissenschaft
- Dr. Noa Ha**
TU Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde
- Prof. Dr. Felix Hanschmann**
HU Berlin, Öffentliches Recht
- Prof. Dr. Johann Hartle**
HFG Karlsruhe, Philosophie
- Prof. Dr. Susanne Heeg**
Uni Frankfurt a. M., Geowissenschaft
- Dr. Stefan Heinz**
FU Berlin, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Arne Heise**
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft
- Prof. Dr. Annette Henninger**
Uni Marburg, Politikwissenschaft
- Dr. Jutta Hergenhan**
JLU Gießen, Politikwissenschaft
- Dr. Cordelia Heß**
Uni Greifswald, Geschichte
- Dr. Andreas Heyer**
TU Braunschweig, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Uwe Hirschfeld**
EHS Dresden, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Rainer Hoffmann**
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Wolfgang Hofkirchner**
TU Wien, Informatik
- Dr. Christian Horn**
CAU Kiel, Geschichte
- Jun.-Prof. Dr. Martin Horsch**
TU Kaiserslautern, Informatik
- PD Dr. Anne Maximiliane Jäger-Gogoll**
Uni Marburg, Literaturwissenschaft
- Dr. phil. Carsten Jakobi**
JGU Mainz, Literaturwissenschaft
- Prof. Dr. Dirk Jörke**
TU Darmstadt, Politikwissenschaft
- Prof. Dr. Ingrid Jungwirth**
HSRW Kleve, Sozialwissenschaft
- Jun.-Prof. Dr. Olaf Kaltmeier**
Uni Bielefeld, Sozialwissenschaft
- Prof. Dr. Juliane Karakayali**
Ev. HS Berlin, Sozialwissenschaft
- Dr. Serhat Karakayali**
HU Berlin, Sozialwissenschaft
- Ismail Karatepe**
Uni Kassel, Gesellschaftswissenschaften
- apl. Prof. Dr. Mario Keßler**
Geschichte

Prof. Dr. Klaus Peter Kisker
FU Berlin, Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. habil. Raimund Krämer
Uni Potsdam, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

Prof. Dr.-Ing. Jürgen Krause
FH Nordhausen, Automatisierungstechnik

Prof. Dr. Franz Krönig
TU Köln, Erziehungswissenschaft

Prof. em. Dr. Ingrid Kurz-Scherf
Gender Studies

Prof. Dr. Friederike Kuster
Uni Wuppertal, Philosophie

Prof. Dr. Kirsten Lehmkühl
TU Berlin, Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Thomas Lemke
Uni Frankfurt a.M., Soziologie

Prof. Dr. Stephan Lessenich
LMU München, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Manfred Liebel
FH Potsdam, Soziologie

Prof. Dr. Volker Lüderitz
FH Magdeburg, Agrarwissenschaft

Dr. Carmen Ludwig
JLU Gießen, Sozialwissenschaft

Dr. Jens Maeße
JLU Gießen, Sozialwissenschaft

Dr. Stefania Maffei
FU Berlin, Philosophie

Prof. Dr. Wolfgang Maiers
FH Magdeburg, Psychologie

Univ.-Prof. Dr. Angela Martini
Kulturwissenschaft

Priv.-Doz. Dr. Reiner Marx
Literaturwissenschaft

Prof. Dr. Nicole Mayer-Ahuja
GAU Göttingen, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Konrad Meisig
JGU Mainz, Indologie

Dr. phil. Jana Mikota
Uni Siegen, Germanistik

Prof. Dr. John P. Neelsen
Uni Tübingen, Sozialwissenschaft

Dr. Dieter Nelles
Uni Bonn, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Karoline Noack
Uni Bonn, Sprach- und Kulturraumwissenschaften

Prof. Dr. Frank Nonnenmacher
Politikwissenschaft

Dr. Salvador Oberhaus
Geschichte

Prof. Michaela Ott
HFBK Hamburg, Ästhetische Theorien

Dr. phil. Marc Partetzke
Uni Bremen, Politikwissenschaft

Dr. Stefan Paulus
FHS St. Gallen, Soziologie

Prof. Dr. Martin Pinquart
Uni Marburg, Psychologie

Prof. Dr. Jan Pinseler
FH Magdeburg, Kommunikationswissenschaft

Dr. rer. pol. Andrea Plöger
ASH Berlin, Entwicklungspolitik

Dr. phil. Heike Raab
Uni Tübingen, Sozialwissenschaft

Dr. Matthias Rätzer
TU Chemnitz, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Brigitte Rauschenbach
FU Berlin, Politikwissenschaft

Dr. Jan Rehmann
Uni New York, Philosophie

Dr. Katrin Reimer
FH Magdeburg, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Ursula Reitemeyer
Uni Münster, Erziehungswissenschaft

Prof. Dr. Tilman Reitz
FSU Jena, Philosophie

Prof. Dr. Steffi Richter
Uni Leipzig, Kulturwissenschaft

Dr. Dominik Rigoll
Geschichte

Prof. Dr. Boris Röhr
Rhein-Main HS, Kunstgeschichte

Prof. Dr. Eckhard Rohmann
Uni Marburg, Erziehungswissenschaft

Prof. apl. Dr. Karla Rost
TU Chemnitz, Mathematik

Prof. (i.R.) Dr. Werner Ruf
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Oliver Rump
HTW Berlin, Museologie

Prof. Dr. Ulrich Ruschig
Uni Oldenburg, Philosophie

Dr. phil. Reyhan Sahin
Uni Hamburg, Allgemeine und vergleichende Sprachwissenschaft

Prof. Dr. David Salomon
Uni Hildesheim, Politikwissenschaft

Dr. Martin Sauber
Uni Hamburg, Wirtschaftswissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar
Uni Wien, Politikwissenschaft

Prof. Dr. Barbara Schäuble
ASH Berlin, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Renatus Schenkel
FH Magdeburg, Journalistik

Prof. Tilman Schiel
Uni Passau, Südostasienwissenschaft

Dr. Anja Schmidt
Rechtswissenschaft

Prof. Dr. Jörg Schmidt
HS Anhalt, Wirtschaftswissenschaft

Prof. Dr. Reimund Schmidt-De Caluwe
Uni Halle, Rechtswissenschaft

Dr. Imke Schmincke
LMU München, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Lars Schmitt
HS Düsseldorf, Sozialwissenschaft

Dr. habil. Rainer Schnoor
Geschichte

Prof. Dr. Volker Schöppner
Uni Paderborn, Allgemeine Ingenieurwissenschaft

Dr. phil. Jörg Schröder
Uni Rostock, Sportwissenschaft

Dr. Frank Schubert
Uni Potsdam, Medienwissenschaft

Dipl. phil. Klaus-Dieter Schubert
Uni Halle, Verkehrswesen

Prof. Dr. Erika Schulze
FH Bielefeld, Sozialwissenschaft

Dr. Christian Seipel
Uni Hildesheim, Sozialwissenschaft

Alexander Silbersdorff
GAU Göttingen, Statistik

Prof. Dr. Hans-Dieter Sill
Uni Rostock, Mathematik

Dr. Robert Sommer
Geschichts- u. Kulturwissenschaften

Prof. Dr. Ruth Sonderegger
ABK Wien, Philosophie

Prof. Dr. Susanne Spindler
HS Düsseldorf, Soziologie

Dr. Chris Tedjasukmana
FU Berlin, Filmwissenschaft

Andreas Teubner
FH Zwickau, Rechtswissenschaft

Dr. Angelika Timm
Politikwissenschaft

Prof. Dr. Patrizia Tolle
FH Frankfurt a. M., Pflege- und Gesundheitswissenschaft

Dr. Ben Trott
Uni Lüneburg, Philosophie

Dr. Vassilis Tsianos
Uni Hamburg, Philosophie

Dr. Pinar Tuzcu
Uni Kassel, Soziologie

Dr. Peter Ullrich
TU Berlin, Sozialwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Roland Verwiebe
Uni Wien, Soziologie

Prof. Dr. Fabian Virchow
HS Düsseldorf, Soziologie

Jun.-Prof. Dr. Friedemann Vogel
Uni Siegen, Linguistik

Prof. Dr. Hans Walz
HS Weingarten, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weber
FH München, Psychologie

Prof. Dr. Martina Weber
HS Emden/Leer, Gender Studies

Prof. Dr. Barbara Wedler
FH Mittweida, Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Klaus Weinbauer
Uni Bielefeld, Geschichte

PD Dr. Wolfgang Weiß
Uni Greifswald, Geografie

Dr. Christa Wichterich
Soziologie

Maria Katharina Wiedlack
Uni Wien, Gender Studies

Prof. Dr. Hanns Wienold
Sozialwissenschaft

Prof. Dr. Kathrin Wildner
HCU Hamburg, Wirtschaftsgeographie

Prof. Dr. Werner Winzerling
HS Fulda, Informatik

Prof. Dr. Markus Wissen
HWR Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

Dr. rer. nat. Markus Wöhr
Uni Marburg, Psychologie

Dr. Safiye Yildiz
Uni Tübingen, Entwicklungspolitik

PD Dr. Aram Ziai
Uni Kassel, Sozialwissenschaft

Dr. Birgit zur Nieden
HU Berlin, Sozialwissenschaft/
Sozialkunde

POLITISCHE KOMMUNIKATION

Die Außenwirkung der Stiftung bestimmen maßgeblich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Politische Kommunikation. Sie setzen das breite Spektrum an Veranstaltungen und Veröffentlichungen in Szene. Im Jahr 2017 wurden zum ersten Mal für jeden Monat inhaltliche Schwerpunkte für die Öffentlichkeitsarbeit festgelegt und in Rückkoppelung mit den von Vorstand und Leitung definierten Schwerpunktthemen der Stiftung ab September 2017 auf der neu gestalteten Website präsentiert. So wird versucht, stärkere Bezüge zwischen der Publikationstätigkeit, Pressearbeit und Veranstaltungsplanung herzustellen und diese sichtbarer zu machen. Ein neuer Ansatz ist die Erstellung von Themendossiers, die eine Auswahl an Publikationen, Grafiken, Interviews und Veranstaltungsankündigungen umfassen und durch Videointerviews mit entsprechenden Fachkolleginnen und -kollegen ergänzt werden. 2017 waren die Themen dieser Dossiers Pflege, Oktoberrevolution, Mieten und Klima. Diese wurden eng mit den entsprechenden Gremien und inhaltlich Zuständigen in der Stiftung abgestimmt. Damit trägt der Bereich «PolKomm» auch zur Entwicklung der Planungsprozesse der Stiftung bei.

Zudem obliegt dem Bereich die Entwicklung von internen Kommunikationsregeln und externen Kommunikationsstrategien. Hierzu zählen der Einsatz von verschiedenen Werbemitteln und die Weiterentwicklung einer modernen Bildsprache. Das Publikationsreferat initiierte und koordinierte im Berichtsjahr über 100 Publikationen und verantwortet die Weiterentwicklung und Gestaltung der zentralen Publikationsreihen wie «luxemburg argumente», «Materialien» und «Analysen». Die Online-Redaktion ist verantwortlich für die Pflege der Website der Bundesstiftung und weiterer Blogs sowie für die Darstellung der Stiftung in den sozialen Medien, denen eine immer größere Bedeutung bei der Kommunikation zukommt. Dort wird auch die Versendung von Informationen und der Newsletter organisiert. 2017 wurde zudem eine App fertiggestellt, die an den Aktivitäten der Stiftung Interessierten den Zugang zu allen Neuigkeiten ermöglicht, ohne auf soziale Netzwerke wie Facebook zurückgreifen zu müssen. Die wachsende Bedeutung des Internets als Ort politischer Bildung und Debatte erzeugt auch ein steigendes Interesse an Videodokumentationen sowie Erklär- und Animationsfilmen. Ende 2017 wurden zwei Stellen für die Weiterentwicklung und Pflege der englischsprachigen Website ausgeschrieben. Das Referat Veranstaltungsmanagement gewährleistet den reibungslosen Ablauf der immensen Zahl an Veranstaltungen und Besprechungen und ist eingebunden in viele Konferenzen und andere Großereignisse, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung angeboten werden. Im Leitungsreferat wird die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit koordiniert und es werden Leitlinien für die Weiterentwicklung des Bereichs erarbeitet.

DIE SOCIAL-MEDIA-ARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Kontroversen um die Nutzung und die Funktionsweise von sozialen Medien, insbesondere Facebook, haben im vergangenen Jahr an Vehemenz gewonnen. Nutzer melden sich als Folge diverser «Datenskandale» mit teilweise großem Tamtam ab und werben für einen massenhaften #Facebookexit. Darüber hinaus wird immer wieder von einer zunehmenden «Vergreisung» der Facebook-Gemeinde gesprochen. Ungeachtet dessen ist Facebook weiterhin die größte Social-Media-Plattform. Aktuell wird sie in Deutschland monatlich von rund 31 Millionen Menschen aktiv genutzt. Auch wenn der Anteil der Jüngeren (14- bis 19-Jährige) zwischen 2011 und 2017 von 85 auf 61 Prozent gefallen ist, wächst die Plattform weiter. Damit bleibt Facebook für relevante Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit einer der wichtigsten Zugangswege zu Informationen, Veranstaltungen und Debatten. Und daran wird sich in absehbarer Zeit wohl auch nichts ändern, zumal der besonders beliebte Messengerdienst WhatsApp und die Plattform Instagram ebenfalls dem Social-Media-Riesen gehören.

Die Anzahl der Fans der Facebook-Hauptseite der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist im letzten Jahr um beachtliche 39 Prozent auf 57.272 gestiegen. Insgesamt haben wir im letzten Jahr 710 Beiträge veröffentlicht, die 15.242 Mal geteilt wurden, 50.208 Reaktionen erhalten haben und 2.420 Mal kommentiert wurden. Jeden Tag haben im Schnitt 881 Menschen mit unserer Seite interagiert. Die Anzahl unserer Twitter-Follower ist 2017 gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent auf 16.111 angewachsen. Die Anzahl der Abos unseres YouTube-Kanals ist mit einem Plus von 28 Prozent ähnlich stark auf 4.300 gestiegen. Da wir viele Punkte der Kritik an den großen Plattformen teilen, werden wir genau beobachten, ob neue Plattformen entstehen, die für die Verbreitung der Inhalte der Stiftung und den Austausch mit interessierten Personen und Gruppen besser geeignet sind. Um die Rolle von Facebook als «Vermittler» möglichst kleinzuhalten, setzen wir bereits jetzt auf vielfältige Informationskanäle und datenschutzfreundlichere Anbieter wie Diaspora sowie unseren Newsletter und Themenverteiler. Über eine Webmaske (<https://info.rosalux.de>) kann man sich für diese Verteiler eintragen oder, wenn man dort schon eingetragen ist, seine Einstellungen und Abonnements verwalten. Über diesen Account kann man sich neuerdings auch für Veranstaltungen anmelden. Eine weitere Neuigkeit und gute Nachricht für alle, die Facebook nicht nutzen: Über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben kann man jetzt auch mithilfe einer Smartphone-App (www.rosalux.de/news/id/38311). Im Jahr 2017 haben wir zudem damit begonnen, unsere internationale Öffentlichkeitsarbeit zu stärken und besser aufeinander abzustimmen. Diesem Zweck dient auch der weitere Ausbau unserer englischsprachigen Website und Social-Media-Arbeit. Hierbei werden wir in der Online-Redaktion inzwischen von einer neuen Kollegin, Aleksandra Kulesza, und einem neuen Kollegen, Loren Balhorn, unterstützt.

FACEBOOK

www.facebook.com/rosaluxstiftung/

TWITTER

twitter.com/rosaluxstiftung

GOOGLE+

plus.google.com/+RosaluxDe

DIASPORA

diasporafoundation.org/

YOUTUBE

www.youtube.com/user/rosaluxstiftung

Die «Topmeldungen» der Stiftung des Jahres 2017 auf Twitter





Seit Mitte März 2017 erscheint die Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung in neuem Gewand. Doch nicht nur die Optik hat sich verändert.

RELAUNCH DER WEBSITE

Seit Bestehen der Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet die Website www.rosalux.de einen Gesamtüberblick über deren Aktivitäten. Da wären etwa der Veranstaltungskalender mit einigen Tausend Events jährlich, eine Datenbank sämtlicher Veröffentlichungen der Stiftung sowie aktuelle Berichte, Analysen und Kommentare unserer Autorinnen und Autoren. Um ein solches Informationsangebot gut verwalten und präsentieren zu können, steht für die Online-Redaktion in regelmäßigen Zeitabständen ein Relaunch, also eine Generalüberholung der gesamten Website, auf dem Arbeitsplan.

Bevor im März 2017 auf die neue Website umgeschaltet werden konnte, waren mehr als ein Jahr Vorarbeiten geleistet worden. Die vorhandene Website wurde hinsichtlich ihrer Stärken und Schwächen analysiert und Änderungswünsche wurden systematisch erfasst. Neben den Erfahrungen der Online-Redaktion flossen in diesen Prozess auch Ergebnisse von Befragungen ein, die im gesamten Stiftungsverbund durchgeführt wurden. Angestellte und Ehrenamtliche hatten dabei verschiedene Rollen: als Produzierende von Webinhalten, als Redakteurinnen und Redakteure und selbstverständlich auch als Nutzerinnen und Nutzer, die sich auf der Website informieren.

Wichtigstes technisches Anliegen war die Integration der Veranstaltungs- und Adressverwaltung der Stiftung in das Web-Redaktionssystem. Hierdurch sollen die Erstellung des Veranstaltungskalenders, die Anmeldung und Teilnehmererfassung sowie die spätere Auswertung in einem einheitlichen Workflow ohne Doppeleingaben oder manuelle Datenübertragungen ermöglicht werden. Gleichzeitig ging es darum, die Abonnementfunktionen für thematische Infomailings, Newsletter und Publikationen, die zuvor über verschiedene getrennte Systeme abgewickelt wurden, zusammenzufassen. Die Verbesserung der seiteninternen Such- und Filterfunktionen war ein weiterer wichtiger Punkte auf der Wunschliste der Online-Redaktion.

Um die gestalterischen und inhaltlichen Zielsetzungen genauer zu bestimmen, wurden in diversen Workshops mit den Fachabteilungen typische Nutzungsszenarien erarbeitet. Ein Kernanliegen der Online-Redaktion war die Anpassung der Seitendesigns und Formate an neue mobile Lesegewohnheiten. Die Inhalte einer Website müssen nämlich auf ganz unterschiedlichen Ausgabegeräten wie Desktop-PCs, Tablets oder Handybildschirmen lesefreundlich darstellbar und navigierbar sein. «Responsive Design», bei dem die Website an die Bildschirmgröße angepasste Formatvorlagen ausliefert und die Inhalte dynamisch skaliert, ist hier das Stichwort.

Umgesetzt hat die neue Website die Web-Agentur *cosmo-blonde GmbH* aus Berlin, die schon vorher für die Stiftung tätig war. Sie hatte in der öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag für den Relaunch erhalten. Als Content-Management-System kam dabei die in der Stiftung seit langer Zeit verwendete Open-Source-Software *Typo3* zum Einsatz. Für diesen Projektteil stand etwa ein halbes Jahr zur Verfügung, in dem die Agentur das Design entwickelte und das neue System programmierte, während die Online-Redaktion der Stiftung sämtliche Seiteninhalte für die Migration in das neue System fit machen musste.

Der Relaunch der Website wurde Mitte März 2017 erfolgreich abgeschlossen. Seitdem werden die Inhalte der Stiftung in einem deutlich modernisierten Design auf einer Seite präsentiert, die inhaltliche Neuerungen wie stärkere redaktionelle Schwerpunktsetzungen etwa über aktuelle Themendossiers mit einer deutlich verbesserten Recherchefunktion für den großen Gesamtbestand an Informationen verbindet. Die Seite ist gut angenommen worden. Ein Jahr nach dem Relaunch wurde mit rund 220.000 Besuchen monatlich (bei etwa 930.000 aufgerufenen Seiten) ein neuer Nutzungsrekord aufgestellt. An einer Optimierung der Funktionalität und des Designs der Website wird natürlich auch weiterhin gearbeitet. Einem technischen Trend folgend, sollen die bisher periodischen Relaunches künftig durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess, einen sogenannten *Soft-Launch*, abgelöst werden.



**AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

**SCHRIFTENREIHEN
DER STIFTUNG**

Nadja Rakowitz
Gesundheit ist eine Ware
Mythen und Probleme des kommerzialisierten Gesundheitswesens
luxemburg argumente Nr. 6
(3., vollständig überarb. Auflage),
42 Seiten, ISSN 2193-5831

Kai Kuhnenn u. a.
Kein Wachstum ist auch (k)eine Lösung
Mythen und Behauptungen über
Wirtschaftswachstum und Degrowth
luxemburg argumente Nr. 14, 51 Seiten,
ISSN 2193-5831

Maximilian Fuhrmann, Martin Hünemann
**Fehlschlüsse der
Extremismusprävention**
Demokratieförderung auf
ideologischen Abwegen
Analysen Nr. 38, 30 Seiten,
ISSN 2194-2951

Vincent Gengnagel, Andreas Kallert
Staatsraison statt Aufklärung
Zur Notwendigkeit einer staatskritischen
Perspektive auf den NSU-Komplex
Analysen Nr. 39, 32 Seiten,
ISSN 2194-2951

Tobias Haas
Vom Mythos des «Klimaretters»
Die sozialökologischen Schattenseiten
des deutschen Kapitalismus
Analysen Nr. 40, 24 Seiten,
ISSN 2194-2951

Frank Pasquale
Der automatisierte öffentliche Raum
Verantwortung und Regulierung
der profitorientierten Informations-
vermittler
Analysen Nr. 42, 23 Seiten,
ISSN 2194-2951

Thomas Sablowski, Samuel Decker
**Die G20 und die Krise des globalen
Kapitalismus**
Studie 4/2017, 47 Seiten
ISSN 2194-2242

Claudia de Coster, Niklas Prenzel,
Nora Zirkelbach (Hrsg.)
Intersektionalität
Bildungsmaterialien Nr. 4, 63 Seiten,
ISSN 2513-1222

Horst Kahrs (Hrsg.)
Wahlenthaltung
Zwischen Abwendung, Verdrossenheit
und Desinteresse
Materialien Nr. 21, 51 Seiten,
ISSN 2199-7713

Bernd Hüttner, Christoph Jünke (Hrsg.)
Roter Oktober 1917
Beiträge zur Geschichte der Russischen
Revolution
Materialien Nr. 22, 68 Seiten,
ISSN 2199-7713

Juliane Lang
Haltung zeigen!
Gesprächsstrategien gegen rechts
Broschur, 67 Seiten,
ISSN 978-3-9818987-0-5

Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)
«Gender raus!». Zwölf Richtig-
stellungen zu Antifeminismus
und Gender-Kritik
Broschur, 28 Seiten,
ISSN 978-3-86928-164-3

Hannah Schurian
Das bisschen Pflege
Was falsch läuft und wie
es anders gehen könnte
Broschur, 51 Seiten,
ISSN 978-3-9818987-1-2

Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)
Zehn Jahre DIE LINKE
Beilage der Rosa-Luxemburg-Stiftung
zum Gründungsjubiläum der Partei
Zeitungsdruck, 11 Seiten

IM VSA: VERLAG

Michael Brie
Lenin neu denken
VSA:Verlag, 160 Seiten,
ISSN 978-3-89965-734-0

Etienne Schneider
**Raus aus dem Euro –
rein in die Abhängigkeit?**
Perspektiven und Grenzen
alternativer Wirtschaftspolitik
außerhalb des Euro
VSA:Verlag, 240 Seiten
ISSN 978-3-89965-749-4

**IM VERLAG
WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**

Mario Candeias, Alex Demirović (Hrsg.)
Europe – what’s left?
Die europäische Union zwischen
Zerfall, Autoritarismus und
demokratischer Erneuerung
Verlag Westfälisches Dampfboot,
343 Seiten, ISBN 978-3-89691-850-5

Axel Weipert, Salvador Oberhaus,
Detlef Nakath, Bernd Hüttner (Hrsg.)
«Maschine zur Brutalisierung der Welt»
Der Erste Weltkrieg – Deutungen
und Haltungen 1914 bis heute
Verlag Westfälisches Dampfboot,
363 Seiten, ISBN 978-3-89691-108-7

**IM KARL DIETZ VERLAG
BERLIN**

Rosa Luxemburg
Gesammelte Werke, Band 7/1 und 7/2
Hrsg. von Annelies Laschitzka und
Eckhard Müller
Karl Dietz Verlag Berlin, 1.246 Seiten,
ISBN 978-3-320-02332-4 bzw.
978-3-320-02333-1

Wladislaw Hedeler (Hrsg.)
**Die russische Linke zwischen
März und November 1917**
Karl Dietz Verlag Berlin, 336 Seiten,
ISBN 978-3-320-02329-4

.....
Alle Publikationen, mit Ausnahme der im Karl Dietz Verlag er-
schienenen, stehen als kostenlose Downloads zur Verfügung.
.....

BERICHTE AUS DER STIFTUNG

LUXEMBURG LESEN!

Es gibt nicht viele Schriften, die in den linken Bewegungen seit ihrer Erstveröffentlichung solche Wellen geschlagen haben wie Rosa Luxemburgs Manuskript «Zur russischen Revolution» von 1918. Für Lenin war die Kritik Luxemburgs am Kurs der Bolschewiki nach der Oktoberrevolution ihre schwächste Schrift. Für die Opposition in der DDR im Jahr 1989 hingegen brachte das berühmte Zitat «Freiheit ist auch immer Freiheit der Andersdenkenden» ihren Protest auf den Punkt. Und auch in den Folgejahren war Luxemburgs Konzept von Revolution und Sozialismus eine wichtige Leitschnur für die Umwandlung der SED in die PDS. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Jahr, in dem sich die Revolution in Russland zum 100. Mal jährt, Gründe genug, das Angebot zu machen, diesen Text gemeinsam zu lesen und über Luxemburgs Positionen zu diskutieren.

In einer Gruppe von 15 Personen nahmen wir dieses Unterfangen in Angriff und arbeiteten uns durch die vier Kapitel des unfertig gebliebenen Textes. Die Autorin macht es den Leserinnen und Lesern leicht und schwer zugleich: Einerseits ist der Text klar strukturiert, andererseits erschließt er sich nicht unmittelbar, weil er fest in den Auseinandersetzungen seiner Zeit verankert ist. Es ist eine der ersten Kritiken der Revolutionen in Russland in Marx'scher Tradition. Viele Ereignisse und Personen, auf die sich Luxemburg bezieht, sind außerhalb von Spezialistenkreisen heute kaum noch präsent. Die intensive Debatte unter den deutschen Linken in den Jahren 1917/18 zur Revolution in Russland, zur Politik der Bolschewiki und auch zur Verantwortung der deutschen Arbeiterbewegung für den Verlauf der Ereignisse in Russland wurde sowohl von der kommunistischen als auch von der sozialdemokratischen Strömung nach 1919 in das Vergessen gedrängt. Für beide Seiten passte die Ernsthaftigkeit der Debatte nicht in die neuen Feindbilder nach der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. So nahm das Erschließen des Kontexts der Schrift einen breiten Raum ein. Im Verlauf der Lektüre füllte sich die Projektwebsite (<http://luxemburg-lesen.blog.rosalux.de/>) mit weiterführenden Materialien. Darüber hinaus standen die Rosa-Luxemburg-Experten Holger Politt und Jörn Schütrumpf Rede und Antwort. Den Abschluss des Seminars bildete eine Diskussion zum Thema «Rosa Luxemburg und die DDR» mit dem DDR-Oppositionellen Klaus Wolfram: Er gehörte von 1989 bis 1993 als Gründungsmitglied dem Neuen Forum an und ist Mitbegründer des Verlags Basisdruck. Die Diskussion bestätigte, wie aktuell die Schrift 1989/90 war und es nach wie vor ist: So sind etwa die Bedeutung der Demokratie für Gesellschaftsveränderung oder das Verhältnis von Masse, Partei und Führung bis heute Probleme, bei deren Lösung die Lektüre von «Zur russischen Revolution» helfen kann.

500 JAHRE REFORMATION

Man sollte meinen, «500 Jahre Reformation» seien angesichts von wachsender Armut, Kriegen und Terror, Klimaveränderung und Umweltzerstörung Anlass genug, um grundsätzlich über Systemveränderungen nachzudenken.

Diese Chance wurde von offizieller Seite verspielt: Kirche und Politik nutzten das Jubiläum allein dazu, Luther – auf seinem Sockel – gigantisch zu feiern und zu vermarkten. Dabei drängen sich kontroverse Diskussionen – etwa um Luthers Verkürzung der Zehn Gebote in seinen Katechismen, seine fatale Parteinahme für die Obrigkeit gegen die aufständischen Bäuerinnen und Bauern oder seine unbiblische Verurteilung von Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens – nicht nur auf, sondern sind dringend geboten. Zudem fehlten bei den offiziellen Feiern die Verweise auf die 500-jährige Reformationsbewegung: auf ihre Vorläufer – wie John Wiclif, Jan Huss oder die Waldenser – und auf «Luthers ungeliebte Brüder» – wie Thomas Müntzer.

Deshalb war schnell klar, worin der «reformatorische» Bildungsauftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im «Lutherjahr» bestehen musste: sich mit dem emanzipativen, aber auch herrschafts- und kapitalismuslegitimierenden Erbe der europäischen Reformationsbewegungen zu beschäftigen und dessen gesellschaftliche Relevanz für die heutigen Auseinandersetzungen zu diskutieren.

Entsprechend zahlreich waren die Veranstaltungen und die Veranstaltungsformate: Unter dem Titel «Reformation und Revolution – Luther, Müntzer, Marx» veranstaltete die Stiftung auf dem Evangelischen Kirchentag eine Diskussionsrunde, an der unter anderem Kacem Gharbi, ein muslimischer Befreiungstheologe aus Tunis, teilnahm. Im Rahmen der Sommeruniversität des Evangelischen Studienwerks Villigst in Wittenberg leiteten Michael Brie vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ulrich Duchrow, evangelischer Theologe und Sozialethiker, Franz Segbers, Sozialethiker, und Michael Ramminger, katholischer Theologe und Mitbegründer des Instituts für Theologie und Politik in Münster, zwei Seminare zur «Religion des Kapitalismus», eine Formulierung, die auf Marx und Walter Benjamin zurückgeht. Im Rahmen der Arbeit des Gesprächskreises «Weltanschaulicher Dialog» der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in Kooperation mit Kairos Europa – einer Partnerorganisation der Stiftung – wurde das Forschungsprojekt «Die Reformation radikalisieren» ins Leben gerufen. Ausgehend von Luthers Kritik am Ablasshandel und der Institution Kirche stehen Fragen heute notwendiger Reformationen angesichts der Käuflichkeit des Heils in einer «geldgetriebenen Zivilisation» (Duchrow) und die Entwicklung von gesellschaftspolitischen Alternativen im Vordergrund. Erste Ergebnisse dieses Forschungsprojekts, in dem mehr als 40 Theologinnen und Theologen zusammenarbeiten, wurden auf einer Veranstaltung in der Berliner Emmauskirche präsentiert und diskutiert. Wolfgang Kessler, Chefredakteur von *Publik-Forum*, Katja Strobel vom Institut



Im Auftrag der Stiftung hat Thomas Ebermann den Reformationsroman «Q» von Luther Blissett für eine szenische Lesung bearbeitet. Premiere war am 22. Mai 2017 in Berlin.

für Theologie und Politik in Münster, Ulrich Duchrow und Ministerpräsident Bodo Ramelow forderten: «Den Kapitalismus überwinden – mit Luther, Marx und Papst». Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch die gleichnamige Flugschrift Duchrows vorgestellt, die in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung beim VSA-Verlag erschienen ist.

Mehre Abendveranstaltungen fanden auch im Salon der Stiftung in Berlin statt, etwa zum Ablasshandel der Postwachstumsgesellschaft und zu Zins und Wucher, zu der Thomas T. Müller von der internationalen Thomas-Müntzer-Gesellschaft eingeladen war. Und nicht zu vergessen: die Premiere des Luther-Programms der Schauspielerin und Sängerin Gina Pietsch mit fast 100 Gästen. Der Abend würdigte Luther nicht nur in seiner Größe, sondern zeigte ihn auch in seinen Widersprüchen und in seinem Judenhass.

.....
Fazit heute: Die Seminare, Diskussionen und künstlerischen Beiträge waren reformatorisch, aufklärend und streitbar. Weitere Informationen zum Thema und zum Gesprächskreis «Weltanschaulicher Dialog» unter: <http://religionskritik.blog.rosalux.de>.
.....

«DAS IST ERST DER ANFANG!»

STRATEGIEN GEGEN AUTORITARISMUS IN DER TÜRKEI

Mit zunehmender Aggressivität verfolgt der türkische Präsident Erdoğan seit Jahren den Ausbau der Macht seiner Regierungspartei (AKP) und die Stärkung seiner eigenen Position durch die Einführung eines sogenannten Präsidialsystems. Gerade zivilgesellschaftliche Kräfte und kritische Gruppierungen im Parlament sehen sich anhaltenden Repressionen ausgesetzt. Immer wieder kommt es zu massiven Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie zu starken Einschränkungen der Meinungs-, Medien- und Versammlungsfreiheit.

Vor diesem Hintergrund hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeit zur Türkei im Jahr 2017 mit zahlreichen Veranstaltungen fortgesetzt und intensiviert. Auf seiner Speakers Tour «Das Präsidialsystem in der Türkei und die Konflikte in Deutschland» informierte der kurdische Politiker Mehmet Hatip Dicle nicht nur über die aktuellen Entwicklungen – wie das Verfassungsreferendum im April 2017 – und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Europäischer Union und

Türkei, sondern auch über die höchst problematische Politik der türkischen Regierung gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Mit der Salongesprächsreihe «Bu daha başlangıç – Das ist erst der Anfang! Strategien gegen Autoritarismus in der Türkei» hat die Stiftung eine wichtige Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen Türkeiinteressierten aus Wissenschaft, Medien und politischen Bewegungen insbesondere über die verschiedenen Formen des Widerstands, die trotz aller Repressionen in der Türkei weiterhin bestehen, geschaffen. Zudem konnte über die Unterstützung der Off-University, einer virtuellen Friedensuniversität, die Vernetzung kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiter gefördert werden. Schließlich beleuchtete das Online-Dossier zur Türkei mit Nachrichten, Interviews, Debatten und Analysen kontinuierlich die aktuellen Entwicklungen und ihre Hintergründe aus einer transnationalen und emanzipatorischen Perspektive.

In Zeiten, in denen es riskant ist, sich in der Türkei kritisch zu betätigen, sind Unterstützung und Solidarität unverzichtbar – für die demokratischen progressiven Kräfte in der Türkei, aber auch in Deutschland.

Im Juni findet inzwischen traditionell das «Fest der Linken» auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin statt.

Im Jahr 2017 organisierte die Stiftung unter anderem den Auftritt des Politbarden FiL und Lesungen mit Volker Kutscher und Raul Zelik.



«ROSA WÜRDE SICH FREUEN»

ERSTER SPATENSTICH FÜR DEN NEUBAU DER STIFTUNG

Vor mehr als acht Jahren begann die Rosa-Luxemburg-Stiftung damit, sich um einen eigenen, öffentlich geförderten Stiftungssitz zu bemühen. Nachdem im Sommer 2014 der Deutsche Bundestag insgesamt 20,4 Millionen Euro für den Neubau eines Büro- und Veranstaltungsgebäudes zugesagt hatte, standen bereits im Mai 2016 die Gewinner des offen ausgeschrieben Wettbewerbs fest: die Architekten KIM Nalleweg und Trujillo.

Als im August 2017 die Baugenehmigung vorlag, konnten sowohl die Tiefbauarbeiten als auch die Arbeiten für den Rohbau ausgeschrieben werden, und am 30. Oktober 2017 war es dann endlich so weit: Beim symbolischen ersten Spatenstich griffen die Stiftungsvorsitzende Dagmar Enkelmann, der Geschäftsführer Florian Weis, das Architektenteam – vertreten durch Max Nalleweg – sowie der Baustabsleiter Axel Krumrey zur Schippe. Etwa 50 Gäste, darunter auch die damalige Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestags, Gesine Lötzsch, waren der Einladung gefolgt. Auch die Namensgeberin der Stiftung «würde sich freuen, über das, was hier entsteht», betonte Dagmar Enkelmann. Eine Besonderheit des Baus hob Axel Krumrey hervor: Als linke Einrichtung sei die Stiftung daran interessiert, dass es auf dem Bau «fair» zugehe.

Gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt sei es gelungen, einen Ombudsmann für die Baustelle zu gewinnen, der sie in regelmäßigen Abständen begehen und auch als Ansprechpartner für die auf dem Bau Beschäftigten fungieren wird.

Mit Beginn der Tiefbauarbeiten durch die Firma Züblin Wasserbau GmbH stand vor allem die Abstimmung mit der Deutschen Bahn im Vordergrund, da das Bahnviadukt der Trasse zum Ostbahnhof in nur etwa 20 Meter Entfernung verläuft. Wer in Berlin baut, weiß, dass das Grundwasser oft nur verhältnismäßig knapp unter der Erdoberfläche steht. Deshalb musste die Baugrube mit Spundwänden aus Stahl gesichert und anschließend eine wasserdichte Sohle aus Flüssigbeton in den Grund gepresst werden. Das benötigte nicht nur die entsprechende Technik, sondern vor allem Zeit. Erst im Februar 2018 konnten die Tiefbauarbeiten abgeschlossen werden. Parallel zu den Bauarbeiten konkretisierte das Architekturbüro seine Planungen für die Fassade und die Fenster des neuen Gebäudes, die besondere Anforderungen des Schallschutzes erfüllen müssen. In der Stiftung liefen darüber hinaus die Abstimmungen zur Haustechnik und zum Veranstaltungsbeereich auf Hochtouren. Zum Jahreswechsel 2018/19 sollen alle zehn Geschosse des Neubaus in Beton gegossen sein. Für den 5. März 2020, pünktlich zum 149. Geburtstag von Rosa Luxemburg, ist dann die große Einweihungsfeier geplant.

Symbolischer Spatenstich mit (v.l.n.r.) dem Leiter des Baustabs Axel Krumrey, Architekt Max Nalleweg, Florian Weis und Dagmar Enkelmann.



HERAUSFORDERUNGEN IN ZEITEN DES UMBRUCHS

«EINE KRISE BESTEHT DARIN, DASS DAS ALTE STIRBT
UND DAS NEUE NICHT GEBOREN WERDEN KANN.»
(ANTONIO GRAMSCI)

Es verfestigt sich der Eindruck, dass sich unsere Gesellschaft in einer tiefen Krise befindet – mal mehr, mal etwas weniger sichtbar. Wir scheinen einen Epochenbruch zu erleben, in anderen Formen, aber ähnlich tief greifend wie derjenige von 1989/91. Die liberale Demokratie wird im globalisierten Kapitalismus infrage gestellt. Viele unserer Warnungen aus den 1990er Jahren vor den Gefahren beispielsweise einer falsch aufgezogenen Währungsunion, von Deregulierung sowie Privatisierung und einer kriegerischen Weltpolitik haben sich auf erschreckende Weise bestätigt. An die Stelle eines zunehmend entkernten Sozialstaats und einer geschwächten parlamentarischen Demokratie sind nicht erweiterte sozialstaatliche und partizipative Politikmodelle, sondern – im Gegenteil – wachsender Rechtspopulismus und unterschiedliche Formen von Autoritarismus getreten. Eine politische Linke – und damit auch die der Partei DIE LINKE nahestehende Rosa-Luxemburg-Stiftung – steht vor der Herausforderung, einerseits mit Kräften aus dem bürgerlich-liberalen und auch demokratisch-konservativen Teil der Gesellschaft die liberale Demokratie verteidigen zu müssen. Unbedingte Voraussetzung ist dabei aber die Wiederherstellung bzw. Stärkung von sozialer Sicherheit, denn liberale und soziale Demokratie gehören für uns zusammen. Andererseits muss sich eine politische Linke deutlich von denjenigen Gruppierungen unterscheiden und abgrenzen, die dem neoliberalen Pfad der letzten Jahrzehnte gefolgt sind und sich gerade dadurch bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerungen diskreditiert haben.

.....
Ein roter Faden in den inhaltlichen Debatten im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung waren diese und damit verbundene gesellschaftliche Verschiebungen und globale Erschütterungen der letzten Jahre. Im Vorstand bestand Einigkeit, dass neben Fragen der sozialen, physischen und öffentlichen Sicherheit Themen und Deutungen zu kommenden Weltordnungskonflikten, Flucht und Migration, rechten und autoritären Entwicklungen sowie linker Reorganisierung zentral bleiben werden.
.....

Die Bewegung der Geflüchteten seit Sommer 2015 stellte Kanzlerin Merkel und den modernisierten Teil der Union vor schwierige Entscheidungen. An der Frage nach der Hilfe für die Geflüchteten traten schwelende gesellschaftliche und kulturelle Konflikte offen zutage. Sowohl konservative und autoritäre Milieus der Mitte als auch Teile von ärmeren und marginalisierteren Bevölkerungsgruppen fühlten sich von den gesellschaftlichen Veränderungen bedroht und rückten wei-

ter nach rechts. Diese Ängste wurden im starken Ergebnis der AfD und der FDP bei den Bundestagswahlen 2017 offensichtlich. Den Zugewinnen der LINKEN in städtischen Räumen stehen herbe Verluste im Osten gegenüber. Insbesondere in ländlichen Gebieten und ehemaligen Industrieräumen schnitt DIE LINKE schlechter als 2013 und weit schlechter als 2009 ab. Hier war die AfD besonders stark, die aber bundesweit zweistellige Ergebnisse erzielen konnte. Mit dem erneuten Eintritt der SPD in eine Koalition mit der Union sowie dem schlechten Gesamtergebnis dieser drei Parteien ist es sehr fraglich, ob es in den nächsten Jahren zu einer bundesweiten Mehrheit aus SPD, Grünen und LINKEN kommen kann. Aus Sicht der Stiftung stellt sich die Frage, wie man in dieser Situation Politik gestalten kann, die perspektivisch zu einem gesellschaftlichen Richtungswechsel beiträgt.

Vereinfacht lässt sich ein gesellschaftlich-politisches Milieu beschreiben, das für eine solidarische, demokratische und ökologische Lebensweise eintritt. Aus diesem Feld kamen in den letzten Jahren zahlreiche Wählerinnen und Wähler sowie Mitglieder zur LINKEN, nicht zuletzt aus den urbanen und jüngeren Milieus. Dieses Milieu wird beispielsweise am sichtbarsten in den unzähligen Willkommens- und Bürgerinitiativen sowie in den sozialen Bewegungen. Es bleibt jedoch zu klein – sich darauf zu konzentrieren ist zu wenig. Für ein breites Mitte-unten-Bündnis fehlen Akteure des «Unten». DIE LINKE und die Stiftung haben darüber hinaus Schwierigkeiten, klassische sozialdemokratische Milieus der Industrie- und Facharbeiterberufe anzusprechen. Wir tun uns schwer damit, Themen, Ansprachen und Politikformen zu entwickeln, mit denen wir glaubwürdig als Verbündete dieser Milieus wahrgenommen werden. Es gibt eine große Anzahl von Nichtwählerinnen und Nichtwählern, eine Gruppe, die nicht einheitlich ist, von der wir aber wissen, dass insbesondere die vielen ärmeren und marginalisierteren Gruppen der Nichtwählerinnen und Nichtwähler Fragen sozialer Ungerechtigkeit und sozialer Sicherheit als besonders wichtig erachten, von der Politik aber nichts mehr erwarten. DIE LINKE erreicht diese Milieus kaum noch und läuft Gefahr, sie an die Rechten oder, mehr noch, dauerhaft an die wahlpolitische Abstinenz zu verlieren, obwohl sie potenziell ansprechbar für linke Politik sind. Bei den klassischen sozialdemokratischen Milieus der Arbeiterberufe, den sogenannten populären Klassen, in der «bedrohten Mitte» und unter den Prekarierten sind DIE LINKE und die Stiftung also zu wenig oder kaum verankert. Es muss daher besser und öfter gelingen, die gemeinsamen Interessen und Probleme des zu schließenden Mitte-unten-Bündnisses zu thematisieren.

Soziale Gerechtigkeit ist ein «Markenkern» der Linken, den sie prononcierter gegen ein neoliberales Weiter-so, einen autoritären Umbau und radikal-rechte, nationalistische und rassistische Mobilisierungen zum Ausdruck bringen kann. Mehr noch: Über die Adressierung gemeinsamer Interessen und Probleme kann sie ein Wir-Gefühl stärken – über die Grenzen zwischen akademischen und Arbeitermilieus hinweg.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt Flagge nicht nur vor ihrem Sitz am Franz-Mehring-Platz in Berlin.

Die Formulierung gemeinsamer Interessen und Probleme kann nur mit einem starken Bezug zum Feminismus, zur Ökologie, zur «Gesellschaft der Vielen» und den LGBTQ-Themen gelingen. Die Behauptung der Intersektionalität allein – dass all diese Themen miteinander verwoben sind – reicht aber nicht aus. In der Praxis hat sich gezeigt, wie schwer es ist, zwei Herrschaftsstrukturen, etwa Klasse und Rassismus, produktiv in Bewegung zu bringen. Falsche Gegensätze beispielsweise zwischen Sozial- und (vermeintlicher) Identitätspolitik müssen überwunden werden, ohne zu bestreiten, dass hier Spannungsverhältnisse bestehen. Feminismus und Ökologie sind keine Elitethemen – es sind Fragen, die uns alle betreffen. Nur zusammengedacht lässt sich der «Knoten» unterschiedlicher Herrschaftsverhältnisse durchtrennen.

Wir müssen internationalistisch für globale soziale Rechte eintreten, wenn wir nicht neue Ausschlüsse produzieren, sondern größere globale Stabilität und Sicherheit erreichen wollen. Auch hier wissen wir, dass Widersprüche zwischen legitimen Interessen bestehen und internationale Gerechtigkeit nicht auf dem Rücken derjenigen hergestellt werden kann, die in den wohlhabenden Ländern ein bescheidenes Maß an Wohlstand und Sicherheit erlangt haben. Ein Ansatz, der die sozialen, kulturellen und politischen Rechte ernst nimmt, er-

gänzt dabei einen klassenbasierten: Beide Ansätze zielen auf Organisierung und gemeinsame Aneignung von gesellschaftlichen Lebensbedingungen. Auch in unserer internationalen Arbeit kann eine Zuspitzung sozialer Fragen zur Profilierung beitragen. Hier gilt es, Interessengegensätze – beispielsweise zwischen globaler Klimagerechtigkeit und sozialen Interessen bei uns oder zwischen dem Überlebensrecht von Kleinbauern in Bangladesch und existenziellen Interessen von Kohlearbeitern hier – produktiv zu bearbeiten, um gerechte Übergänge zu entwickeln.

Eine stärkere Profilierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in diesen Bereichen erleichtert nicht nur die Erkennbarkeit, sondern ermöglicht es auch, auf (zivil-)gesellschaftlicher Ebene mit anderen Akteuren gemeinsame Einstiegsprojekte zu entwickeln. Diese gezielten Vorstöße sind unverzichtbar, um eine Basis für einen gesellschaftlichen Richtungswechsel in der Zukunft zu schaffen. Das Zusammenkommen von wissenschaftlicher Analyse und praktischer Erfahrung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung birgt großes Potenzial, diesen Prozess voranzutreiben.

Julian Plenefisch, Florian Weis

PERSONALENTWICKLUNG

Zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten ist die Betriebsvereinbarung Konfliktmanagement im Jahr 2017 vereinbarungsgemäß erstmals evaluiert worden. Die Betriebsparteien verfolgten mit der Vereinbarung das Ziel, innerbetriebliche Regelungen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten zu treffen, eine konstruktive, ganzheitliche und selbstbestimmte Konfliktregulierungspraxis zu implementieren und dabei besonderes Augenmerk auf Konfliktprävention und frühzeitige Intervention zu legen.

Dank der Betriebsvereinbarung wurden durch die Berufung von (mindestens) zwei Vertrauenspersonen und die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle zwei neue Zugänge auf dem Weg zur Konfliktlösung geschaffen.

Die auf zwei Jahre berufenen Vertrauenspersonen haben sich bewährt; insbesondere, wenn es um einen niedrighschwelligen Zugang zur Konfliktbearbeitung geht. Die Vertrauenspersonen ermöglichen es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz offensichtlich, Konflikten seltener auszuweichen und sie – eher als sonst üblich – anzusprechen.

Zudem wurde eine Koordinierungsgruppe – bestehend aus einer berufenen Vertrauensperson, einem Mitglied der Geschäftsführung, der Leiterin des Personalstabs und einem Betriebsratsmitglied – implementiert, die im Wesentlichen zwei Funktionen hat:

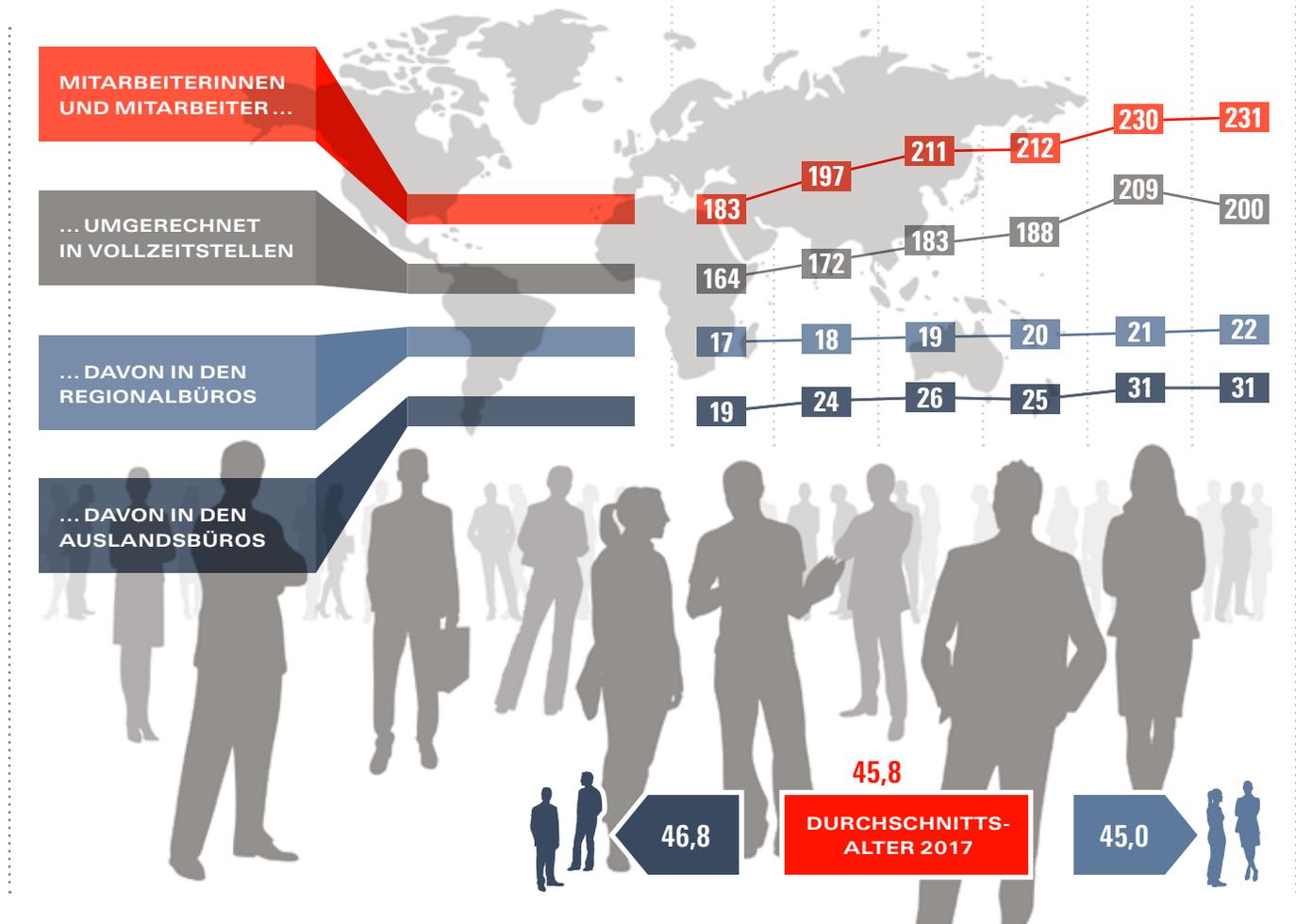
1. Koordinierung, Steuerung und Evaluation des Konfliktmanagements
2. Kollektive Konfliktlösung bei komplizierten Konflikten, die durch Erstkontaktpersonen bzw. -gremien an sie herangetragen werden. Sie ist die letzte und höchste Instanz innerhalb des betrieblichen Konfliktmanagements und damit zur Konfliktlösung verpflichtet.

In folgender Rangfolge wird sich bei Konflikten an Erstkontaktpersonen bzw. -gremien gewandt: Bereichsleitung, Personalstabsleiterin bzw. Betriebsrat und Vertrauenspersonen.

Fazit: Das wirklich Neue durch die Betriebsvereinbarung Konfliktmanagement ist

- die Implementierung der Institution Vertrauensleute, die sich im Sinne niedrighschwelliger Konfliktregulierung bewährt hat,
- die Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle, die als Konfliktregulativ bisher nicht zum Einsatz kam, und
- die Koordinierungsgruppe Konfliktmanagement, die als höchste Instanz der Konfliktregulation ebenfalls (noch) nicht aktiv werden musste.

Die Betriebsvereinbarung Konfliktmanagement trifft auf Wohlwollen in der Belegschaft, auch wenn sich gezeigt hat, dass sie für die Konfliktregulierung weniger von Bedeutung ist als vielmehr für die Konfliktprävention und die Schaffung eines Bewusstseins für eine konfliktfähige Betriebskultur.



Anteilige Zusammensetzung	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Mitarbeiterinnen	56%	55%	56%	55%	56%	56%
Mitarbeiter	44%	45%	44%	45%	44%	44%
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund	15%	14%	15%	15%	16%	15%
unbefristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	80%	77%	76%	78%	73%	81%
TZ-Beschäftigte	20%	23%	24%	29%	30%	24%
in Elternzeit	3%	3%	3%	3%	1%	3%
Auszubildende, Trainees und begleitende Masterstudierende	3%	4%	3%	0%	0%	0%
in Passivphase der Altersteilzeit			1%	1%	2%	1%

Zur Belegschaft gehören ebenfalls

geringfügig Beschäftigte ¹	7	7	7	8	5	8
Praktikantinnen und Praktikanten ²	35	37	36	34	39	19

1 Entsprechend Betriebsvereinbarung, Orientierung am TVöD.

2 In Summe über das gesamte Jahr, Entgeltpraktika gemäß der Orientierung des DGB und der Partei DIE LINKE.

GREMIEN

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Bei der Mitgliederversammlung am 2. Dezember 2017 ging es um die Umbrüche der politischen Landschaft und die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland sowie um die damit verbundenen Herausforderungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Rund zwei Drittel der insgesamt über 130 stimmberechtigten Mitglieder waren anwesend.

In ihrer Eröffnung blickte die Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann zufrieden auf die nun 27-jährige Geschichte der Stiftung zurück. Gegründet als Verein engagierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus, hat sie heute mehr als 200 Beschäftigte, verfügt über Strukturen in ganz Deutschland und Büros in 20 Ländern, betreut über 1.000 Stipendiatinnen und Stipendiaten und erreiche mit unterschiedlichen Formaten verschiedenste Zielgruppen. Dass sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen so guten Ruf erarbeitet habe, dafür dankte sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deren große Mehrheit die Tätigkeit bei der Stiftung nicht nur als gewöhnlichen Job begreife, sondern als politische Arbeit.

Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, betonte die Bedeutung der bundesweiten Arbeit und der Landesstiftungen, die der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor Ort ein Gesicht geben. Knapp 80 Prozent derjenigen, die von der Stiftung erreicht werden, kommen zu Veranstaltungen der Landesstiftungen, deren ehrenamtlichen Mitgliedern und Festangestellten er besonders dankte. Darüber hinaus informierte er über den Stand des Bauvorhabens (siehe dazu den eigenen Beitrag).

In ihren Wortmeldungen begrüßten die Mitglieder die Entwicklung der Stiftung und lobten insbesondere die Arbeit in der politischen Weiterbildung sowie bei den Themen sozialökologischer Umbau und Pflege/Care. Mehr Präsenz wünschten sich viele jedoch auf dem Feld der europapolitischen Bildung.

Richard Detje und Joachim Bischoff (beide Stiftungsmitglieder) stellten danach die Ergebnisse einer von der Stiftung mitfinanzierten und im VSA-Verlag publizierten Studie zu politischen Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern vor. Die neoliberale Umstrukturierung in den Betrieben, so ein zentraler Befund, habe in den letzten Jahren autoritäres Bewusstsein und rechte Positionen gefördert. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Partei DIE LINKE müssten dieser Entwicklung entgegenwirken, indem sie die Betriebsräte stärkten und die Beschäftigten vom Arbeitsdruck entlasteten.

Als neue Mitglieder wurden aufgenommen: Andreas Keller (stellv. GEW-Vorsitzender), Oliver Nachtwey (Professor in Basel), Güldane Tokyürek (Stadträtin in Köln) und Daniela Trochowski (Staatssekretärin in Brandenburg). In den wissenschaftlichen Beirat nachgewählt wurden Maria do Mar Castro Varela, Gerhard Richter und Christa Wichterich.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow bei der Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 2. Dezember 2017.

MITGLIEDER DER ROSA- LUXEMBURG- STIFTUNG

ORDENTLICHE MITGLIEDER

Jan van Aken
Marwa Al-Radwany
Dr. Dietmar Bartsch
Prof. Dr. Günter Benser
Dr. Joachim Bischoff
Steffen Bockhahn
Dr. Marcel Bois
Prof. Dr. Ulrich Brand
Dr. André Brie
Prof. Dr. Ulrich Brinkmann
Sandra Brunner
Christine Buchholz
Prof. Dr. Michael Buckmiller
Dr. Carolin Butterwegge
Kate Cahoon
Gerda Daenecke
Daniela Dahn
Prof. Dr. Alex Demirović
Prof. Dr. Frank Deppe
Richard Detje
Ulrike Detjen
Sophie Dieckmann
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Ilsegret Fink

Dr. Thomas Flierl
Wulf Gallert
Wolfgang Gehrcke
Claudia Gohde
Dr. Stefanie Graefe
Dr. Bärbel Grygier
Dr. Gregor Gysi
Sofia Hamaz
Thomas Händel
Karl-Heinz Heinemann
Heiko Hilker
Heinz Hillebrand
Florian Höllen
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann
Dr. Barbara Höll
Klaus Höpcke
Dr. Steffen Hultsch
Dr. Gerda Jasper
Dr. Lukrezia Jochimsen
Kadriye Karci
Dr. Andreas Keller
Katja Kipping
Prof. Dr. Dieter Klein
Dr. Thomas Klein
Katharine Kolmans
Jan Korte
Marian Krüger
Prof. Dr. Ingrid Kurz
Caren Lay

Dr. Klaus Lederer
Dr. Steffen Lehndorff
Sabine Leidig
Monika Lent-Öztürk
Katrin Lompscher
Dr. Gesine Lötzsch
Prof. Dr. Christa Luft
Dr. Helmuth Markov
Ulrich Maurer
Prof. Dr. Margit Mayer
Sahra Mirow
Dr. Hans Modrow
Cornelia Möhring
Margret Mönig-Raane
Prof. Dr. Oliver Nachtwey
Stefan Nadolny
Dr. Detlef Nakath
Helga Nowak
Onur Ocak
Gabi Ohler
Dr. Harald Pätzolt
Petra Pau
Prof. Dr. Dörte Putensen
Peeter Raane
Bodo Ramelow
Jürgen Reents
Dr. Sabine Reiner
Prof. Dr. Rolf Reißig
Bernd Riexinger
Prof. Dr. Rainer Rilling
Prof. Dr. Jörg Roesler

Prof. Dr. Werner Ruf
Dr. Bernd Rump
Dr. Monika Runge
Dr. Reyhan Şahin
Prof. Dr. David Salomon
Bosiljka Schedlich
Dr. Birgit Schliewenz
Fritz Schmalzbauer
Horst Schmitthenner
Christiane Schneider
Dr. Ursula Schröter
Siri Schultze
Dr. Karin Schüttpelz
Dr. Reinhard Semmelmann
Kathrin Senger-Schäfer
Dr. Petra Sitte
Prof. Dr. Susanne Spindler
Sybille Stamm
Regina Stosch
Gabriele Gün Tank
Güldane Tokyürek
Daniela Trochowski
Heinz Vietze
Eva Völpel
Vera Vordenbäumen
Dr. Sahra Wagenknecht
Dr. Jochen Weichold
Dr. Florian Weis
Janine Wissler
Dr. Dietmar Wittich
Dr. Evelin Wittich

Dr. Ulrich Wolf
Ulrike Zerhau
Gabi Zimmer

INSTITUTIONELLE MITGLIEDER

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg
Kurt-Eisner-Verein –
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Bayern
«Helle Panke» e. V. – Rosa-
Luxemburg-Stiftung Berlin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Brandenburg e. V.
Rosa-Luxemburg-
Initiative e. V., Bremen
Rosa Luxemburg Stiftung
Hamburg
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Hessen
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Mecklenburg-Vorpom-
mern e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Niedersachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Nordrhein-Westfalen e. V.
Peter-Imandt-Gesellschaft
e. V. – Rosa-Luxemburg-
Stiftung Saarland
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen e. V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Sachsen-Anhalt e. V.

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Schleswig-Holstein
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Thüringen e. V.

EHREN- MITGLIEDER

Dr. Kurt Hövelmans
Prof. Dr. Kurt Krambach
Prof. Dr. Reinhard Mocek
Prof. Dr. Manfred Neuhaus
Dr. Wolfgang Spickermann

RUHENDE MITGLIEDSCHAFT

Dr. Lutz Brangsch
Prof. Dr. Michael Brie
Dr. Mario Candeias
Wenke Christoph
Dr. Cornelia Domaschke
Evelyn Edler
Dr. Stefanie Ehmsen
Kerstin Kaiser
Prof. Dr. Mario Keßler
Norbert Schepers
Dr. Jörn Schüttrumpf
Dr. Marion Schüttrumpf
Fanny Zeise

Stand: März 2018

**MITGLIEDER
DES VORSTANDS**

DR. DAGMAR ENKELMANN

DR. FLORIAN WEIS

Stand: April 2018

JAN KORTE

HEINZ HILLEBRAND

SYBILLE STAMM

ULRIKE DETJEN

THOMAS HÄNDEL

GABRIELE GÜN TANK

PROF. DR. DÖRTE PUTENSEN

DR. SABINE REINER

DR. BARBARA HÖLL

PROF. DR. RAINER RILLING

DR. DETLEF NAKATH

PEETER RAANE

DER VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG EIN POLITISCHES GREMIUM

Das Arbeitspensum der 14 Vorstandsmitglieder der Stiftung ist kompakt und intensiv. Sie trafen sich 2017 zu acht Sitzungen, darunter drei mehrtägige Klausuren.

Der Vorstand ist zwischen den Mitgliederversammlungen das höchste Gremium des Vereins und trägt die Verantwortung für die Grundlinien der gesamten Stiftungstätigkeit. Dies umfasst insbesondere Beschlussfassungen zur Haushalts- und Personalplanung sowie herausgehobene Personalentscheidungen (Bereichs- und Auslandsbüroleitungen). Der Vorstand versteht sich explizit als politisches Gremium, das die politischen Entwicklungen erörtert und Richtungsentscheidungen trifft. Dafür verständigen sich die Vorstandsmitglieder oft gemeinsam mit den leitenden Angestellten der Stiftung und mit Gästen aus Politik und Wissenschaft über die aktuelle politische Situation sowie ihre Auswirkungen auf die Stiftungsarbeit.

Im Zentrum der Debatten standen in diesem Jahr das Erstarren des Rechtspopulismus, die Verfasstheit Europas und die Entwicklung der Partei DIE LINKE. Diese anregenden Diskussionen bildeten die Grundlage für die inhaltliche Planung der Stiftungstätigkeit. So wurde die Arbeit zum Themenkomplex Klassenanalyse, Klassenpolitik und Rechtspopulismus erweitert, die europa- sowie die gewerkschaftspolitische Tätigkeit geschärft und erhielt die soziale Frage in der Bildungsarbeit der Stiftung wieder einen höheren Stellenwert.

Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement bereicherten die Vorstandsmitglieder die Stiftung auch in anderer Hinsicht. Sie wirkten an der Geschichtsarbeit und der internationalen Arbeit mit, brachten sich in die kommunal- und migrationspolitische Bildung ein, beteiligten sich an der Organisation von Großveranstaltungen, erarbeiteten Publikationen der Stiftung, förderten die Kommunikation mit neuen Partnern sowie Milieus und entwickelten mit ihren Expertisen bestimmte Projektklinien und Themenfelder weiter. Insbesondere die Netzwerk- und Kommunikationsarbeit sowie die Kontakte mit den Vereinsmitgliedern profitieren von ihrem Einsatz.

MITGLIEDER DES VORSTANDS

Ulrike Detjen: geb. 1952, Industriebuchbinderin; seit 1999 Geschäftsführerin eines Druckvorstufenbetriebs, seit 2008 ehrenamtlich tätig im kommunalpolitischen Forum Nordrhein-Westfalen und der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2013.

Dr. Dagmar Enkelmann (Vorstandsvorsitzende): geb. 1956, Historikerin; 1990 bis 1998 und 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 1998 Stadtverordnete der Stadt Bernau bei Berlin; Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2012.

Thomas Händel (stellv. Vorstandsvorsitzender): geb. 1953, Elektroniker, Studium an der Akademie der Arbeit an der Uni-

versität Frankfurt; 1987 bis 2012 wiederholt Geschäftsführer der IG-Metall, Gründungsmitglied der WASG, seit 2009 Mitglied des Europaparlaments; seit 2007 stellv. Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Heinz Hillebrand: geb. 1954, Industriekaufmann, später Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie; Gründungsmitglied der WASG, Bereichsleiter Politische Bildung in der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2012.

Dr. Barbara Höll: geb. 1957, Studium der Philosophie; 1990 bis 2002 und 2005 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestags; Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014 und Vorstandsmitglied seit 2016.

Jan Korte: geb. 1977, Studium der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft; seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags, 2013 bis 2017 stellv. Vorsitzender und seit 2017 Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

Dr. Detlef Nakath: geb. 1949, Historiker; 2003 bis 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Helle Panke e. V., 2006 bis 2015 Geschäftsführer der Landesstiftung Brandenburg; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

Prof. Dr. Dörte Putensen: geb. 1949, Historikerin; apl. Professorin für Allgemeine Geschichte der Neusten Zeit an der Universität Rostock, Vorstandsmitglied der Landesstiftung Brandenburg 2010 bis 2014; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

Peeter Raane: geb. 1941, Diplom-Kaufmann; seit 1967 Tarifsekretär und Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (ab 2000 IG Metall), Vorstandsvorsitzender der Landesstiftung Nordrhein-Westfalen 2007 bis 2012; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2008.

Dr. Sabine Reiner (stellv. Vorstandsvorsitzende): geb. 1962, Politikwissenschaftlerin und Volkswirtin; seit 2002 Gewerkschaftssekretärin bei ver.di; Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2004, stellv. Vorsitzende seit 2012.

Prof. Dr. Rainer Rilling: geb. 1945, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte; 1983 bis 1998 Geschäftsführer des Bunds demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, seit 2002 apl. Professor für Soziologie an der Universität Marburg; seit 2014 Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sybillie Stamm: geb. 1945, Politikwissenschaftlerin; seit 1973 Gewerkschaftssekretärin, 2001 bis 2007 ver.di-Landesbezirksleiterin Baden-Württemberg, Mitherausgeberin der Zeitschrift *Sozialismus*; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

Gabriele Gün Tank: geb. 1975, Journalistin; seit 2007 Integrationsbeauftragte im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg, seit 2016 Geschäftsführerin der Neuen Deutschen Organisationen; Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 2014.

Dr. Florian Weis (geschäftsführendes Vorstandsmitglied): geb. 1967, Historiker; beschäftigt bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit 1999, geschäftsführendes Vorstandsmitglied seit 2008.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Dem wissenschaftlichen Beirat obliegt als zentrale Aufgabe, mit seiner Kompetenz die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung an der Schnittstelle von Wissenschaft, Bildung und Politik zu begleiten. 2017 wurden drei neue Beiratsmitglieder gewählt: Prof. Dr. Maria do Mar Castro Varela, Dr. Gerhard Richter und Dr. Christa Wichterich. Der nun 19-köpfige Beirat tagte 2017 dreimal in Berlin.

Auf der ersten Sitzung am 24. Februar wurden Themenschwerpunkte, Arbeitsweise und Selbstverständnis des Beirats diskutiert. Boris Kanzleiter (ZID) und Johanna Busemer (Referat Europa) stellten am 16. Juni das Konzept der Globalen Sozialen Rechte vor, das Gegenstand einer breiten, die Arbeit organisierenden Diskussion im ZID ist. Ein zweiter Schwerpunkt des Beiratstreffens war das Thema neue Klassenpolitik.

Auf der Klausur am 17. und 18. November berichteten Wolfgang Methling, die Bundestagsabgeordnete Sabine Leidig sowie Steffen Kühne von der Akademie über die Bedeutung der sozialökologischen Transformation in der Partei DIE LINKE und im Handeln von Koalitionsregierungen. Im zweiten Teil der Klausur konnte Markus Wissen mit einem Beitrag zu imperialer Lebensweise eine Brücke schlagen zwischen Fragen der sozialen Ökologie und neuer Klassenpolitik. Ein dritter Schwerpunkt war schließlich der rechte Populismus, zu dessen Aufschwung Horst Kahrs (IfG) einige Thesen vorstellte. Katrin Schäfgen berichtete über Planungen des Studienwerks, ein Graduiertenkolleg zum Thema Rechtspopulismus einzurichten.

MITGLIEDER DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS

Prof. Dr. María do Mar Castro Varela: Professorin für Soziale Arbeit und Allgemeine Pädagogik mit Schwerpunkt Diversity, insbesondere Gender, an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, Vertrauensdozentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Apl. Prof. Dr. Alex Demirović: Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse; Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftstheorie, Demokratie und Sozialismus.

Prof. Dr. Andreas Fisahn: Professor für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht sowie Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Prof. Jörg Hafkemeyer: Dozent an der Universität der Künste und der Deutschen Journalistenschule in München, Mitglied der Deutschen Film- und Fernsehakademie.

Dr. Stefanie Hürtgen: Politologin und Arbeitssoziologin, Assistenzprofessur an der Universität Salzburg.

Prof. Dr. Michael Krätke: Professor für Politische Ökonomie an der Universität Lancaster/UK und Direktor des Institute for Advanced Studies, Mitherausgeber verschiedener Zeitschriften (u. a. SPW) und Buchreihen (Historical Materialism); Ar-

beitsschwerpunkte: Politische Ökonomie, Marxismus, Antikapitalismus.

Prof. Dr. Margit Mayer: Professorin em. für Politikwissenschaft am John-F.-Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin; Arbeitsschwerpunkte: US-amerikanische und vergleichende Politik, Stadtpolitik, soziale Bewegungen.

Prof. Dr. Wolfgang Methling: Professor em. für Tiergesundheitslehre an der Universität Rostock, Umweltminister (1998–2006) und stellvertretender Ministerpräsident (2002–2006) in Mecklenburg-Vorpommern.

Dr. Gerhard Richter: Arbeitsschwerpunkte: Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie, Innovation und Transformation, regionale und Branchenentwicklung.

Prof. Dr. Steffi Richter: Professorin für Japanologie an der Universität Leipzig, Vertrauensdozentin der Stiftung.

Prof. Dr. Birgit Sauer: Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien; Arbeitsschwerpunkte: Staats- und Demokratietheorie, Governance und Geschlecht, Vergleichende Geschlechterpolitikforschung, Multikulturalismus.

Univ.-Prof. Dr. Wolfram Schaffar: Professor für Politikwissenschaft und Entwicklungsforschung am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

Sarah Schilliger: Forschungsprojekt «Migrant mobility, «illegality» and racialization in European agricultural labour», 2016/17 Gastwissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück.

Dr. Susanne Schultz: DFG-Projekt zur «Demografisierung des Politischen. Eine intersektionale Analyse deutscher Familien- und Migrationspolitik seit Mitte der 1990er Jahre» an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, früher Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bereich Lateinamerika.

Dr. Thomas Seibert: Philosoph und Ethnologe, Mitarbeiter von medico international, Aktivist bei attac und bei der Interventionistischen Linken (IL); Arbeitsschwerpunkt: Politische Philosophie (Marxismus, Existenzialismus, Dekonstruktion).

Dr. Axel Troost: Volkswirtschaftler und Politiker, ehrenamtlicher Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe), Mitglied des Bundesvorstands der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestags, finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Dr. Alexandra Wagner: Arbeitsmarktforschung beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), Institut für angewandte Trainingswissenschaften (IAT) und im Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH in Berlin, Gründungsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Dr. Christa Wichterich: freie Publizistin, Lehrtätigkeit an verschiedenen Hochschulen im In- und Ausland; Arbeitsschwerpunkte: Entwicklungszusammenarbeit, v. a. Frauenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Frauengewerkschaften, Hausangestellte, ländliche Entwicklung, Trinkwasser.

Prof. Dr. Markus Wissen: Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozialökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

DIE GESPRÄCHSKREISE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Im Jahr 2017 gab es bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung 18 aktive Gesprächskreise. Hervorgegangen aus primär ehrenamtlichen Strukturen, haben sie sich seit 2007 zu dauerhaften Kommunikationsforen etabliert, in denen Expertinnen und Experten mit Interessierten über Themenstellungen von sowohl historischer als auch aktueller Bedeutung diskutieren können. Ihr weitgehend halböffentlicher Charakter eröffnet Räume zum geschützten Austausch auch divergierender Perspektiven. Bei aller Ähnlichkeit, die sich schon aus der starken Einbeziehung des sogenannten Ehrenamts, also des politisch-intellektuellen Umfelds der Stiftung, ergibt, unterscheiden sich die Gesprächskreise hinsichtlich der in ihnen behandelten Fragestellungen, ihrer Strukturen und des Verhältnisses von öffentlichen Veranstaltungen und eher interner Kommunikation. Einige Foren, wie etwa der 2017 neu gegründete Gesprächskreis Wirtschaftspolitik, agieren primär intern, doch die meisten bevorzugen eine Mischung aus öffentlichkeitswirksamen Events und der Verständigung über relevante Sachverhalte in einem eher geschlossenen Kreis. Das gilt etwa für die im vergangenen Jahr neu gebildeten Gesprächskreise Feminismus, Migration und Stadtpolitik.

Überhaupt war 2017 das Jahr der Neuerungen: Neu gegründet wurde auch der Gesprächskreis Bildungspolitik, wodurch die Stiftung nunmehr über ein dreizüliges Angebot auf diesem Gebiet verfügt: Gesprächskreis, Salons und Tagungen zu aktuellen Fragen der Bildungspolitik. Doch damit der Neuerungen nicht genug: Im April 2018 wurde der Gesprächskreis Sozial-ökologische Transformation ins Leben gerufen, und auch an einem Relaunch des Gesprächskreises Ländlicher Raum in einer den gegenwärtigen Bedingungen angemessenen Form wird gearbeitet.

ARBEITSRECHT/ARBEITSGESETZBUCH

Steffen Hultsch; hauptamtl. Ansprechpartnerin: Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

BILDUNGSPOLITIK

Karl-Heinz Heinemann (heinemann@rls-nrw.de)

EUROPAPOLITIK

Johanna Bussemer (johanna.bussemer@rosalux.org),
Franziska Albrecht (franziska.albrecht@rosalux.org)

FEMINISMUS

Barbara Fried (barbara.fried@rosalux.org),
Katharina Pühl (katharina.puehl@rosalux.org)

FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK

Ingar Solty (ingar.solty@rosalux.org)

GESCHICHTE

Bernd Hüttner (bernd.huettner@rosalux.org)

GESCHICHTE FÜR DIE ZUKUNFT

Cornelia Domaschke (cornelia.domaschke@rosalux.org)

GEWERKSCHAFTEN

Fanny Zeise (fanny.zeise@rosalux.org)

KLASSEN UND SOZIALSTRUKTUR

Horst Kahrs (horst.kahrs@rosalux.org)

KOLLEGIUM WISSENSCHAFT/PHILOSOPHIE UND BILDUNG

Wolfgang Girnus, Klaus Meier; hauptamtl. Ansprechpartner:
Gerd-Rüdiger Stephan (gerd-ruediger.stephan@rosalux.org)

KULTUR

Michaela Klingberg (michaela.klingberg@rosalux.org)

MIGRATION

Massimo Perinelli (massimo.perinelli@rosalux.org)

PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Harald Pätzolt, Cornelia Hildebrandt
(cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

POLITISCHE BILDUNG

Stefan Kalmring (stefan.kalmring@rosalux.org)

RECHTS

Friedrich Burschel (friedrich.burschel@rosalux.org)

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION

Steffen Kühne (steffen.kuehne@rosalux.org)

STADTPOLITIK

Stefan Thimmel (stefan.thimmel@rosalux.org)

WELTANSCHAULICHER DIALOG

Jürgen Klute, Cornelia Hildebrandt
(cornelia.hildebrandt@rosalux.org)

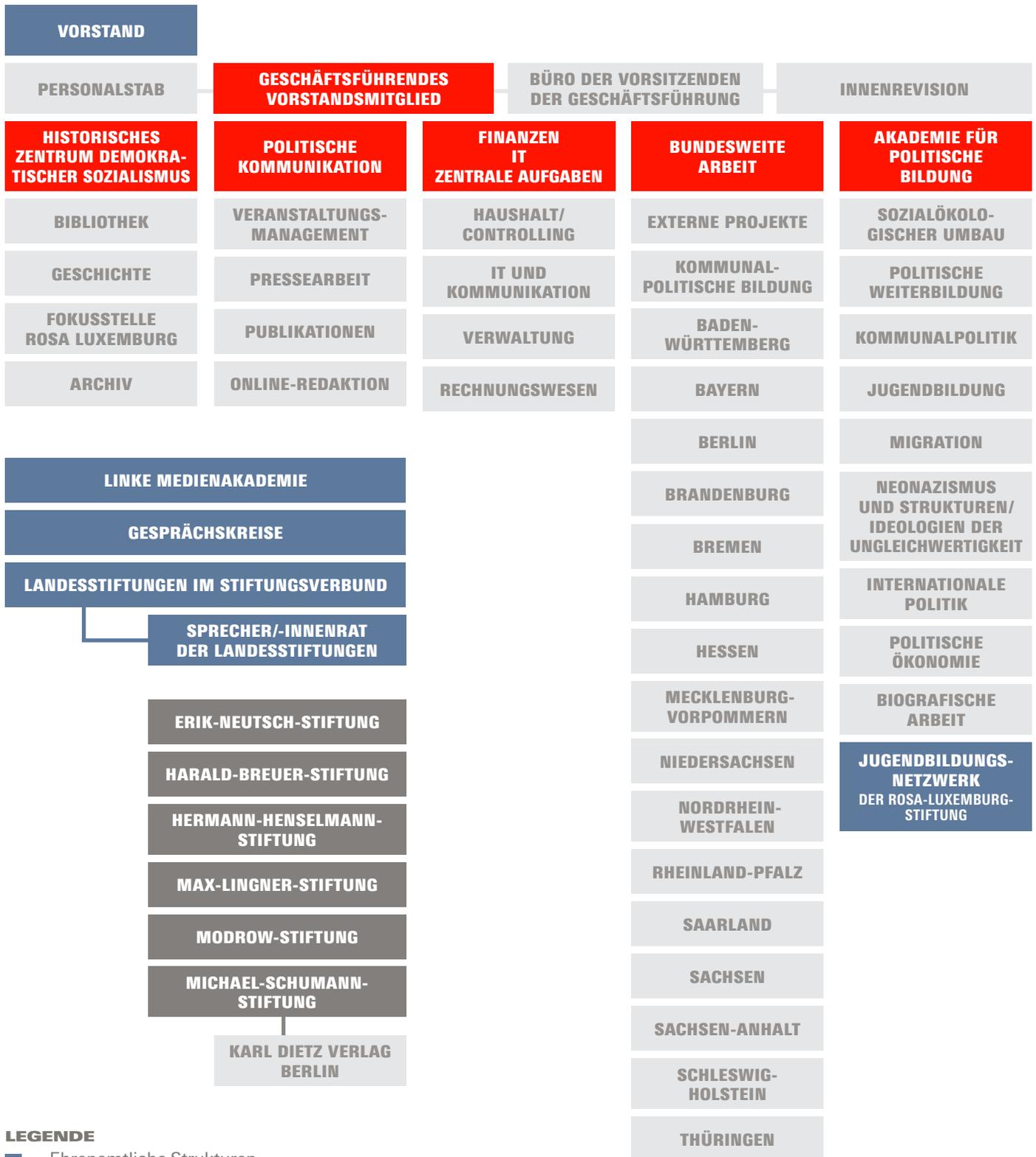
WIRTSCHAFTSPOLITIK

Axel Troost; hauptamtl. Ansprechpartner: Mario Candeias
(mario.candeias@rosalux.org)

GESAMTKOORDINATION GESPRÄCHSKREISE

Effi Böhlke (effi.boehlke@rosalux.org)

MITGLIEDERVERSAMMLUNG



LEGENDE

- Ehrenamtliche Strukturen
- Leitungsstrukturen
- Hauptamtliche Strukturen
- Treuhandstiftungen

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

BAUSTAB		DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER	BETRIEBSRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	
INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE	STUDIENWERK	ZENTRUM FÜR INTERNATIONALEN DIALOG		
ZEITSCHRIFT «LUXEMBURG» HRSG. VORSTAND DER RLS	FÖRDERPROGRAMM	STABSSTELLEN		
PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN	EHEMALIGENARBEIT	REFERATE/AUSLANDSBÜROS		
DEMOKRATIE UND STAAT	VERTRAUENS-DOZENT/-INNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG	REFERAT GLOBALE AUFGABEN UND SONDERMITTEL	REFERAT AMERIKA/UNO	
THEORIE UND GESCHICHTE SOZIALISTISCHER TRANSFORMATION	STIPENDIATISCHE ARBEITSKREISE	PROGRAMMENTSENDUNGEN GES. WANDEL IN NAHOST, BEIRUT AGRAPOLITIK/ERNÄHRUNGS-SOUVERÄNITÄT, JOHANNESBURG KLIMAGERECHTIGKEIT, MANILA	UNO/NORDAMERIKA, NEW YORK	
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE	AUSWAHL-AUSSCHUSS	REFERAT AFRIKA	ANDENLÄNDER, QUITO	
INTERNET-REDAKTION		SÜDLICHES AFRIKA, JOHANNESBURG	SÜDAMERIKA, SAO PAULO	
DAS ÖFFENTLICHE/ SOZIALSTRUKTUR-ANALYSE		WESTAFRIKA, DAKAR	ZENTRALAMERIKA/MEXIKO, MEXIKO-STADT	
KULTURFORUM		OSTAFRIKA, DAR ES SALAAM	REFERAT EUROPA	
KLIMAGERECHTIGKEIT UND ENERGIEDEMOKRATIE		NORDAFRIKA, TUNIS PROGR. FÖRD. KRIT. FORSCHUNG UND LEHRE IN NORDAFRIKA	EUROPÄISCHE UNION, BRÜSSEL	
FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS-UND KAPITALISMUS-ANALYSE		REFERAT ASIEN/NAHER OSTEN	GRIECHENLAND, ATHEN	
POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG		ISRAEL, TEL AVIV	OSTMITTELEUROPA, WARSCHAU	
SOZIALE INFRASTRUKTUR		PALÄSTINENSISCHE GEBIETE, RAMALLAH	TSCHECHIEN	
FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK		OSTASIEN, PEKING	RUSSLAND/ZENTRALASIEN/KAUKASUS, MOSKAU	
WOHNUNGS-UND STADTPOLITIK		SÜDASIEN, NEU DELHI	SÜDOSTEUROPA, BELGRAD	
GEWERKSCHAFT/ARBEIT/PRODUKTION		SÜDOSTASIEN, HANOI	UKRAINE, KIEW	

STIFTUNGSHAUSHALT

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist die der Partei DIE LINKE nahestehende politische Stiftung. Sie wird, wie die anderen parteinahen Stiftungen, im Wesentlichen aus dem Bundeshaushalt finanziert. Konkret fließen ihr Mittel aus den Etats der Bundesministerien des Inneren (BMI), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) sowie aus der Bundestagsverwaltung zu. Gefördert werden nur solche Stiftungen, die wesentliche und nachhaltige geistig-politische Strömungen in der Gesellschaft repräsentieren. Was das genau heißt, entscheidet der Deutsche Bundestag.

Als Anhaltspunkt für die Dauerhaftigkeit einer ins Gewicht fallenden Grundströmung gilt in der Praxis, dass die der politischen Stiftung nahestehende Partei wiederholt – dabei zumindest einmal in Fraktionsstärke – im Deutschen Bundestag vertreten war. Dabei orientiert sich die Höhe der Zuwendungen an den Ergebnissen der jeweils nahestehenden Partei bei den letzten vier Bundestagswahlen.

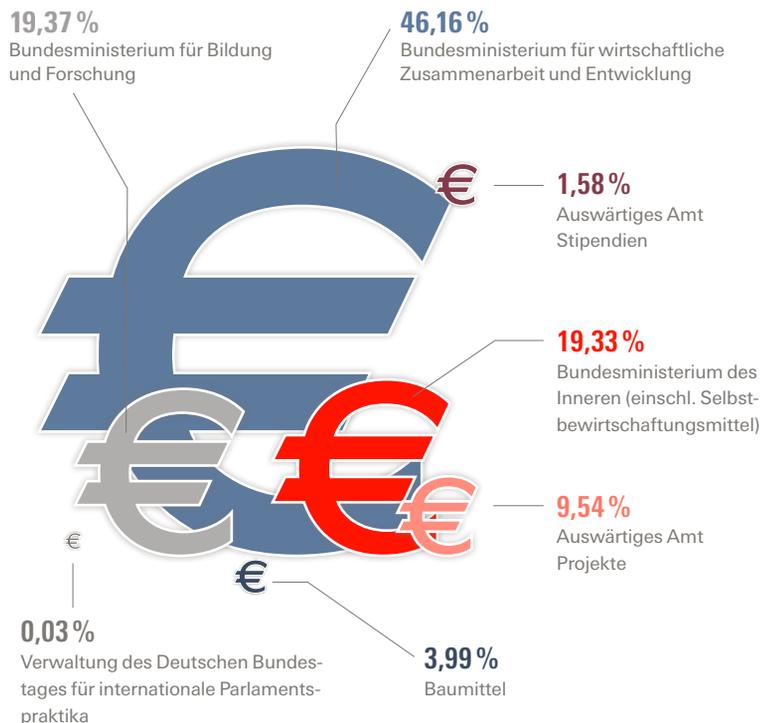
Nach dem erfolgreichen Wiedereinzug der Partei DIE LINKE in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag 2005 und dem Stimmenzuwachs bei den Bundestagswahlen 2009 erfolgte eine schrittweise Anpassung der jährlichen Zuwendungen durch die Bundesministerien mit der Zielstellung der Gleichstellung mit den Stiftungen der anderen Parteien. Diese Anpassung wurde 2011 abgeschlossen.

Gegenüber 2010 stiegen so die Zuwendungen von 30,6 Millionen Euro auf 62,1 Millionen Euro im Jahr 2017. Mit der zahlenmäßigen Berichterstattung über die Einnahmen- und Ausgabenstruktur kommt die Rosa-Luxemburg-Stiftung der Selbstverpflichtung der politischen Stiftungen nach Öffentlichkeit und Transparenz der Mittelverwendung nach, wie sie in einer gemeinsamen Erklärung der parteinahen Stiftungen 1998 fixiert wurde und seither von allen Stiftungen praktiziert wird.

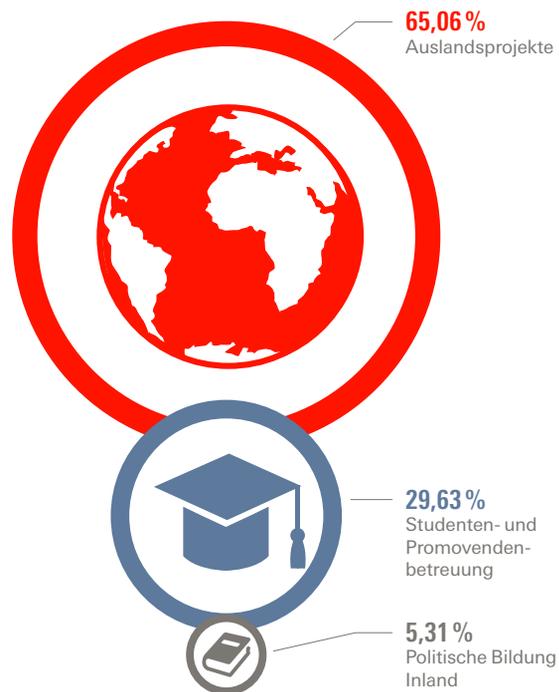
Die wichtigsten Zuwendungen kommen aus dem BMI (sogenannte Globalmittel), dem BMZ, dem BMBF und dem AA. Die Globalmittel bilden das Rückgrat für die politische Bildung im Inland und für den Unterhalt der Geschäftsstellen. Die bereitgestellten Mittel dienen der Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, der Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln sowie der Vergabe von Forschungsmitteln mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung, vor allem auf dem Gebiet der Bildungsforschung.

Mithilfe der Mittel aus dem BMZ und dem AA unterhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Netz internationaler Beziehungen. Das schließt die Finanzierung von Auslandsbüros, von Projekten mit Partnerorganisationen und von Veranstaltungen im Ausland ein. Die Zuwendungen aus dem BMBF sind für Stipendien zur Förderung hochbegabter Studierender und Promovierender vorgesehen. Neben diesen Bundesmitteln

ZUWENDUNGEN 2017



FACHAUSGABEN 2017

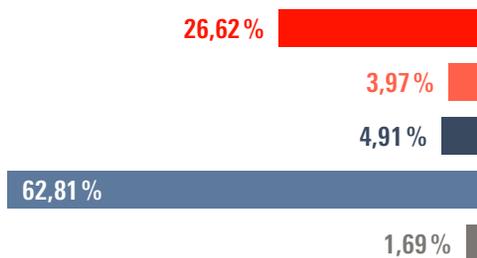


können die parteinahen Stiftungen Gelder aus den Landeshaushalten in Anspruch nehmen. Im Rahmen des Stiftungsverbundes werden diese Mittel durch zehn Landesvereine genutzt.

Die Stiftung hat ihre satzungsgemäßen Aufgaben in organisatorischer und personeller Unabhängigkeit von der ihr nahestehenden Partei zu erfüllen und darf dieser auch keine Mittel oder geldwerten Leistungen zuteilwerden lassen. Die jährlichen Zuschüsse erhält die Rosa-Luxemburg-Stiftung aufgrund von Zuwendungsbescheiden, die mit Nebenbestimmungen zur Sicherstellung der Zweckbindung der Mittel und der Kontrolle ihrer Verwendung versehen sind. Als politische

Stiftung ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung verpflichtet, die jährliche Wirtschaftsführung von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft kontrollieren zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde vom Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die Globalmittel des BMI sowie die Verwaltungskostenzuschüsse der anderen Ministerien entsprechend den gesetzlichen Vorschriften wirtschaftlich und sparsam verwendet und die Auflagen eingehalten wurden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfügt über ein Controllingverfahren, das sachlich und personell in ausreichendem Umfang eingerichtet ist, die zeitnahe und ordnungsgemäße Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen zu prüfen.

AUSGABEN 2017 GESAMTHAUSHALT



Personalausgaben

Sächliche Verwaltungsausgaben

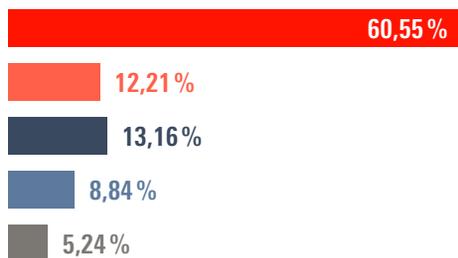
Ausgaben für Investitionen

Fachausgaben

BMI Globalmittel an Landesstiftungen

AUSGABENSTRUKTUR HAUSHALT INLAND 2017

BMI und Verwaltungskostenzuschüsse vom BMZ, AA und BMBF



VERMÖGENSRECHNUNG ZUM 31.12.2016

Aktiva	31.12.2016 in Euro	31.12.2015 in Euro
A Anlagevermögen		
I Immaterielle Vermögensgegenstände		
Markenrechte	5.000,00	5.000,00
EDV-Software	579.293,41	356.778,25
II Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	670.685,31	732.102,71
Geleistete Anzahlungen auf Anlagen im Bau	0,00	4.080.452,48
III Finanzanlagen	0,00	50.000,00
Beteiligungen	4.897.097,59	0,00
Summe Anlagevermögen	6.152.076,31	5.224.333,44
B Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
I Sonstige Forderung	0,00	1.931.713,00
a) Stand Selbstbewirtschaftungsmittel beim BMI	2.146.857,00	0,00
b) nicht abgerufene Selbstbewirtschaft.-mittel beim BMI	-2.146.857,00	0,00
II Forderung aus Zuwendungen	100.000,00	0,00
III Sonstige Vermögensgegenstände	196.163,17	160.383,64
Summe Forderungen	296.163,17	2.092.096,64
C Liquide Mittel		
Summe liquide Mittel	2.683.577,87	2.055.363,42
D Aktive Rechnungsabgrenzung	21.354,17	38.317,15
Summe	9.153.171,52	9.410.110,65

Passiva	31.12.2016 in Euro	31.12.2015 in Euro
A Reinvermögen		
I Stand Vorjahr	333.541,12	285.325,49
Verwendungsbetrag aus 2015	-100.780,49	0,00
II Überschuss/Fehlbetrag	27.723,73	48.215,63
III Rücklagen	15.819,71	15.819,71
IV Rücklagen	45.000,00	45.000,00
Summe Reinvermögen	321.304,07	394.360,83
B Sonderposten aus Zuwendungen	6.152.076,31	5.224.333,44
C Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	444.691,43	539.091,86
D Verbindlichkeiten		
I Verbindlichkeiten Kreditinstitute	5.035,25	2.471,71
II Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.630.151,96	1.407.680,37
III Sonstige Verbindlichkeiten	178.003,99	25.007,97
Summe Verbindlichkeiten	1.813.191,20	1.435.160,05
E Passive Rechnungsabgrenzung	421.908,51	1.817.164,47
Summe	9.153.171,52	9.410.110,65

AUFWANDS- UND ERTRAGSRECHNUNG ZUM 31.12.2016

		2016 in Euro	2015 in Euro
I	Erträge	57.674.218,70	53.574.756,57
1	Zuwendungen des Bundes	57.200.662,65	53.452.060,87
2	Spenden	62.857,25	9.241,00
3	Mitgliedsbeiträge	14.675,00	14.897,50
4	Sonstige Einnahmen	52.883,00	98.557,20
5	Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens	343.140,80	0,00
II	Aufwendungen	-57.646.494,97	-53.526.540,94
1	Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit	-38.536.676,33	-36.062.033,50
	Tagungen und Seminare	0,00	-1.430.363,82
	Veröffentlichungen	0,00	-565.436,93
	Forschungsprojekte	0,00	-427.600,83
	Fachausgaben Globalmittel	-2.327.319,74	0,00
	Weiterleitung von Globalmitteln	-1.196.406,61	-1.266.995,06
	Förderung von Studierenden und Promovierenden	-10.554.445,89	-10.459.351,14
	Internationale Zusammenarbeit	-24.168.105,39	-21.277.175,18
	Sonstige Fachausgaben	-290.398,70	-635.110,54
2	Personalausgaben	-15.168.493,33	-13.971.835,16
	Löhne und Gehälter	-12.719.832,85	-11.530.664,64
	Soziale Abgaben	-2.448.660,48	-2.441.170,52
3	Abschreibungen	-342.455,71	0,00
4	Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.327.985,93	-2.687.744,99
	Geschäftsbedarf	-323.480,34	-491.702,15
	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.004.505,59	-2.196.042,84
5	Investitionen	-1.270.883,67	-804.927,29
III	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	27.723,73	48.215,64

EINNAHMEN IM JAHR 2017 (VORLÄUFIG)

I	Einnahmen in Euro	62.059.917,40
1	Zuwendungen	62.013.350,08
	Bundesministerium des Inneren (einschl. SB-Mittel)	11.984.777,20
	Bundesministerium für Bildung und Forschung	12.011.466,36
	Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentspraktika	18.376,45
	Auswärtiges Amt Stipendien	977.000,00
	Auswärtiges Amt Projekte	5.914.700,00
	Zuwendung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	28.630.560,00
	Baumittel	2.476.470,07
2	Steuerneutrale Einnahmen/Spenden	40.943,90
3	Mitgliedsbeiträge	16.897,50
4	Sonstige Einnahmen	87.609,06
5	Erlösschmälerungen	-98.883,14

AUSGABEN IM JAHR 2017 (VORLÄUFIG)

II	Ausgaben in Euro	-61.041.814,57
1	Personalausgaben	-16.249.101,98
	davon Personalkosten Inland	-11.934.121,33
	a) Löhne und Gehälter	-13.708.579,06
	b) Soziale Abgaben und Sonstiges	-2.540.522,92
2	Sächliche Verwaltungsausgaben	-5.415.429,92
2.1	Geschäftsbedarf, Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Verbrauchsmittel	-3.304.211,53
	Netzwerk-, Software- und Systembetreuung	-165.880,28
	Wartungsgebühren und Reparaturen	-19.959,40
	Werkzeuge und Kleingeräte	-25.154,13
	Büro- und Verbrauchsmaterial	-29.418,08
	Gerätemieten	-68.914,44
	Einstellung in den Sonderposten für Investitionen	-2.994.885,20
2.2	Bewirtschaftung und Unterhaltung der Grundstücke und Baulichen Anlagen	-13.064,14
	Straßenreinigung/Winterdienst	-5.448,10
	Grundsteuer	-7.616,04
2.3	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	-2.098.154,25
	Sonstige Aufwendungen für Personal	-163.364,29
	Raummiete und Raumkosten	-870.111,30
	Versicherungen	-7.788,12
	Beiträge und sonstige Abgaben	-60.309,38
	Fremdarbeiten Werkverträge Verwaltung	-415.410,54
	Werbung/Annoncen	-74.018,06
	Kosten Repräsentation	-28.226,08
	Bewirtungskosten	-4.896,16
	Reisekosten (sächl. VerwKost)	-163.907,14
	Porto, Telefon, Internetkosten	-125.271,44
	Zeitschriften, Bücher, Medien	-42.579,82
	Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Buchführung	-83.709,76
	Nebenkosten des Geldverkehrs	-18.225,79
	Übrige Aufwendungen, Beiträge, Spenden	-15.002,61
	Fahrzeugkosten	-11.814,43
	Sonstige Verwaltungsausgaben	-13.519,33
3	Fachausgaben	-39.377.282,67
	Fachausgaben BMI gesamt	-1.742.491,53
	BMI Globalmittel an Dritte	-1.030.828,33
	Auslandsprojekte	-24.948.380,29
	Studenten- und Promovendenbetreuung	-11.363.802,61
	Studienförderung Inland	-10.536.374,00
	Studienförderung Ausland	-810.637,19
	Internationale Parlamentspraktika	-16.791,42
	Ideelle Förderung Stipendiaten	-264.549,99
	Sonstige Fachausgaben	-27.229,92

ERLÄUTERUNGEN:

Im Jahr 2017 wurden an folgende Vereine und Stiftungen**Globalmittel für die politische und demokratische Bildungsarbeit weitergeleitet:**

- Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg – Forum für politische Bildung und Kultur e. V.
- Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung in Bayern e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Bayern
- «Helle Panke» e. V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V.
- Rosa-Luxemburg-Initiative – Bremer Forum für Bildung, Gesellschaftsanalyse und -kritik e. V.
- Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg – Forum für Analyse, Kritik und Utopie e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen – Forum für Bildung und Analyse e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Rosa-Luxemburg- Stiftung Niedersachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
- Peter-Imandt-Gesellschaft – Verein für politische Bildung und Kultur e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig- Holstein: werkstatt utopie & gedächtnis e. V.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e. V.
- Max-Lingner-Stiftung
- Michael- Schumann-Stiftung

GESAMTÜBERSICHT ALLER IM HAUSHALT 2018 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND AUSGABEN**Einnahmen in Euro***

Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern	11.260.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (voraussichtlich)	12.050.000,00
Zuwendungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages für internationale Parlamentsstipendiaten	20.000,00
Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	30.198.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Projekte	5.916.000,00
Zuwendungen des Auswärtigen Amtes für Stipendien	964.000,00

* ohne Selbstbewirtschaftungsmittel

Ausgaben in Euro (Auszug)

Personalkosten	-16.000.000,00
Sächliche Verwaltungsausgaben	-2.600.000,00
darunter Investitionen	-350.000,00
Fachausgaben (ohne fest angestelltes Personal)	-41.783.000,00
Bildungsprogramm	-3.600.000,00
Stipendien	-10.500.000,00
Projekte internationaler Zusammenarbeit	-27.683.000,00

BILDNACHWEISE

Umschlag: Heike Schmelter unter Verwendung einer Illustration von Sandy Kaltenborn/image-shift.net

Fotos Innenteil:

S. 5: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 7: Stephan Dinges (CC BY-NC 2.0), <https://flic.kr/p/EgKuQE>
S. 8: Linds petrol (CC BY-ND 2.0), <https://flic.kr/p/6qUT19>
S. 10: Imagen en Acción (CC BY-NC-ND 2.0), <https://flic.kr/p/dW9s2>
S. 11: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 12: Tuxyso/Wikimedia Commons (CC BY-SA 3.0)
S. 15: Steffen Ritter, Bundesbildarchiv, Bild 183-1986-1209-014
S. 17: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 18: Kristoffer Trolle (CC BY 2.0), <https://flic.kr/p/LnyUzJ>
S. 19 oben: GUE/NGL (CC BY-NC-ND 2.0), <https://flic.kr/p/qmjkZr>
S. 19 links/Mitte: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 22: Dörthe Boxberg
S. 25: Karl Dietz Verlag Berlin
S. 27: Markus Spiske/Pixabay (CC0)
S. 30 links: Corvix55 (CC BY 3.0), Wikimedia Commons
S. 30 rechts: Karl Dietz Verlag Berlin
S. 31 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 31 rechts: Robert-Havemann-Gesellschaft/Siegbert Schefke/
RHG_Fo_HAB_15066
S. 32 links: <https://marx200.org>
S. 32 rechts: Kampnagel
S. 33 links: Alf Altendorf (CC BY-SA 2.0), <https://flic.kr/p/WzVu5e>
S. 33 rechts: Martin Kraft CC BY-SA 3.0 [https://commons.wikimedia.org/wiki/
File:MK34907_Van_Bo_Le-Mentzel.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MK34907_Van_Bo_Le-Mentzel.jpg)
S. 34 links: Fabian Gartmann
S. 34 rechts: Bundesarchiv, Bild 183-W0804-0500
S. 35 links: Andreas Etter
S. 35 rechts: Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland
S. 36 links: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
S. 36 rechts: Oliver Wiebe
S. 37 links: Peter Werner
S. 37 rechts: Roberto Guerrini, (CC BY-NC 2.0), <https://flic.kr/p/PpVPDo>
S. 39/40: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 41: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Belgrad
S. 42: David McKelvey, CC BY-NC-ND 2.0, <https://flic.kr/p/g5KBss>
S. 43: EU/ECHO/Peter Biro
S. 50: Anne Lena Cordts
S. 52–57: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 58/59: Gal Deren
S. 60: Ben Gross Photography
S. 61: Oliver Tacke
S. 66–75: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 79: Rosa-Luxemburg-Stiftung
S. 80: Christiane Brinkmann/Rico Prauss

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Martin Beck
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Gestaltung: Heike Schmelter
Gesamtproduktion: MediaService GmbH Druck und Kommunikation, Berlin

KONTAKT

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-0
www.rosalux.de, info@rosalux.de

Alle Daten und Zahlenangaben beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf den Stand vom Januar 2018.

«In Wirklichkeit hat die Bourgeoisie nur eine Methode, die Wohnungsfrage in ihrer Art zu lösen - das heißt, sie so zu lösen, dass die Lösung die Frage immer wieder von Neuem erzeugt.»

FRIEDRICH ENGELS